

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 24. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Betrachtungen über den Hamburger Streik.

II.

Wir sind nicht der Meinung, daß es möglich sein wird, alle unüberlegten Streiks zu verhindern, aber wir halten es für verfehlt, wenn der gesamte Apparat der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft jedesmal zu gunsten einer Bewegung in Funktion tritt, unbekümmert um deren Entstehung und unbekümmert um die Chancen, welche sie in bezug auf Erfolg hat. Die Solidarität ist eine sehr schöne Sache, aber sie fast ausschließlich nur gegenüber solchen zu üben, die selbst sie grundsätzlich meiden, indem sie trotz aller Gelegenheit und Aufforderung den Organisationen fern bleiben, das scheint uns eine verfehlte Taktik.

Unter keinen Umständen soll aber der bisherige Zustand weiter bleiben, daß die Unorganisierten die Situation schaffen und die Organisierten dann die Folgen und Kosten zu tragen haben. Um solche Möglichkeiten in Zukunft zu vermeiden, müssen wir es eben darauf ankommen und gegebenen Falls einmal eine unvorhergesehene ausbrechende Bewegung von vornherein ins Wasser fallen lassen. Das wird für die in Frage kommenden Massen die Folge haben, daß sie den Werth der Organisation schätzen lernen.

Aber damit nicht genug, daß wir in Zukunft nicht mehr unbesonnen jeden Ausstand als Sache der allgemeinen Arbeiterschaft behandeln, wir müssen auch bezüglich des Abchlusses von Streiks lernen. Es nützt nichts, Streiks weiter zu führen, wenn die Erkenntnis, daß ein Erfolg nicht mehr zu erzielen ist, sich allgemein aufgedrängt hat. Gewiß ist das Sache des Urtheils und der eine urtheilt so, der andere anders. Aber es kommt doch auf die Gründe an, welche man für sein Urtheil hat. Wenn wir z. B. in den meisten Anrufen für Streiks der Phrase begegnen: „die Streikenden werden siegen, wenn genügende Unterstützung eingeht. Arbeiter, Genossen, sorgt deshalb für Munition u. s. w.“, so müssen wir allerdings sagen, daß ein solcher Grund und eher als alles andere nur nicht als Siegeschance erscheint. Mit wenn — dann ist in solchen Fragen gar nichts anzufangen und sie sollten bei einer ersten Beurtheilung ausbleiben. Leider aber spielen sie in unserer Streikbewegung eine große Rolle. Sehr zum Nachtheile dieser Bewegung selbst, denn wirtschaftliche Erscheinungen wollen nicht beurtheilt werden. Wer aber mit wenn — dann operirt, der begiebt sich in das Gebiet der ungreifbaren Möglichkeiten.

Alle Menschen können hundert Jahre alt werden, wenn sie nicht vorher sterben. So geht es auch gewissen Streikphantasten. Nach ihnen würde kein Streik verloren gehen — wenn die Unterstützungen nicht ausgingen und wenn es keine Streikbrecher gäbe.

Nun ist aber der Brunnen, aus dem die Arbeiter schöpfen können, leider nicht so tief, daß er nicht ausgeschöpft werden kann, und leider ist die industrielle Reservearmee eine sehr reale Thatsache und aus ihr werden sich immer Streikbrecher finden. Es ist eine große Täuschung, deren sich Arbeiter hingeben, wenn sie sich für unerschlich halten. Wenn die Kapitalisten bereit und im Stande sind, die notwendigen Opfer daran zu sehen, dann werden sie mit der Zeit auch immer Erfolg finden. Es hat sich dies auch jetzt wieder beim Hamburger Streik gezeigt, wo mit der Einstellung der Binnenschiffahrt Arbeiter frei wurden, welche sich als Ersatz für die angeblich unersehlichen Ewerführer sehr wohl eignen. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, welche rechtzeitig auf diesen Ersatz aufmerksam machten, aber sie wurden nicht genügend beachtet.

Wir meinen, daß das sehr zu unrecht geschah und daß es vernünftiger gewesen wäre, damals unter Würdigung dieser Ersatzmöglichkeit und unter Akzeptirung des Angebotes eines Hafeninspektors und der Intervention des Senats Frieden zu schließen.

Auch wir sind der Ansicht, die jetzt ein leitendes Gewerkschaftsblatt ausspricht, daß in der Zusage des Hafeninspektors eine kleine Errungenschaft zu erblicken ist, aber das war sie doch damals, als sie zuerst angeboten wurde, auch schon und die Aussicht mehr zu erlangen war längst geschwunden. Warum hat man also nicht damals Frieden geschlossen und sich dazu erst bequemt, als man beim Zustande vollständiger Erschöpfung, des Weiß-Blutens angelangt war?

Die halbe Million, die seit jenen Tagen, wo der Streik für jeden Einsichtigen bereits verloren war, noch an diese verlorene Sache dran gewendet worden ist, hätte den Arbeitern, zu gelegener Zeit später verwendet, sehr un bequem werden können, während sie jetzt ohne Erfolg und fast ohne Schaden für die Arbeit abgeben worden ist.

Gewiß kann man einwerfen, daß die Streikenden die Beendigung des Streiks abgelehnt haben. Aber, aufrichtig gestanden, was konnte denn diese Ablehnung bedeuten, wenn die maßgebenden Kreise erklärt hätten, die weitere Fortsetzung des Kampfes unter den gegebenen Verhältnissen sei eine zwecklose Kraftvergebung und dafür die moralische Verantwortung zu übernehmen sei man nicht im Stande? Glaubt jemand, eine solche Erklärung hätte nicht gewirkt?

Gewiß hätten einzelne Diktatoren über Verrath geschrieben, aber das thun sie jetzt auch.

Rechtzeitig Frieden zu schließen, ist eine Kunst, die wir auch erst lernen müssen; dabei dürfen uns Vorwürfe und An-

schuldigungen nicht abhalten, gegebenen Falles energisch durchzugreifen.

Wir sind also der Meinung, daß der Ausstand in Hamburg weit über den Zeitpunkt hinaus hingehalten worden ist, wo auf einen Erfolg noch zu rechnen war, und wir halten dies für einen großen taktischen Fehler.

Wir werden von dieser unserer Ansicht auch nicht abgebracht dadurch, daß sie an anderer Stelle nicht getheilt wird. So finden wir in dem bereits erwähnten Gewerkschaftsblatt die Ansicht ausgesprochen, daß: „um auf Erfolg rechnen zu können, der Streik noch 4—5 Wochen hätte andauern müssen.“

Wir gestehen, daß wir diese Auffassung für grundsätzlich halten. Das zitierte Blatt giebt auch nicht mit einer Silbe an, worauf sich denn seine Annahme stützt, daß in 4—5 Wochen die Arbeit zur Nachgiebigkeit geneigt gewesen sein würden. Im Gegentheil, in demselben Artikel ist zu lesen: Die Unternehmer vermochten bei der gegenwärtigen Geschäftslage den dringendsten Anforderungen zu genügen, und weiter wird dort angegeben, daß man mit den Binnenschiffern die Ewerführer zu ersetzen in der Lage gewesen sei. Worauf stützt sich nun die Hoffnung, daß in 4—5 Wochen dies anders sein und den Arbeitern der Erfolg nicht mehr zur Verfügung stehen würde?

Wir sind der Meinung, daß das Gegentheil zutrifft, daß für die Arbeit der kritische Zeitpunkt längst überschritten war, und daß sich mit jeder weiteren Woche die Arbeitsverhältnisse für sie gebessert und die Aussichten für die Streikenden verschlechtert hätten. Wir halten die beweislose Auffassung von Sägen wie dem zitierten, auch um deswillen für taktisch falsch, weil dadurch nur zu leicht Unmuth und Verwirrung in den Reihen der Arbeiter hervorgerufen werden kann. Wenn es richtig wäre, was das erwähnte Blatt schreibt, so wäre der Hamburger Streik nicht an der Reservearmee der Arbeiter, sondern an der Geldfrage gescheitert. Eine halbe Million Mark mehr und die 4—5 Wochen wären ausgehalten worden und der Erfolg war gesichert. Also mehr Geld und die Arbeiter brauchten nicht pater pascavi zu sagen.

Wenn diese Annahme richtig wäre, drängt sich da nicht von selbst die Frage auf, ob denn wirklich alle finanziellen Reserven erschöpft waren und ob es nicht möglich gewesen wäre, die halbe Million, an der der Sieg hing, noch zu beschaffen? Wir gestehen, daß wir an diese Möglichkeit glauben, aber wir bestritten die Richtigkeit der Voraussetzungen. Hätte es sich in Hamburg nur um eine Geldfrage gehandelt und hing das Schicksal des Streiks wirklich davon ab, ob die Arbeiter noch 4—5 Wochen ihre Unterstützung erhielten, dann dürfte der Streik nicht aufgegeben werden und wir stehen nicht an, die Behauptung aufzustellen, daß dann noch Reserven zu erschließen waren, die in Verbindung mit dem Ergebnis der Sammlungen ausgereicht hätten, den Bedarf der 4 bis 5 Wochen zu decken. Wäre die Voraussetzung richtig, dann müßte man zugeben, daß wirklich nicht alles geschehen ist, was angesichts des großen Objectes, um das sich der Kampf drehte, hätte geschehen können. Was liegt dann aber näher, als daß ein Gefühl des Unmuthes bei den Unterlegenen und deren Mitkämpfern zurückbleiben muß darüber, daß sie auf die sichere Frucht des Sieges verzichteten mußten, weil man die letzten notwendigen Mittel nicht daran zu wenden wagte!

Dieses Gefühl des Unmuthes zu erwecken, es wäre nicht nur gefährlich, sondern auch im höchsten Grade thöricht und besonders für jede zukünftige Aktion von den verderblichsten Folgen. Nichts ist gefährlicher, als sich über die eigene Kraft zu täuschen. Eine solche Täuschung ist es aber, wenn in bezug auf den Hamburger Streik noch die Meinung vorhanden ist, die Unternehmer hätten durch die fortgesetzte Verweigerung der Arbeit zur Nachgiebigkeit gezwungen werden können. Diese Ansicht fußt eben nur auf jener bereits gekennzeichneten Operation mit wenn, dann und von dieser Phantasterei sollen wir uns befreien, indem wir lernen, mit den nüchternen Thatsachen zu rechnen.

Der Hamburger Streik ist der gewaltigste gewerkschaftliche Kampf, den wir bisher in Deutschland durchgekämpft haben. Derselbe hat Hiesensopfer gekostet. Diese Opfer sind aber nicht umsonst gebracht, wenn die Arbeiterschaft daraus die Lehre zieht, daß die erste und unerlässliche Voraussetzung für den Erfolg der Gewerkschaftskämpfe die Organisation ist. In der Organisation aber muß die tüchle, wohl überlegte und den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragende Erwägung den Ausschlag geben.

Gewiß ist auch die Begeisterung ein mächtiger Faktor, aber dieselbe wird um so weniger fehlen, je mehr Klugheit und Ueberlegung unser Banner führen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Die heutigen Verhandlungen waren in ihrem ersten Theile ohne jedes weitere Interesse. Die Frage, wie das Deutsche Reich seine Schulden zahlen will — um diese handelte es sich — ist auf absehbare Zeit von ganz untergeordneter Bedeutung, denn vorläufig häufen wir noch Schulden auf Schulden, während es mit dem Abzahlen lange noch gute Wege hat. Deshalb betheiligten sich unsere Genossen an der Debatte über diese „Doktorfrage“ auch gar nicht.

Die Vorlage betreffend Abänderung des Gesetzes über die Lohnbeschlagnahme wurde fast ohne Debatte erledigt, nachdem ein Antrag, welcher den von Genossen Stadthagen in der ersten Lesung vorgebrachten Bedenken Rechnung trägt, angenommen wurde.

Die Frage der Unterstützung der hilfsbedürftigen Kriegstheilnehmer, welche keinen Anspruch auf Pension haben, beschäftigt den Reichstag schon seit Jahren. Wiederholt sind Anträge angenommen worden, diesen Veteranen entgegenzukommen, immer aber sind dieselben am passiven Widerstand der Regierungen gescheitert. Heute endlich hat sich der Reichs-Schatzsekretär Poladowski zu der Zusage bequemt, daß ein Nachtragsetat eingebracht werden soll, der diese Frage regelt. Der Reichstag nahm fast einstimmig eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß den hilfsbedürftigen Kriegstheilnehmern aus den überschüssigen und bisher aufgeparkten Zinsen des Invalidenfonds eine jährliche Unterstützung von 120 M. — gewährt werde. Den Standpunkt unserer Partei legte Genosse v. Bolkmar in kurzen Worten dar.

Morgen, mittags 1 Uhr, nächste Sitzung. —

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute zunächst ohne Debatte in dritter Lesung die Gesetzesentwürfe betr. die Ergänzung einiger jagdrechtlicher Bestimmungen und die Rechtsverhältnisse der Aktionäre in Ostpreußen und Pommern an. Die hierauf folgende Beratung des Etats der Bauverwaltung bot wenig Bemerkenswerthes. Zu erwähnen ist nur, daß bei dieser Gelegenheit die Petition der Stadt Berlin um Aufhebung der Baupolizeigebühren sowie ähnliche Petitionen aus Potsdam und Wiesbaden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurden. In der nächsten Sitzung, die erst am Freitag stattfindet, beginnt die Beratung des landwirthschaftlichen Etats. —

Am 24. Februar, ist der 49. Geburtstag der Februarrevolution. Am 22. Februar 1848 begannen in Paris die Straßenkämpfe gegen das korrupte Regiment des „Bürgerkönigs“ Louis Philippe; den 23. kam es zu ernsthaftem Kampf und am 24. zum Siege des Volkes: Verjagung des Königs und Proklamirung der Republik auf Grund des allgemeinen Stimmrechts. In Deutschland war die sogenannte „Märzrevolution“ der Nachhall der Ereignisse in Paris.

Die demokratische Begeisterung des Bürgerthums verschwand in Frankreich, sobald das Proletariat mit seinen Forderungen hervortrat. Und als gar die französischen Arbeiter in der furchtbaren Unisclacht das ihnen verweigerte Recht mit den Waffen in der Hand zu erkämpfen suchten, da war es mit der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Liberalismus vorbei. In Frankreich wurde Bonaparte, in Deutschland — 18 Jahre später — Bismarck, das Ideal der Bourgeoisie.

Die schmutzigen und blutigen Orgien des Kapitalismus nannten und nennen sich Gesellschaftsordnung; und heute ist die Bourgeoisie, die vor 49 Jahren noch für die Freiheit und die höchsten Güter der Menschheit schwärmte, im Schlamm des Servilismus und des wüthendsten Materialismus versunken. Die Trägerin der Kultur aber und des demokratischen Gedankens ist die Arbeiterklasse geworden, die, allen Ansehens zum Trost, ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen und ihr Programm siegreich verwirklichen wird. —

Heber den Untergang der „Elbe“ wird nachträglich folgendes bekannt: In der letzten Sitzung des deutschen Nautischen Vereins machte Geheimrath Donner Mittheilung über den Untergang der „Elbe“, welche die Schuld des Steuermanns und Ausgudmanns der „Grathie“, die mit der „Elbe“ zusammenstieß, unabweisbar erwies. Geheimrath Donner erhielt von dem Kommandeur in Buxtehude, der die Untersuchung leitete, eine briefliche Mittheilung, daß der Matrose, der damals am Steuer der „Grathie“ stand, sich in Amerika aufhält. Da er sich außer Schußlinie befindet, so habe er die volle Wahrheit eingestanden. Danach haben der Steuermann und Ausgudmann ihre Posten verlassen und sich in die Kabine begeben, sodas beim Zusammenstoß der „Elbe“ die „Grathie“ führerlos gewesen ist. —

Die gestrige Sitzung der französischen Kammer ist weit ruhiger verlaufen, als man erwartet hatte; und wie aus dem heute von uns veröffentlichten Telegramm erhellt, hat die Regierung mit großer Mehrheit eine ihre Politik billigende Tagesordnung erhalten. Es ist das die Folge der allgemein herrschenden Furcht vor einem Krieg, dessen Ausfall, Verlauf und Ende niemand berechnen kann. Diese Furcht ist auch in den Kreisen der radikalen Demokratie vorhanden, die sonst gerne in Gefährspolilik macht. Und daß ein Sturz der Regierung im jetzigen Moment unübersehbare Folgen gehabt hätte, das war wohl jedem klar.

Die Darlegungen des Herrn Anotauz, Minister des Aeußeren, lassen erkennen, daß die französische Regierung mit dem englischen Vorschlag: Kreta unter dem Protektorat der Großmächte eine autonome Verwaltung zu geben, welche formell die Oberherrlichkeit des Sultans bestehen läßt, einverstanden ist. So hätte also England, das eine kolossale Flotte im Mittelmeer versammelt hat — größer als die aller übrigen Mächte zusammen — gegenwärtig die führende Rolle — im Mittelmeer.

Freilich, die türkische und sogar die kretensische Frage reicht weit über das Mittelmeer hinaus; und jeden Augenblick kann die Lage sich wieder verschleben. —

Das Bombardement des vorigen Sonntag waren bloß — Schreckschüsse. —

Die letzte Sozialistendebate in der französischen Kammer ist dem Reichstagesher in Sachsenwald besonders unangenehm, weil sie die Legende von der waterlandschen Sozialdemokratie zerstückelt hat. In seinem ohnmächtigen Grimm thut er als ob es für die deutsche Sozialdemokratie sehr fatal wäre, daß ihre Haltung vor und während dem Krieg von 1870/71 öffentlich

beachtet worden sei. Im Gegentheil! Die deutsche Sozialdemokratie ist so la auf ihre Haltung gegenüber jenen barbarischen Diplomaten- und Dynastienkrieg. Sie war damals schon weit patriotischer als der Mann, der vor 1870 bereit war, deutsches Gebiet an Napoleon zu verschachern, und dem vor kurzem von der deutschen Reichsregierung amtlich das Brandmal des Landesverrathe auf die Stirne gedrückt worden ist.

Internationale Postkonferenz. In der am 22. d. Mts. abgehaltenen Plenarsitzung war eine Mitteilung der englischen Delegation eingegangen, daß die Regierung von Großbritannien beschloßen habe, für dieses Jahr die Pilgerfahrten von Indien nach Mekka vollständig zu verhindern. Jede Delegation legte die Ansicht ihrer Regierung dar. Die Konferenz stimmte einem Beschlusse zu, in dem Sinne, daß diejenigen Mächte, welche muslimanische Bevölkerung in ihren Gebieten haben, darauf eingehen, für dieses Jahr Maßregeln zu treffen, um die Pilgerfahrten aus den betreffenden Ländern mit allen Mitteln zu verhindern oder so weit wie möglich zu beschränken.

Die Situation auf Kreta hat sich nicht zu Ungunsten der Kretenser geändert. Die Erklärungen der leitenden Minister im französischen und englischen Parlamente garantieren ihnen schon die fast vollständige Selbständigkeit von der Türkei, die Selbstverwaltung und in vielen Fragen das freie Bestimmungsrecht, nur die Oberhoheit des Sultan sollen sie sich auf einige Zeit noch gefallen lassen. Wir glauben, daß die Situation für die Kretenser noch bedeutend günstiger ist, denn die nun von der Insel Kreta mit diplomatischen Notizen und auch mit Schreckschüssen von der Insel nicht mehr zu vertreibenden griechischen Truppen werden wahrscheinlich die Vereinigung Kretas mit Griechenland erzwingen. Frankreich, England und Italien werden sich einer solchen Lösung nicht widersetzen und Rußland kann sich seines Renommee im Orient wegen auch nicht auf die Dauer für den Sultan und gegen die Wünsche der Kretenser erklären, so wird Deutschland wohl allein zurückbleiben, daß die Anwendung der Gewalt zum Zwecke der Erhaltung der türkischen Gewalt über ein nichttürkisches Volk fordern wird. Aber Deutschland wird nicht im Interesse des Sultans sich von den anderen Großmächten isolieren lassen. In Kaiser Wilhelm haben die in Paris lebenden Türken eine Dankdepesche folgenden Inhalts gerichtet: „Die türkische Kolonie in Paris, tief gerührt von der Sympathie und Gunst, die Seine Kaiserliche Majestät für die Türken bei den kriegerischen Ereignissen zu beweisen geruht hat, legt an den Stufen seines erhabenen Thrones ihre Gefühle der Anerkennung und Dankbarkeit ehrerbietig nieder.“ — Die „Nordb. Allg. Ztg.“ giebt diese Depesche in französischem Text ohne Bemerkung wieder.

Erhebend muß es für die deutschen Staatsbürger nicht wirken, daß wir in diesem Konflikt nur auf türkische Sympathien zu rechnen haben. Wie sicher sich das kleine Griechenland gegenüber dem europäischen Kongress fählt, geht aus der folgenden Depesche aus Athen hervor:

Wie es heißt, hätte der Minister des Äußern Stuzes den Gesandten der Mächte erklärt, eine Wiederholung des Vorfalls von Kanea würde Griechenland zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen veranlassen. Der türkische Gesandte Affin Bey hätte seinerseits der griechischen Regierung mit derselben Maßregel gedroht, indem er die Zurückberufung der griechischen Truppen verlangte.

Ueber die Situation auf Kreta wird aus Kanea telegraphiert:

Die Konsula von England, Italien und Rußland haben sich nach Kanea begeben, wo die kretischen 2000 Muslimen belagert. Die kretischen Lehnten es indessen ab, die Belagerung aufzuheben und die Verproviantierung zu gestatten. Den Konsula ist es unbenommen, die Frauen und Kinder der Muslimen einzuschiffen, welche nach Kanea gebracht werden. Die kretischen feuerten gegen kleine türkische Boote. Ein österreichisches Panzerschiff und drei österreichische Torpedoboote sind in Kanea eingetroffen. Während des Bombardements durchschlug eine russische Granate die Mauer einer Kirche, eine andere Granate fiel in der Suba-Wai in der Nähe eines englischen Dampfers nieder. Das Landen von Lebensmitteln und Munition für die griechischen Truppen soll nun von den Kriegsschiffen verhindert werden.

Die „Allg. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Truppen an der griechischen Grenze von Makedonien betragen 6 Divisionen in einer Stärke von 32 000 Mann mit zwölf Regimentern Kavallerie und 24 Batterien. Die Truppen stehen unter dem Befehle des bisherigen Gouverneurs von Aleppo, Ebhem Pascha. Nach zuverlässigen Angaben aus Athen stehen den türkischen Truppen an der griechischen Grenze bisher 4000 Mann griechische Soldaten gegenüber, ferner die angelegte Besatzung von 6000 Mann, so daß in 14 Tagen höchstens 9000 griechische Soldaten an der makedonischen Grenze sich befinden, denen 6 türkische Divisionen gegenüberstehen.

Von allen Seiten zieht die Türkei Truppen zusammen. Das Charakteristische an der Situation ist die Stellung des Dreiecks. Italien und Deutschland stehen in der wichtigsten Frage der auswärtigen Politik direkt gegenüber.

Deutsches Reich.

— Zur Margarinegeschmäherei schreibt die „Voss Ztg.“: Prof. Soxhlet, der Erfinder des bisher für die latente Färbung der Margarine empfohlenen Phenolphthalein, verteidigt seinen Vorschlag gegen den des Reichs-Gesundheitsamts, die Margarine durch Beimischung von Dimethylamidoazobenzol, zu deutsch „Buttergelb“, erkennbar zu machen, ein Vorschlag, der allerdings das Gegenteil des im vorigen Jahre von dem Reichstage beschlossenen Verbots der Färbung der Margarine bedeutet. Im Gegensatz zu den früheren, die Naturfarbe der Margarine nicht verändernden Mitteln, färbt nämlich das neue, der sogenannte Xylofarbstoff die Margarine intensiv gelb, so daß die Verfälschung, Margarine für Butter zu verkaufen, noch größer und die Täuschung des Käufers erleichtert wird. Wird die so gefärbte Margarine mit Mineralsäure, Schwefelsäure, Salzsäure vermischt, so erhält sie eine Rothfärbung, die als Erkennungsmittel dienen soll. Der Xylofarbstoff ist aber noch leichter auswaschbar als das Phenolphthalein, aber nicht in Sodaföschung, sondern in verdünnter Säure, weil die Trennung der sauren Flüssigkeit von dem Fett noch leichter und vollständiger erfolgt, als die der Sodaföschung. Die Auscheidung des Farbstoffes erfordert aber in beiden Fällen besondere Maschinen. Die Margarine wird in beiden Fällen in Rohfett zurückverwandelt und dieses muß dann erst wieder durch Zufuß von Milch zu Margarine verarbeitet werden, so daß der praktische Nutzen dieser Operation als sehr fragwürdig erscheint.

— Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei tritt nächsten Sonntag in Berlin zu einer Besprechung zusammen.

— Die „Deutsche Tageszeitung“, das Hauptorgan des Bundes der Landwirthe, versendet soeben ihren Geschäftsbericht für das Betriebsjahr 1896. Im Geschäftsjahre 1894/95 hatte das Unternehmen einen Verlust von 150 199,52 M. zu verzeichnen. Für 1896 rechnet der Verlag einen Ueberschuß von 28 768,24 M. heraus. Davon sind 10 768,24 M. vom Verlust des ersten Geschäftsjahres abgeschrieben worden. Die Auflage des Blattes wird mit 32 140 Exemplaren angegeben. Die Einnahmen stellten sich auf 468 764,29 M., von denen 261 650,53 M. Anzeigenstränge waren. Bezeichnend ist, daß die

„Tageszeitung“ sich auch Provisionen für die Anzeigen berechnet, die sie für das Wochenblatt „Bund der Landwirthe“ und den Bundeskalender vermittelte. Ausgegeben wurden: Für Papier, Satz und Druck 267 108,40 M., für Verwaltung, Redaktion, Expedition, Generalunkosten 421 842,41 M. Der Bericht schreibt den Ausschlag des Unternehmers dem Umstände zu, daß die Tageszeit den „Vollständigkeitscharakter“ im letzten Jahre abgestreift hat und sich jetzt hauptsächlich an die verordnungslehre aus den gebildeten Ständen wendet. Hält der Ausschlag an, dann soll erst der bisherige Verlust gedeckt werden. In dies gesehen, dann wird ein Ableger der „Deutschen Tageszeitung“ für die kleinsten ländlichen Besitzer gegründet. An eine Dividende für die Aktionäre ist also noch auf lange hinaus nicht zu denken. Wenn diese Herren sich nur so lange gedulden! Schon im ablaufenden Jahre schickten einige von ihnen ihre Gewinntheilnahme an den Vorstand und wollten Dividenden haben; und für 10 190 M. sind noch Einzahlungen rückständig. Das Verlagsrecht des Blattes ist unter den Aktien mit 125 000 M. angegeben; 172 228 M. beträgt der Werth der Effekten und Koupons, 19 850,20 M. das Guthaben bei Bankiers, 58 694,53 M. die ausstehenden Forderungen. Mit dem Verlust aus dem Jahre 1895, der ebenfalls als Aktivum gebucht ist, macht das so ungefähr 600 000 M., d. h. das Aktienkapital.

— Zur Charakteristik des Herrn Mohr veröffentlicht „Die Zeit“ folgendes: Als im vorigen Jahre der Reichstag sich mit der Margarinefrage beschäftigte, kamen viele Margarinehändler nach Berlin, um auf die Reichstags-Abgeordneten einzuwirken. Auf diese Reisen fällt durch folgendes, dem Reichstags-Präsidium zugegangene, dem Allen des Reichstags einverleibte Rundschreiben des Herrn M. L. Mohr ein bezeichnendes Licht: „Höflichst bezugnehmend auf mein heutiges Rundschreiben, bitte den Herren, die nach Berlin reisen, zu sagen, daß sie keinesfalls sagen dürfen, daß ich die Verantwortung für die Kosten meiner Reise übernehme. Sobald man in dem Reichstag oder in der Regierung erfährt, daß ich dahinter stehe, sagt man, es sei nur Interessenspolitik der Margarine-Fabrikanten. Wegen der Kosten bemerke, daß ich auf Wunsch das Eisenbahn-Billet verleihe; Verpflegung u. s. w. muß jeder aus eigenen Mitteln tragen. Hochachtung M. L. Mohr.“

Das nennt man offen und ehrlich! So handelt ein deutscher Mann! Der Ansicht sind ja auch die liberalen Stadtverordneten und die nationalliberalen Wahlmänner Altona's, die Herrn Mohr einmal über's andere ihres Vertrauens verlohren.

Torgau. Zur Reichstagswahl. Die soeben vom Landrathe bekannt gegebene Einteilung der Wahlbezirke des Kreises Torgau weist eine seltsame Eigenthümlichkeit auf. Es giebt in dem Kreise 84 ländliche und 7 städtische Wahlbezirke, von denen letzteren entfallen 8 auf die Stadt Torgau, je einer auf Belgern, Dönnitzsch, Pretzin und Schildau. Von den 84 ländlichen Wahlbezirken ist nur für einen einzigen, nämlich für Arzberg mit Rathewitz ein Wahlhof als Wahllokal anzuordnen worden. Für die 83 anderen Wahlbezirke sind als Wahllokale bestimmt worden in 17 Fällen die Schule, in 51 Fällen die Wohnung des Wahl- bezw. Gemeinde-Vorsetzers, und in den letzten 15 Fällen das Rittergut, die Domäne, das Schloß oder das Erbschickergut. Unter den Wahlvorstehern und deren Stellvertretern nehmen neben den Gemeindevorstehern, Ritterguts-pächtern und Gutsbesitzern die Pfarrer den breitesten Raum ein. Nicht weniger als 16 dieser Herren sind zu Wahlvorstehern bezw. Stellvertretern ernannt worden. — Auch das gehört mit zu den „kleinen Mitteln“, unter deren Schutz ordnungsparteiliche Wahlen wachsen und gedeihen.

— Sehr merkwürdig! Wie das in Plauen erscheinende „Antikblatt“ mittheilt, hat die sächsische Militärverwaltung vor einiger Zeit an solche Fabrikanten von Musikinstrumenten, welche für Lieferungen zu militärischen Zwecken zugelassen sind, eine Verfügung erlassen, nach der sie sich verpflichten müssen, bei 3000 M. Buße den bei der Instrumentenlieferung beteiligten Militärbeamten keine Geschenke in Gestalt von Geld, Briefmarken, Wein, Bier, Zigarren u. dergl. zu machen. Die Vorgeschichte dieser seltsamen Maßregel läßt sich leider nur errathen. Interessant wäre es, sie genau zu kennen.

— Um 700 Mark handelt es sich bei dem Bankrott der „altbraunschweigischen Volkszeitung“. Viel muß das Wesenthum seiner Anhänger nicht werth sein, wenn sie wegen einer solchen Pappalie eines ihrer Blätter eingehen lassen.

— Der Landtag von Neuchâtel ist zum 8. März einberufen. Ob ihm eine Novelle zum Verleumdungsgesetz zugehen wird, steht noch nicht fest.

München, 22. Februar. (Fig. Ber.) Nachdem durch die rührige Agitation der Bauernbündler den Centrum der Boden bei den oberbayerischen Bauern immer mehr abgegraben wird, ist Herr Dr. Daller, dem Führer der Zentrumsfraktion im bayerischen Landtage, am vergangenen Sonntag ausbezogen, um dem oberbayerischen Bauernbunde in einer Versammlung centralpatriotischer Vereinsbauern in Straubing bei Grafing den Vorschlag zu machen, Allein er hatte die Rechnung ohne die Bauernbündler gemacht, die die unglückliche „Freiheit“ hatten, diese echt christliche Vereins-Versammlung durch ihre Unwesenheit zu entweihen. Da Herr Dr. Daller sich weigerte, den Bauernbündlern das Wort zu ertheilen, so behielten sich diese mit Zwischenrufen, die sie bei den Ausführungen der einzelnen Zentrumsredner reichlich einwarfen, obgleich ihnen Herr Dr. Daller wiederholt mit Anwendung seines Hausrechts gedroht hatte. Die Vernichtung des Bauernbundes ist also Herrn Dr. Daller vorläufig nicht gelungen, dagegen wird er vielleicht die Ueberzeugung gewonnen haben, daß mit der alten Taktik, den Gegner mundtot zu machen, der verlorene Einfluß des Zentrums auf die Bauern nicht wieder herzustellen ist.

Strasburg i. E., 23. Februar. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses stellte Staatssekretär von Puttkamer die Vorlage eines Gesetzentwurfs in Aussicht, durch welchen an Stelle der alten französischen Bestimmungen ein dem deutschen Reichs-Preßgesetz analoges Preßgesetz als Landesgesetz zur Einführung gelangen werde, welches aber der Regierung gewisse Befugnisse gegen die auswärtige Presse verleihe soll.

Oesterreich.

— Der Niedergang des Liberalismus ist nicht besser zu illustriren, als durch die Thatfache, daß sie, die früher alle niederösterreichischen Wahlkreise besetzt hatten, jetzt in Wien bloß im ersten Wahlbezirke Kandidaten aufzustellen wagen, und selbst diese Mandate werden ihnen ernstlich bestritten.

Frankreich.

Paris, 22. Februar. Der Senat hat ohne Debatte die Vorlage betreffend Errichtung vierter Bataillone bei den Infanterie-Regimentern angenommen. Nun kann die Militärstrafe von Deutschland aus wieder weiter gebracht werden, die erste Ankündigung betreffend die Erhöhung des Effectivbestandes der Armee bei der Vorlage des nächsten Quinquenniums ist ja schon erfolgt.

Paris, 21. Februar. (Fig. Ber.) Die gestrige Kammer Sitzung, in welcher die Interpellation des Genossen Jules Guesde über Bedel's und Buz's Ausweisung verhandelt wurde, gestaltete sich zu einer scharfen Abrechnung mit den patriotischen Verleumdungen, die diesseits der Vogesen gegen die Sozialdemokratie erhoben werden. — Guesde hatte es leicht, den Nachweis zu liefern, daß die brutale Maßregel Barthou's einzig gegen die sozialistische Parteistellung der Ausgewiesenen gerichtet war und den herrschenden Gewalten in Deutschland benutzt oder unbewußt Schergen Dienste leisten sollte. Auf Grund der bekannten historischen Dokumente über das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie und speziell Bedel's und Liebknecht's in der elsass-lothringischen Frage zeigte Guesde, daß die Ausweisung weder vom französischen noch vom republikanischen Standpunkte aus gerechtfertigt werden könne. Und als Barthou in

seiner dem Tone nach schneidigen, dem Inhalte nach aber aufweichenden Antwort dennoch, der Taktik der französischen Bourgeoisparteien treu, die deutschen Sozialdemokraten für Musterpatrioten erklärte, um so der Ausweisung ein französisch-patriotisches Mäntelchen anzuhängen, — machte Guesde der Ausbeutung der patriotischen Graße gegen den internationalen Sozialismus ein Ende, indem er folgende Erklärung abgab: „Sie haben versucht, einen Unterschied zu machen zwischen den deutschen Sozialisten, die Deutsche seien, und den französischen Sozialisten, die Jüden vielleicht nicht genug Franzosen seien. Wir akzeptiren diese Unterscheidung nicht. Die französischen Sozialisten sind Franzosen, wie die deutschen Sozialisten Deutsche sind. Was wir mit diesen unterscheiden haben, ist kein Vertrag des gegenseitigen Vertrages gegenüber unseren respektiven Vaterländern, sondern ein Solidaritätsvertrag für die Befreiung aller Vaterländer in einem regenerierten und freien Menschenthum.“

Barthou hatte sich seiner hinter die Iller Vorgänge zu vertreiben gesucht, um die Ausweisung als eine vorübergehende Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Ordnung darzustellen. Er zog sich dadurch die Aufdeckung der wahren Motive der chauvinistischen Maßnahme in Lille, Wobagnies und Vill-Montigny zu. „Sie haben den Lothringern des Bogen-Departements den Schimpf angethan“, apostrophirte Guesde den unvorsichtigen Minister, „sie für fähig zu halten, Buz, den Erwählten ihrer elsässischen Brüder, aufzupeisen! Sie haben ihnen den Schimpf angethan zu glauben, daß sie dort das Wahlmandat von Lille wiederholen würden! Dem dieser angebliche Ausbruch des Aller-Patriotismus war nichts als ein Manöver, als eine schändliche Ausbeutung des Patriotismus zu einem elenden politischen Zweck seitens einer im Sterben liegenden Partei, die sich an das Vaterland anklammert, um ihre Wogesen zu verhüllen und ihre unwiderrückliche Niederlage wenigstens hinauszuschieben.“

Auf Guesde's vernichtende Replik blieb Herr Barthou die Antwort schuldig. Der patriotische Minister hatte übrigens das Mißgeschick, durch Genossen Gabriel Tevillle daran erinnert zu werden, daß sein, das patriotischen Ministers eigener Bruder sich dem Militärdienst durch die Flucht ins Ausland entzogen hatte.

Es war eine überaus härmische Sitzung, wie sie selbst in der französischen Kammer nur selten vorkommt. Kein Wunder, auf beiden Seiten wurde gelämpft für und wider die chauvinistische Legende, welche in den letzten Jahren die perfideste und feiz fort gebrauchte Waffe der französischen Bourgeoisie gegen den Sozialismus bildet. Vom gestrigen Tage an aber wird es den Bourgeois-Demagogen unmöglich sein, diese Waffe anders als wider besseres Wissen, als in bewußter Verlogenheit zu schwingen.

Wie überwältigend der Eindruck der zwei Reden Guesde's auf die feindliche Kammermehrheit war, trodten diese durch fortwährendes Gepolter und Geschrei und selbst durch Klopfen mit den Fäusteln die Stimme des sozialistischen Redners zu erlösen suchte, — zeigt der Umstand, daß Barthou unter seinen Getreuen keinen Abgeordneten fand, der es gewagt hätte, eine Vertrauensformel zu apporiren. Die Regierung mußte sich mit der einfachen Tagesordnung begnügen, die freilich mit 357 gegen 89 Stimmen angenommen wurde. Ein Theil der sozialistischen Radikalen stimmte gegen die Regierung, der „anständige“ — kleinere Theil der bürgerlichen Radikalen, darunter schon Bourgeois, enthielt sich der Abstimmung.

Der Abstimmung enthielt sich ebenfalls diejenige Gruppe, welche von den Pariser Korrespondenten der deutschen Bourgeoisblätter für „Sozialisten“ gehalten werden, um gelegentlich den — Patrioticismus der französischen Sozialisten (ohne Gänsefüßchen) hervorheben zu können. Es ist die Gruppe der ehemaligen Boulangisten, die sich selber „nationale Sozialisten“ nennen. Diese Abgeordneten, die in der Zuerstprämien-Debatte gegen die ausländischen Arbeiter gedonnert hatten, protestirten auch gegen die Entlassung des patriotischen Schwindels durch Guesde und beantragten ihrerseits eine Tagesordnung, welche nur das Bedauern ausdrückte, daß die Best-Buz-Veranstaltung nicht im Voraus verboten worden wäre.

Die Bourgeoisblätter bedauern die gestrige Sitzung, sie nennen dieselbe „lamentable, pénible“ etc. — ein wertvolles Eingeständnis, wie sehr Guesde's Worte der Bourgeoisie wehe gethan haben.

Spanien.

— Die Folterungen der Anarchisten und die spanische Regierung. Das illustrierte „Wiener Extrablatt“ hatte den auch von uns veröffentlichten Bericht der „Frankf. Ztg.“ über die Folterungen der Anarchisten übernommen. Hieranf sandte der spanische Botschafter an das Blatt eine hochtrabende, aber inhaltslose Berichtigung, in der mit Rücksicht auf die freirechtliche (1) Verfassung und die Untersuchungsgefängnisse geschlechtlich zugesicherten Garantien alles bestritten wurde. Diese Berichtigung ist zwar von einer Exzellenz und einem Marquis unterschrieben, aber doch von einem mit den Verhältnissen nicht bekannten oder einem sich dumm stellenden verfaßt, denn aus der Berichtigung geht hervor, daß es dem Berichtigten unbekannt war, daß die Gerichts-kommission unter dem Belagerungsstande und von einem Ausnahme-gerichte ausgeführt wurde. Es bleibt bei der Darstellung der „Frankfurter Zeitung“.

Norwegen.

Christiania, 22. Februar. Das Odelsthing nahm heute mit 42 gegen 41 Stimmen (gegen die Stimmen der Rechten und der Gemäßigten) einen Gesetzentwurf an, nach welchem Arbeitgeber mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden, welche versuchen, durch Entlassung, durch Drohung mit der Entlassung oder dem Verlust des Arbeitsverdienstes, durch Gewährung, Verweigerung oder Versprechen von Vortheilen, oder durch Lügenhafte, offenbar unbegründete Vor-spiegelungen ökonomischer Natur, in das politische Auitreten ihrer Untergebenen oder deren außerhalb der Arbeitszeit erfolgende Theilnahme an sachlichen oder politischen Vereinsleben einzugreifen oder in dieser Hinsicht einen Einfluß auszuüben. Ebenso werden diejenigen bestraft, welche durch Bestimmungen in den Arbeitsverträgen oder Arbeitsordnungen einen derartigen Einfluß auszuüben versuchen.

Ein Glück für König Stumm, daß er im Deutschen Reich und nicht in Norwegen lebt, dort käme er ja nie aus dem Gefängnis heraus.

Asien.

— Die Russen in Korea. Nach einer Meldung der „Times“ aus Shanghai vom 22. d. M. haben wegen großer in Seoul herrschender Exzesse und weil der König das russische Gesandtschaftshotel verlassen habe, drei russische Kriegsschiffe in Chemulpo achzig Mann mit einem Geschütz nach Seoul aw-geandt.

Afrika.

— Der englische Kolonialkrieg an der Guineaküste. Aus London wird telegraphirt: Der Admiralitätsrath Goschen erklärte mehreren Abgeordneten, die Expedition gegen Benin sei vollständig gelungen. Die Stadt wurde am 18. er. nach heftigem Kampfe eingenommen, wobei 17 Europäer theils verwundet, theils getödtet wurden. Es gelang indeß nicht, den König einzufangen.

Amerika.

New-York, 23. Februar. Einer Drahtmeldung des „New-York-Herald“ aus Havana zufolge hat der dortige amerikanische Konsul Lee um seine Entlassung gebeten wegen der Ex-hollosigkeit seiner Bemühungen zu Gunsten der amerikanischen Seeräuber in Kuba. Er hatte die Ermächtigung nachgesucht, die Freilassung der gefangenen gehaltenen Amerikaner, u. a. die des Dr. King, zu verlangen. Diefelbe ist ihm nicht bewilligt worden. Die spanischen Kriegsschiffe sind seit

Sonntag im Hafen von Savannah versammelt, was als ein bemerkenswertes Ereignis betrachtet werden kann. In Savannah ist das Gericht verbleibt, die Aufständischen hätten die Stadt Savannah eingenommen.

Kuba. Zwischen der spanischen Regierung und den kubanischen Insurgenten finden thätigliche Verhandlungen statt, und zwar scheint die amerikanische Regierung die Vermittlerrolle übernommen zu haben. Jedenfalls wird von amtlich-amerikanischer Seite ein günstiges Auskommen, das die Autonomie der Insel sichert, befürwortet und begehrt. Man weiß ja dort, daß die Verle der Antillen dem Sternbanner als Schmuck nicht entgehen kann. Gewiß ist, daß seit Wochen auf der Insel keine militärischen Operationen mehr stattgefunden.

Rio de Janeiro, 23. Februar. Aus der Provinz Bahia wird gemeldet, daß zwischen neuntausend Anhänger des neuen Propheten und den Regierungstruppen ein blutiger Zusammenstoß stattfand. 700 Anhänger des Propheten blieben auf dem Schlachtfeld. Von Rio de Janeiro sind 2 Bataillone dahin abgegangen.

Reichstag.

189. Sitzung vom 23. Februar 1897. 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1897/98 zur Schuldentilgung.

Die Ueberweisungen, soweit sie die Matrikularbeiträge übersteigen, sollen zur Hälfte zur Verminderung der Reichsschuld durch Verabfolgung des Anleihebills verwendet werden. Uebersteigen 1897/98 die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen zuzüglich der 1897/98 getilgten Summen, so bleibt ein entsprechender Betrag der Matrikularbeiträge unerhoben.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenngleich das Reich niemals auf sein Recht verzichten kann, die Bundesstaaten zu Matrikularbeiträgen heranzuziehen, so verharren die Bundesstaaten bei ihrem Verlangen, daß sie mindestens für eine befristete Zeit nicht über einen gewissen Betrag hinaus herangezogen werden. Das ist notwendig für eine konstante Finanzverwaltung. Zur Zeit werden alljährlich 400 bis 500 Millionen für Ueberweisungen und Matrikularbeiträge hin- und hergeschoben. Dadurch sind die Reichsfinanzen so verwirrt worden, daß es nur wenigen Kuguren möglich ist, dieselben klar zu erfassen. (Sehr wahr! rechts.) Die Franzosenklausel wollte die Einzelstaaten an den Einnahmen des Reiches theilnehmen lassen, wollte aber auch dem Reichstag ein starkes Budgetrecht erhalten. Die verbündeten Regierungen sind aber der Meinung, daß dieses Budgetrecht des Reichstages klarer und einfacher erreicht werden kann. Theoretisch hat der Reichstag das Recht, die Ausgaben zu verweigern, praktisch wird er sich aber auf einen geringen Bruchtheil der Ausgaben beschränken, namentlich soweit nicht rechtliche Verpflichtungen vorliegen. Würde die Franzosenklausel auf eine Steuer beschränkt, die dem Reiche überlassen würde in der Höhe der Matrikularbeiträge, vielleicht für einen Zeitraum von 5 oder 8 Jahren, so würde das Budgetrecht des Reichstages nicht berührt. Steuern kann der Reichstag ablehnen; er wird aber dringende Ausgaben nicht deswegen ablehnen, weil zur Deckung neuer Steuern erforderlich sind. Der Reichstag hat Proben seiner Kraft bezüglich der Ablehnung neuer Steuern abgelegt, und sein Nachfolger wird wohl nicht schwächer sein. Die Ueberweisungspolitik mit wachsenden Reichsschulden kann nicht fortgeführt werden, weil die Ausgaben für die Vertheidigung zu Wasser und zu Lande, für die Sozialpolitik und für die Kolonien sich steigern. Die Ausgaben für die Landesvertheidigung sind von 1885 bis 1895 von 8,90 auf 13,41 M. auf den Kopf, also um etwas mehr als 50 pCt. gestiegen. Die Einnahmen des Reiches sind nicht in diesem Maße gestiegen. Die Bundesstaaten befinden sich im rechtlichen Besitze der Ueberweisungen; zwischen diesem Recht und dem Recht des Reichstages, die Matrikularbeiträge zu erhöhen, muß eine Diagonale gefunden werden. Das ist in der Vorlage versucht. Die halben Ueberträge sollen zur Schuldentilgung verwendet werden. Ich bitte das Haus, die Vorlage einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Abg. Richter (f. Sp.): Das vom Reichstage im vorigen Jahre beschlossene Gesetz hat seinen Zweck, die Schuldenvermehrung zu hindern, erreicht. Die Bundesregierungen sollen nicht definitiv auf die Ueberweisungen verzichten, sondern nur unter der Bedingung, daß bei erhöhten Matrikularbeiträgen in zwei Jahren das Reich wieder den Vorschuss zurückzahlen soll. Das ist die automatische Regelung des Prinzips, daß die Matrikularbeiträge nicht höher sein sollen als die Ueberweisungen. Theoretisch hat der Schatzsekretär auch einen anderen Automaten, gewissermaßen zur Ansicht, vorgelegt, der auch auf die reinliche Scheidung hinauskommt. Das heißt: alles, was an Zölle und Steuern mehr aufkommt, wird auf Meer und Marine verwendet, während jetzt die Gelder auf Kultur- und Ausgaben verwendet werden können. Die Festsetzung von Matrikularbeiträgen ist die Beschränkung des Budgetrechts des Reichstages, der Zwang zu neuen indirekten Steuern. Mit dem § 2 ist das Gesetz für mich nicht annehmbar, dieser bringt eine größere Gefahr als § 1. Vortheil. Man kann auch ohne Gesetz dasselbe erreichen. Die Annahme der Vorlage würde nur das zweimal abgelehnte Automaten-Gesetz wieder ins Leben rufen.

Abg. von Leipziger (l.): Das Verhältnis, welches die Vorlage schafft, würde nur ein vorübergehendes sein. Die Einzelheiten können der Kommission überlassen werden. Vor dem Automaten des § 2 haben wir keine Furcht.

Abg. Lieber (r.): Der Schatzsekretär führte die Steigerung der Ausgaben für Sozialpolitik an. Diese haben wir aber schon honoriert; denn dafür haben wir in Branntweinverbrauchs-Abgabe bewilligt. Seit 7 Jahren haben wir 700 Millionen Mark Branntweinsteuer eingenommen und nur 75 Millionen für die Invalidenversicherung verausgabt. Die Vorlage ist ein Schritt weiter auf dem im vorigen Jahre betretenen Wege der Schuldentilgung, der jedenfalls weniger Bedenken als der andere Weg, den der Schatzsekretär angedeutet hat. Die Vorlage vermeidet den Automaten; wir regeln die Sache von Jahr zu Jahr und sehen neben jedes Etatsgesetz statt des Anleihegesetzes alljährlich ein Schuldentilgungs-Gesetz. Die Bundesstaaten haben ein Recht, gesichert zu sein gegen ein zu hohes Anschwellen der Matrikularbeiträge, damit nicht das Reich seine Schulden tilgt auf Kosten der Einzelstaaten. Die Veroppelung zweier Etatsjahre hat ihre Bedenken. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß wir mit indirekten Steuern soweit gekommen sind, daß wir sehr schwer darüber hinausgehen werden. Ihre endgiltige Stellungnahme behalten sich meine Freunde vor.

Abg. Paasche (natl.): Das Einnahme-Verwilligungsrecht der Matrikularbeiträge ist eine schlechte Grundlage für die Finanzverwaltung; denn es bedeutet eine Inanspruchnahme der Taschen anderer. Deshalb muß man die Beiträge so niedrig wie möglich halten im Interesse der Einzelstaaten, denen man die indirekten Steuern entzogen hat. § 2 ist unglücklich formuliert, aber für ein Jahr wird man sich wohl an den richtig verstandenen Inhalt des Gedankens halten können.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das Recht der Einzelstaaten auf Ueberweisungen soll nicht verkuppelt werden mit einem Gegenheitsgesetz über die Schuldentilgung. Ich denke, daß auch über den vorliegenden Gesetzentwurf eine Einigung mit dem Reichstage möglich sein wird. Für die Ausgaben der sozialen Gesetzgebung habe ich nicht auf neue Steuern hingewiesen.

Abg. Richter (f. Sp.): Ich sehe aus, daß das Zentrum eine Schwächung vollzieht, daß es sich auf den abschüssigen Weg zum Automaten und zur Preisgebung der Franzosenklausel begibt.

Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs wegen

Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlüsse

Für den Antrag der Budgetkommission stimmen nur die Sozialdemokraten. Der Antrag Lieber wird nahezu einstimmig angenommen.

Die Ausgaben des Reichs-Invalidenfonds werden genehmigt. Schluß 8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Etat der Reichs-Eisenbahnen, Petitionen; Etat des Reichsamts des Innern; Reichs-Versicherungsamt.)

Parlamentarisches.

Kommissionsberathung des Entwurfs eines Handelsgesetzbuchs. Der § 58, welcher feststellt, wer Handlungsgehilfe ist, wird nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die von verschiedenen Seiten beantragte nähere Präzisierung der zulässigen Dienstleistungen der Handlungsgehilfen wird abgelehnt; ebenso der Antrag, den § 58 des H.-G.-B. auch auf diejenigen Handlungsgehilfen auszudehnen, die in nicht rein kaufmännischen Geschäften thätig sind. Abgelehnt werden ferner die Anträge, die Thätigkeit der Reisenden außerhalb ihrer Reisezeit genauer festzustellen. — Der sozialdemokratische Antrag, die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen dürfe täglich 10 Stunden nicht überschreiten und nicht in der Zeit von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr liegen, wird ebenfalls abgelehnt, ebenso der Eventualantrag, auf die weiblichen Handlungsgehilfen die Bestimmung der G.-O. über die Beschäftigung von Arbeiterinnen (11-Stundentag) anzuwenden; Gründe dagegen waren billig wie Brombeeren. Seitens der Regierung wurde übrigens zugegeben, daß eine Regelung wünschenswert sei, aber diese könne nur durch ein besonderes Gesetz erfolgen. Es bleibt demnach bei der schrankenlosen Ausbeutung, bis — „das besondere Gesetz“ kommt.

Der § 61, welcher hygienische Vorrichtungen bestimmt, die der Prinzipal in seinen Geschäftsräumen zu treffen hat, wird mit einer kleinen Verbesserung angenommen, daß darunter auch die Arbeitszeit zu fallen habe.

Der sozialdemokratische Antrag, den Handlungsgehilfen die gleiche Bezahlung zu gewähren, wird von Herrn von Güttingen nicht gerade bekämpft, aber als ein Schönheitsfehler bezeichnet, während die Zentrumskräfte überhaupt von einem solchen Antrag nicht wissen wollten. Die beiden großen sozialreformerischen Parteien, Zentrum und Konservative, vereinigten sich denn auch, wodurch der Antrag gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten mit 10 gegen 10 Stimmen zu Fall gebracht wurde. — Es wird also weiter „gestanden“.

Beim § 62, der nach den Anträgen den Handlungsgehilfen nicht nur bei nur bei unverschuldetem Unglück, sondern auch wegen militärischen Dienstleistungen den Gehalt auf 6 Wochen sichern will, meint der konservative Abg. Homburg, es geschähe schon zuviel für die Handels-Angestellten, man solle es bei der Regierungsvorlage bewenden lassen; dieser Ansicht schloß sich auch die Majorität an. Seitens der Regierung u. a. wurde übrigens bemerkt, daß das Bürgerliche Gesetzbuch für derartige Fälle bereits Vorsorge treffe.

Damit wurde die Sitzung abgebrochen.

Partei-Nachrichten.

Eine Friedhofssäure, die an die vom Sommer 1895 erinnert, hat sich in Frankfurt a. M. am vorigen Sonntag bei der Beerdigung der Parteigenossin Frau Trompeter abgepielt. Als die circa 2000 Leidtragenden, worunter sich zahlreiche Frauen befanden, am Grabe angekommen waren, wurde ihnen schon der bei einer Trauerfeier nichts weniger als angenehme Anblick, daß zwei Polizeibeamte auf der ausgeworfenen Erde des Grabes Posto gefaßt hatten. Der Polizeikommissar v. Doffow hatte es für nicht unpassend gehalten, sich dort in Gemeinschaft eines Schutzmannes anzustellen. Wie der Sarg am Grabe angelangt war, stimmte der Arbeiter-Musikverein einen Trauermarsch an und hierauf sangen einige Vereine des Sängerbundes Vossalia einen Chor. Nachdem der Beichtkommisfar das ihm bei Beerdigungen ohne Geistlichen vorgeschriebene Gebet verrichtet hatte, trat zunächst Herr Martin, der Vater der Verstorbenen, an das Grab und gab seinem Kinde mit schmerzbelegten Worten den Scheidegruß, indem er eine Blume auf den Sarg warf; das gleiche thaten, jedoch ohne ein Wort zu sprechen, Genosse Trompeter, der Gatte der Verstorbenen, und dessen Sohn, sowie ein Bruder und eine Schwester derselben.

Bis dahin war alles ruhig verlaufen, sagt die „Frankf. Volksstimme“, deren Bericht wir hierbei folgen. Der Polizeikommissar stand starr auf seinem Hügel, aber er hatte gegen niemand etwas davon bemerkt, daß nicht gesprochen werden sollte, und machte auch keine Einwendung, als Herr Martin seine Widmung sprach. Unsere Genossen, welche Kränze von den Organisationen niederkulegen hatten, verhängten sich schon vorher über die Reihenfolge und wollten dabei, wie das seit einigen Jahren stets geschah, nur die übliche kurze Widmung sprechen. Es trat nun zunächst der stellvertretende Vertrauensmann, Genosse Habicht, vor mit dem Kranze für die Gesamtpartei. Aber kaum hatte er die Worte begonnen: „Im Namen der Sozial-“, da rief der Polizeikommissar im schneidigsten Tone dem Schutzmänner zu: „Stellen Sie den Mann fest!“ Sofort sprang der Schutzmänner Jabel auf den Genossen zu, so daß dieser bei dem Anruf beinahe in das Grab gefallen wäre, und suchte ihn fortzuschleichen. Habicht erklärte, daß er ruhig mitgeben werde, er habe aber auch nichts dagegen, wenn man ihn schleichen möge.

Es läßt sich denken, daß nun eine große Aufregung unter der umstehenden Menge entstand, die sich auch in entsprechenden Reaktionen Luft machte. Von einigen Genossen wurde aber bemerkt, daß der erste „Psst“-Ruf in unmittelbarer Nähe eines unter der Menge befindlichen Volkspolizisten fiel. Sofort erklärte nun der Polizeikommissar die „Versammlung“ für aufgelöst und forderte die Menge auf, auseinander zu gehen, worauf er einem Schutzmänner befahl, auf die Uhr zu sehen. Während dessen wurden verschiedene Kränze stillschweigend niedergelegt. Außer von dem sozialdemokratischen Verein, den verschiedenen Organisationen und dem Personal der „Volksstimme“ waren auch von auswärtigen mehreren Kränze gesendet worden, so von Höchst, Hanau und ein besonders schöner von Hausen, sämtlich mit rothen Schleifen und entsprechenden Inschriften. Schon als die ersten Worte des Kommissars erschallten, kam plötzlich eine größere Anzahl Schulleute zum Vorschein, welche vorher hinter den Gassen auf dem Friedhofe versteckt war. Diese brängten nun die Menge von Plaze, wobei einige auch die Säbel halb aus der Scheide zogen. Jedoch hatten offenbar nicht alle Gefallen an dem Vorgehen. Da verschiedene Genossen und Genossinnen, die zu weit hinten standen, ihre Kränze nicht mehr niederlegen konnten, bat Genosse Wilhelm Schmidt den gleichfalls anwesenden Polizeikommissar Szagunn, man möge doch auch diese Kränze noch an das Grab bringen lassen. Der Beamte erklärte, daß er hier nicht zu befehlen habe, rief aber den gerade vom Grabe kommenden Kommissar von Doffow an und Schmidt trat nun diesem sein Anliegen vor. Der Beamte aber gab darauf kein Gehör, sondern zappelte förmlich mit Armen und Beinen, während er rief: „Ich habe befohlen, den Platz augenblicklich zu verlassen!“ Die Menge erifernte sich nun, wobei es einige Schulleute nicht unterlassen konnten, etwas zu drängeln; doch kamen erstere Zwischenfälle nicht weiter vor.

Zur selben Zeit ging aus dem israelitischen Friedhofe die Beerdigung des demokratischen Stadtverordneten Bonn vor sich. Dort durften eine größere Anzahl Kränze gehalten werden. Es ist nicht bekannt geworden, daß dort Polizei, noch dazu direkt am Grabe, zugegen gewesen wäre.

Den Arbeitern Frankfurt a. M. dagegen ist es nicht einmal mehr gestattet, ohne polizeiliche Erlaubnis einem lieben Verstorbenen einen Kranz ins Grab mitzugeben im Namen der Partei, der der Verstorbene angehört, und wenn es dennoch geschieht, so tritt an einer Stelle, die allen Wählern etwas heilig ist, der polizeiliche Apparat geräuschvoll in Aktion, sührt die Feist, und wenn die in ihren Gefühlen dadurch

tief verkehrten Leidtragenden ihrer Entrüstung unwirklich Ausdruck geben, so werden sie von der Polizei auseinander gejagt.

Das erfordert die „Ordnung“ des modernen deutschen Staatswesens! Eine solche Ordnung, die es sogar am Grabe nicht verschmäht, wie der Jude Shylock auf ihrem Schein zu bestehen. Daß solche Störungen von sozialdemokratischen Begräbnissen überhaupt möglich sind, zeigt, wie unglücklich groß der Grad von Rücksichtslosigkeit ist, den sich die herrschenden Klassen gegen die Klassenbewußten Arbeiter gestatten. Und zwar ganz ohne Noth zu gestatten, denn was verächtlich es dem modernen, vor Waffen starrten Staate, wie Sozialdemokraten ihre Toten begraben?

Es ist freilich das Verhängnis der Macht, daß sie den, der sie hat, blind macht.

Zur Maffier haben die Breslauer Parteigenossen beschlossen, daß die Vertrauenspersonen zum 1. Mai Versammlungen einberufen und zum darauffolgenden Sonntag einen Spaziergang veranstalten sollen. Als Vertrauensmann für Breslau wurde in derselben Versammlung, die dies beschloß, Genosse Bruns gewählt.

Als Reichstags-Kandidat für Delitzsch-Bitterfeld-Eilenburg ist am Sonntag in Bitterfeld von einer Versammlung der Vertrauensmänner dieses Kreises der Genosse A. Weismann aus Halle aufgestellt worden, nachdem der bisherige Kandidat, Genosse Albrecht aus Halle, die Kandidatur für den zweiten anhaltischen Kreis Verburg angenommen hat.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Hermann Schulze in Dresden, Redakteur an der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, hatte eine von dem Bazar-Zahaber Steinemann eingelebte Verächtigung nicht angenommen, weil die Zuschrist den Rahmen einer Verächtigung überschritt. Er hatte sich deshalb vor'm Schöffengericht wegen Uebertretung des § 11 des Preßgesetzes zu verantworten. Das Urtheil lautet auf Freisprechung. Es konnte die Frage aufgeworfen werden, so führte der Richter aus, ob Schulze nicht die Pflicht hatte, den Antragsteller der Verächtigung von der Nichtaufnahme zu benachrichtigen. Wenigstens mache ein Kommentar im Stenglein dies einem Redakteur zur Pflicht. Inbezug, das Gericht könnte dem nicht beipflichten, es hat dies nur als eine Privatansicht des Kommentators betrachtet.

Die Lage in Hamburg.

Unser Hamburger Korrespondent schreibt: In der Nähe der Kassehalle Nr. 11 am Petersenquai (Hamburg-Amerika-Linie) geriet am Dienstag Morgen vor 9 Uhr einige bisher Streikende mit früheren „Arbeitswilligen“ infolge des provokierenden Auftretens der letzteren in Streit. Dabei zog einer der Streikbrecher einen Revolver und gab zwei Schüsse auf den Arbeiter Esen ab, der von einem Schuß in den Oberarm getroffen zusammenstürzte. Esen wurde zuerst nach seiner Wohnung und dann nach dem Krankenbause geschafft. Der Revolverheld wurde von Polizeibeamten in Haft genommen.

Der Mörder des Arbeiters Buddrus auf Wilhelmsburg, der Streikbrecher Hans Lemke, ist nicht, wie zuerst gemeldet wurde, gegen eine von der Firma Hirschberg gestellte Kaution von 5000 M., sondern ganz ohne Kaution aus der Haft entlassen worden, obwohl ein Verfahren wegen Todtschlags noch gegen ihn schwebt.

Heute fand wiederum eine Sitzung der Senatskommission mit den Vertretern der Steuer- und Schauerleute statt. Zum Abschluß kamen die Beratungen auch heute noch nicht. — Die Lohnkommission der schwarzen Schauerleute wird morgen, Mittwoch, eine Sitzung mit den Kohlen-Importeuren haben und diesen die am Sonntag festgestellten Forderungen der schwarzen Schauerleute unterbreiten.

Die weißen Schauerleute haben jetzt zum größten Theile den bekannten Revolver unterschrieben, die schwarzen Schauerleute weigerten sich dessen auch heute wieder entschieden, wurden aber trotzdem an Bord der Kohlenfahrzeuge zum Löschen geschickt.

Gewerkschaftliches.

An die Mitglieder des Fachvereins der Klempner in Berlin. Die Generalversammlung am 17. Februar hat beschlossen, den Verein bis zum 1. März aufzulösen. Die Mitglieder, welche gewillt sind, sich auch ferner gewerkschaftlich zu organisieren, wollen bis dahin ihre Beiträge an den Verein entrichten. Es liegt dies im Interesse der Mitglieder, weil dadurch die Aufnahme in den Deutschen Verband unentgeltlich geschieht. Ferner bitten wir diejenigen Mitglieder, welche noch Verpflichtungen oder Forderungen an den obigen Verein haben, ihren Verpflichtungen bis dahin nachzukommen oder die berechtigten Forderungen geltend zu machen. V. A.: Die Liquidations-Kommission. Arno Winter, Boeddystr. 11.

Das großherzoglich badische Statistische Bureau in Karlsruhe versendet zur Zeit an die Vorstände der Gewerkschaften Zirkulare, worin es um Auskunft darüber ersucht, ob im Laufe der Jahre 1895 und 1896 im Großherzogthum Baden Lokalorganisationen beziehentlich Zahlstellen der betreffenden Gewerkschaften ins Leben getreten sind. Von derselben amtlichen Stelle aus wurden bereits im Jahre 1894 Erhebungen über die Zahl und Stärke der gewerblichen Vereinigungen und Arbeiterorganisationen in Baden vorgenommen, deren Resultat dem Zirkular in einem Sonderabdruck beigelegt ist.

Achtung, Holzarbeiter Deutschlands! Es wird gebeten, den Zugang nach den Werksstätten von Springer u. Neests in Weiskene bei Berlin zu unterlassen. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Weiskene.

In Magdeburg ist der Streik der Hafnarbeiter beigelegt. Er hatte folgende Ursache. Die Arbeiter sollten eines Tages nach Feierabend noch zwei Waggon Salpeter verladen. Sie waren ermüdet und weigerten sich, die Arbeit zu verrichten, die erst nach 11 Uhr beendet sein konnte. Darauf wurde den Arbeitern angeordnet: Wer nach Hause geht, kann sich als entlassen betrachten. Und einmüthig hörten die Arbeiter auf; niemand außer den Vorarbeitern blieb auf dem Hofen. Am nächsten Tag wurde ein Ausschlag von 75 Pf. pro Waggon versprochen, was die erbitterten Arbeiter ablehnten. Die Drohung nun, daß alle älteren Arbeiter entlassen werden sollten, veranlaßte die Streikenden, erst recht zusammenzuhalten, und die anderen Arbeiterkategorien, wie z. B. die Stopper, die das unterbrochene Laden des Salpeters fortsetzen sollten, erklärten sich mit den streikenden Kameraden solidarisch. Die Hafnerverwaltung machte dann die Konzeption, für das Laden eines Waggons Salpeter 1 M. mehr und zwar 4 M. zu zahlen, welchen Vorschlag der Hafnarbeiter Götlich, der über die Verhandlungen in einer Versammlung der Streikenden berichtete, den Arbeitern zur Annahme empfahl. Die Versammlung hatte nicht abel Lust, den Vergleich abzulehnen; als jedoch unser Genosse, Reichstags-Abgeordneter Albert Schmidt die Streikenden, die fast gar nicht organisiert sind, ermahnte, das Sichere dem Ungewissen vorzuziehen, und nachdem ein Vertreter der Hafnerverwaltung die Zusicherung gegeben hatte, daß die Verpflichtungen gehalten werden würden, wurde eine Kommission von 5 Personen gewählt, die sofort die gemachten Vorschläge zu beraten hatte. Diese empfahl der Versammlung den Vorschlag der Hafnerverwaltung zu akzeptieren, Montag früh die Arbeit wieder aufzunehmen, ferner eine dreigliedrige Kommission zu beauftragen, mit dem Magistrat so bald als möglich in Verbindung zu treten zwecks Regelung der Arbeitsverhältnisse im städtischen Hafen; ferner erklärte sich die Kommission im Prinzip für Abschaffung des Akkordsystems und Einführung des Lohnsystems und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Hafnerverwaltung keine Maßregelungen vornehmen werde. Die Versammlung der Streikenden nahm diese Vorschläge der Kommission einstimmig an. Die dreigliedrige Kommission wird am Sonntag mit der Hafnerverwaltung verhandeln.

Aus Weiskene. In der Masig'schen Schuhfabrik sind wieder 3 Zwirnmaschinen eingeführt worden, worauf die bereits gemeldete Kündigung von 12 Zwirner zurückzuführen ist. Von der Kündigung sind hauptsächlich Zwirner betroffen, die in der Zentral- und der Fabrikkommission thätig waren. Genosse Simon aus Erfurt, der Vorsitzende des Ausschusses des Verbandes deutscher Schuhmacher, hat am Montag mit Herrn Masig über Zurücknahme der Kündigung verhandelt. Herr Masig erklärte, sich erst am Tage danach entscheiden zu wollen. Am Montag Abend war nämlich eine Sitzung des Fabrikantenvereins.

In der Albrecht'schen Fabrik sind die gemachten Zugeständnisse in Beziehung auf die Zwirnerlöhne wieder zurückgezogen worden, und in der Barnau'schen Fabrik wurden die vereinbarten Preise für die Journaturen (Zutaten) erhöht. In diesen Fabriken sind deshalb neue Differenzen entstanden. Insbesondere in der Albrecht'schen Fabrik droht ein neuer Streik, und zwar der geschädigten Zwirner. Genosse Simon wird aber überall, wo Differenzen eintreten, diese durch Vermittlung mit den Kommissionen und Fabrikanten zu beheben suchen. Der Generalstreik ist vorigen Sonnabend in einer Versammlung für beendet erklärt worden. 66 Personen sind noch ausgesperrt, beziehentlich zu unterstützen.

Aus Mülhausen i. G. berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Im Geschäftszweig der Textilindustrie ist eine kleine Besserung eingetreten. Während einiger Monate wurde jeden Sonnabend der Betrieb in Spinnereien und Webereien eingestellt. Jetzt ist das nur mehr jeden zweiten Sonnabend der Fall. Am 20. Februar hat eine Versammlung der in betracht kommenden Arbeiter folgende Erklärung beschlossen: „Die Versammlung erklärt es für eine unabwendliche Folge der auf dem Grundsatze der freien Konkurrenz und der Ausbeutung des Lohnarbeiters aufgebauten kapitalistischen Produktionsweise, daß von Zeit zu Zeit sogenannte Krisen, Störungen im Arbeitsbetrieb eintreten. Indem die Versammlung als letztes Ziel der auf die Befreiung der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen die Beseitigung dieser unheilvollen Produktionsweise betrachtet, richtet sie zunächst an die Textilindustriellen von Mülhausen das Ersuchen, den Forderungen der Arbeitszeitverkürzung im Sinne der Einführung des 9 Stunden-tages näher zu treten. Sie fordert vor allem eine anderthalbstündige Mittagspause für die Arbeiter sämtlicher Fabriken.“

Aus Brasilien. Die in St. Paulo erscheinende deutsche Zeitung „Germania“ giebt in einer ihrer letzten Nummern den Inhalt eines Flugblattes dortiger freier und Quimacher wieder. Die Arbeiter hatten die Arbeit bei dem Fabrikanten Schriener eingestellt, weil dieser einer an ihn gesandten Kommission, die um bessere Arbeitsbedingungen bat, sagte: „Ihr müßt Euch daran gewöhnen, weniger zu essen! Ich bedauere, daß ich nicht mehr in einer Zeit lebe, wo mein Vater mit der Peitsche in der Hand seinen Arbeitern vorschrieb, was sie zu thun hatten.“ Dieser brasilianische Fabrikant wird gut thun, nach Deutschland auszuwandern. Hier wäre ihm eine glänzende politische Zukunft sicher.

Versammlungen.

Die für den 2. Wahlkreis für gestern Abend in Fährle's Lokal, Demewehstraße, einberufene Versammlung verfiel der Auflösung. Gleich nach Eröffnung forderte der überwachende Beamte die Entfernung einiger anwesenden Frauen. Der Vorsitzende bemerkt, daß solches das Vereinsgesetz nicht vorschreibe, worauf der Beamte bedeutet, daß die Versammlung den Charakter einer Wahlvereins, nicht aber den einer öffentlichen trage. Als der Vorsitzende reagierte, daß er alsdann die Frauen ausschließen müsse, trotzdem das Gesetz dies nicht fordere, löste der Ueberwachende die Versammlung auf.

Verbandsstag der in Buchbindereien, der Papier- und Lederwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu Halle a. S. Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung vom 22. Februar. Sailer-Berlin spricht über den 2. Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegung. Er wendet sich ebenfalls gegen das Verhalten des Verbandsvorstandes. Der Haupterfolg in Berlin sei vorwiegend der von Nitomsky und anderen Kollegen betriebenen Werkstätten-Agitation zu verdanken. Die Bezahlung der Feiertage sei dadurch von den Unternehmern umgangen worden, daß man schon vielfach die Arbeiter nur auf Stundenlohn einstellt. Der Tarif wird voraussichtlich zu gunsten der Arbeiter ausfallen und sich durchführen lassen. Die gegenwärtige Auffassung vieler auswärtigen Kollegen über die Berliner Bewegung beruhe nur auf Unkenntnis der Verhältnisse. Jöhler-Stuttgart verteidigt den Verbandsvorstand gegen die im Laufe der Debatte von Berliner und anderen Rednern erhobenen Vorwürfe. Der Vorstand habe stets mit den einzelnen Orten Fühlung unterhalten und sei auch genügend unterrichtet gewesen, aber es war Vorsicht erforderlich um einem Mißerfolg vorzubeugen. Denn der Vorstand war sich über den Ausgang der Bewegung völlig klar. Die Minimallöhne müssen nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden. In Stuttgart habe man den günstigen Zeitpunkt erfaßt und dadurch den Erfolg erzielt. Die Tariffrage sei wegen der Regelung der Städterbeit für den Vorstand als eine offene behandelt worden, weil auch hier Vorsicht geboten ist. Schmidt-Mannheim schilderte die Schwierigkeiten der Agitation in den Mittelstädten, besonders in Süddeutschland, infolge der gedrückten Verhältnisse, woraus sich der Zugang nach Berlin erkläre. Grimm-Hamburg erklärt die hohen Forderungen der Hamburger mit der gesteigerten Lebenshaltung der Bevölkerung. Ferner wünscht Hedner, daß die in den Vergolderischen ausgebildeten Kollegen angehalten werden sollen, die Minimallöhne zu fordern. Schuhmacher und Jahn-Berlin sind der Meinung, daß man in der Zeitung die rechtzeitige Aufklärung über Konjunkturen der Bewegung unterlassen habe. Die Lederarbeiter haben man auch nicht genügend berücksichtigt. Eine von Harber-Hannover gestellte Resolution, in allen Orten, wo eine bisherige Lohnbewegung unmöglich war, eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben; ferner alle Wertstätten-Streiks möglichst zu vermeiden, wird einstimmig angenommen. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassier, dem Vorstand und Ausschuss Entlastung erteilt, worauf die Sitzung am Nachmittag verlagert wird.

Nachmittags-Sitzung. Es erfolgt nunmehr die Beratung der Anträge betr. event. Abänderung des Statuts. Ein Antrag des Verbandsvorstandes, den § 1a entsprechend den § 132 der Reichs-Gewerbe-Ordnung abzuändern, wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Eine sehr ausgedehnte Diskussion, an der sich fast sämtliche Delegirte beteiligen, entspinnt sich über die verschiedenen Anträge wegen Erhöhung, beziehungsweise Herabsetzung der bisherigen Beiträge. Die Mehrheit war der Meinung, daß man, um Mittel für eine Lohnbewegung zu haben, einen den Verhältnissen entsprechenden Beitrag erheben müsse. Andererseits wurde gerade ein niedriger Beitrag als geeignetes Mittel gehalten, der Organisation Mitglieder zuzuführen, denn jedenfalls könne ein erfolgreicher Kampf nur mit einer starken Organisation geführt werden. Die traurigen Lohnverhältnisse in einzelnen Branchen wie in der Provinz lassen hohe Beiträge nicht zu. Mittel für den Lohnkampf werden fast nur von Organisierten und durch Sammlungen aufgebracht. Dagegen wurde geltend gemacht, daß in Zukunft große Opfer erforderlich seien. Die Mehrzahl der Berliner Delegirten ist für niedere Beiträge, bezw. 25 und 10 Pf. pro Woche, während die sächsischen und Stuttgarter Vertreter für möglichst hohe Beiträge eintreten, mit Ausnahme der Chemnitzer Delegirten. Frau Käbler-Hamburg plädiert für 30 resp. 15 Pf. Die nunmehr erfolgte namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags: für männliche Mitglieder pro Woche 35 Pf. mit 14 gegen 12 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen und 15 Pf. für weibliche Mitglieder mit 18 gegen 9 Stimmen mit 1 Stimmenthaltung. Ein Antrag Hannover, betr. die Klassenweise Einführung von Beiträgen wurde einstimmig abgelehnt. Die Erhebung einer Extrasteuer, vom Verbandsvorstand in der Weise beantragt, wie

dem momentanen Bedarf angemessen ist“ wird, unter Ablehnung der übrigen diesbezüglichen Anträge, mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen. Ein anderer Antrag Hannover: „Der Verband ist in Genuß getheilt“ zu streichen, wird nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen ein anderer, von Harben in längerer Ausführungen begründeter Antrag betreffend die Errichtung von Zahlstellen u. an Orten, wo keine Mitgliedschaften bestehen, in einer von Pfüge-Leipzig gestellten Fassung, angenommen. Eine längere Diskussion zeitigen einige Anträge betreffend die Gauentheilung. Nachdem der Antrag Alenburg von Buchwald zurückgezogen, gelangt der Antrag des Verbandsvorstandes zu Abs. 2 und 3 des § 17 mit einiger Abänderung und einem von Harben gestellten Zusatz, zur Annahme, wodurch die weiteren Anträge erledigt waren. Gegen 8 1/2 Uhr abends werden die Verhandlungen auf Dienstag verlagert, um wahrscheinlich an diesem Tage beendet zu werden.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule, die sehr gut besucht war, fand am letzten Montag in den Annahallen statt. Es handelte sich um die Stellungnahme der Mitglieder zu den neuen Unternehmungen des Vorstandes und Beschlußfassung darüber. Der Vorsitzende, Genosse Heinrich Schulz, gab in seinem einleitenden Referat zunächst die Gründe an, die den Vorstand überhaupt zu den neuen Unternehmungen veranlaßt hätten. Einmal müsse die Schule stets fortschreiten und sich ausbauen, andererseits hätten bestimmte Umstände neue Maßnahmen erfordert. Die Verwaltung der Schule sei eine so ausgedehnte und schwierige geworden, daß die Arbeitskraft einer Person dadurch völlig in Anspruch genommen werde. Um dieser Person aber eine entsprechende Vergütung dafür zahlen zu können, habe sich die Eröffnung neuer Hilfsquellen nötig gemacht. Durch die Einrichtung der Lesehalle habe man dagegen das Aussehen der Schule heben wollen. Die neuen Unternehmungen führten sich ganz gut ein und wenn auch die Lesehalle vorläufig noch mangelhaft besetzt werde, so sei dies nur auf ungenügende Belanmmachung zurückzuführen. Es habe aber zu Konflikten zwischen dem von der Generalversammlung gewählten und daher verantwortlichen Vorstand und den von den einzelnen Schulklassen gewählten unverantwortlichen Schulkommissionen geführt, so daß der Vorstand in seiner Thätigkeit gehemmt wurde; er sei im Zweifel, ob er noch die Mehrzahl der Mitglieder hinter sich habe. Um hierüber Klarheit herbeizuführen, sei die heutige Generalversammlung einberufen worden. Die folgende Debatte war eine sehr lebhaft. Mücke stellte den Antrag, die Lesehallen wieder einbezogen zu lassen, während von Straun dem gegenüber verlangt wurde, die Lesehallen den ganzen Tag zu öffnen. Kalen und Lehmann unterstützen den Antrag Mücke, erklären sich im übrigen aber mit der Geschäftsführung des Vorstandes einverstanden. Nach langer, theilweise sehr erregter Diskussion wurden beide Anträge abgelehnt; dagegen wurde mit allen gegen 7 Stimmen die Leitung der Schule durch den jetzigen Vorstand gebilligt und letzterer aufgefordert, die neuen Unternehmungen thätig zur Durchführung zu bringen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

München, 23. Februar. (W. Z. B.) Das Landgericht München II verurtheilte wegen des in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober in Steinhöring (Amtsgerichtsbezirk Ebersberg) stattgehabten Haberfeldtöbels 3 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 1 bis 1 1/2 Jahren und 45 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 1 bis 8 Monaten.

Wien, 23. Februar. (W. Z. B.) Die „Neue freie Presse“ meldet aus Athen aus sicherer Quelle, daß die Eskadren der Großmächte die Zurückziehung der griechischen Truppen aus Kreta binnen 24 Stunden verlangen.

London, 23. Februar. (W. Z. B.) Nach einer Depesche aus Sunderland steht der Eisenbahn-Güterverkehr in Sunderland infolge des Ausstandes fast gänzlich still. Falls die Direktoren der Nordost-Bahn in der heute stattfindenden Versammlung die Bedingungen der Arbeiter nicht annehmen, werden die bei dem Personenverkehr beschäftigten Gepäckträger morgen die Arbeit einstellen. Die Lokomotivführer des Norddistriktes haben sich bereit erklärt, sich dem Ausstand anzuschließen.

London, 23. Februar. (W. Z. B.) Unterhaus. Der Parlaments-Unterschatz des Neuen Curson erklärt, die Regierung wisse nicht, wer das Signal zur Beschießung der Aufständischen auf Kreta gegeben habe. Das Verfahren sei zwischen den Geschwadern-Chefs vereinbart worden; vermutlich habe der älteste Offizier, der italienische Admiral, das Zeichen gegeben.

London, 23. Februar. (W. Z. B.) Die bevorstehende Entsendung einer besonderen Mission an König Renelk unter der Führung Kobb's, zeitigen Sekretärs bei der englischen diplomatischen Vertretung in Cairo, wird amtlich gemeldet. Mehrere Offiziere, unter ihnen Oberst Wingate und Lord Edward Cecil, der Sohn Lord Salisbury's, werden Kobb begleiten. Kobb wird einen eigenhändigen Brief der Königin an Renelk überbringen.

London, 23. Februar. (W. Z. B.) Der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses betreffend Jameson's Einfall in Transvaal wohnten der Prinz von Wales, Dr. Jameson und Dr. Harris bei. Der Prinz von Wales reichte beim Eintritt Rhodes die Hand. Das Verhör Rhodes' wurde durch Campbell-Bannermann, Ellis und Burton fortgesetzt. Rhodes verwies auf die Analogie zwischen dem Einfall Jameson's und der Invasion auf Kreta. „Der Unterchied besteht darin“, äußerte Rhodes, „daß das Volk von Johannesburg Ihre Landsleute waren, während es die Kreten nicht sind. Sie haben volle Sympathie für die Kreten, aber keine Sympathie für Ihre Landsleute.“ Labouchere unterbrach Rhodes mit der Bemerkung: „Giebt es auf Kreta auch Goldminen?“ und wurde deshalb zur Ordnung gerufen. Auf fernere Fragen verschiedener Mitglieder des Ausschusses erwiderte Rhodes, die gegenwärtige Lage in Transvaal könne nicht fortdauern, eine Aenderung müsse eintreten. Die neue Bevölkerung würde sich verdoppeln und verdreifachen, während die alte Bevölkerung der Bürger sich vermindere, da sie theilweise nach Rhodesia ziehe. Er, Rhodes, habe nicht die Umwandlung der holländischen Republik in eine englische gewünscht. „Ich wünschte eine Union, dadurch allein wurde mein Johannesburg in die Erhebung getrieben haben. Das Volk im Rand habe die der englischen Krone eigene Empfindung getheilt, daß es an der Regierung theilnehmen müsse, wenn es die meisten Steuern zahle. Das fernere Verhör brachte technische Einzelfragen, welche wenig Interesse boten.“

Athen, 23. Februar. (W. Z. B.) Nach einer Depesche aus Cerigo halten englische Schiffe diese Insel eng umschlossen. Auch haben englische Schiffe gestern vor Patania, woselbst sich das Hauptquartier des Obersten Vassos befindet, demonstriert. Ferner wird berichtet, daß Kastell in Brand fiel.

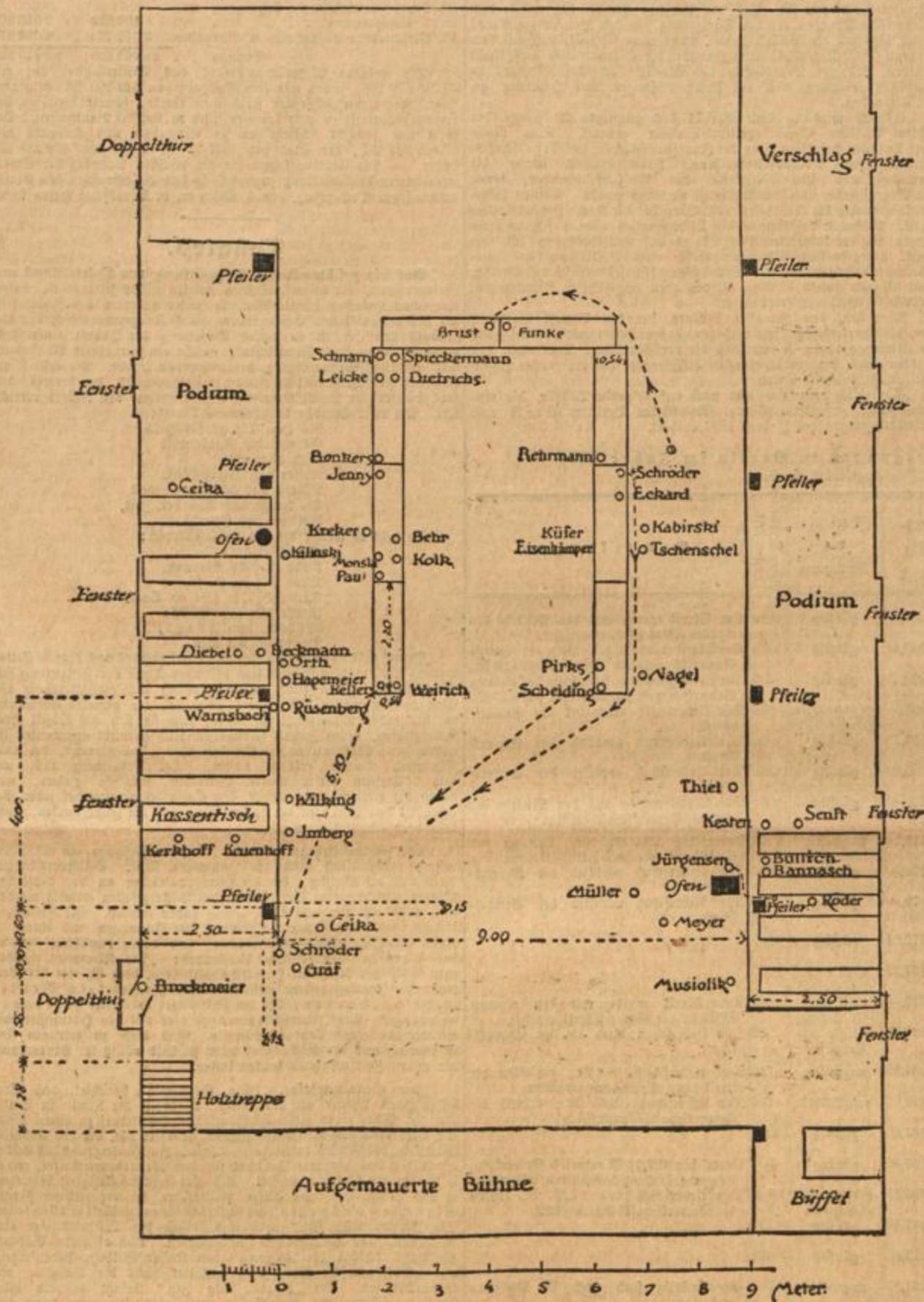
Athen, 23. Februar. (W. Z. B.) Die Ankunft italienischer Studenten, welche als Freiwillige nach Kreta gehen, gab zu einer Kundgebung Anlaß; eine zahlreiche Menschenmenge durchzog die Straßen unter den Rufen: „Es lebe Griechenland!“ „Es lebe Italien!“ „Es lebe Kreta!“

Bombay, 23. Februar. (W. Z. B.) Die Sterblichkeits-Ausweise der letzten 6 Tage zeigen eine deutliche Abnahme der Epidemie gegen die letzten Wochen.

Kalkutta, 23. Februar. (W. Z. B.) Unter den Personen, welche auf den Rothbauten im Dewa-Staate beschädigt sind, ist die Cholera ausgebrochen. In zwei Tagen sind 160 Todesfälle vorgekommen. Die Behörden ergreifen energische Maßregeln, um die Verbreitung der Epidemie nach Allahabad sowie nach den Zentral-Provinzen zu verhindern.

Der Essener Meineids-Prozess wider Schröder und Genossen im Wiederaufnahme-Verfahren.

Anlage zum Augenscheinprotocoll d dato Baukau, den 3. Juli 1895.



Schilderungen, die scheinbar mit dem guten Glauben der Schildernden übereinstimmen, von deren Wahrheit die Schildernden aber trotzdem fest überzeugt sind. Der Verteidiger weist nun auf das Urteil der zweiten Strafkammer des Landgerichts Köln vom 19. Juni 1896 gegen den Redakteur Joschickter wegen Beleidigung des Gendarm Münter hin. In diesem Urteil heißt es, daß ein vollkommenes non liquet schon bezüglich des objektiven Tatbestandes des fraglichen Vorkommnisses vorliege und daß keine Veranlassung vorhanden sei, einzelne Zeugen der Verletzung der Eidespflicht zu verdächtigen, daß vielmehr die Widersprüche der Zeugen durch die Sachlage erklärlich seien. Es wird ferner auf das Zeugnis des der christlich-sozialen Gruppe zugehörenden Zeugen Reuendorf hingewiesen. Dieser, der jeden Stos Münter's in Abrede stellt, hat bekundet: Schröder sei auf den Rücken gefallen, während dessen Parteigenossen beklundeten, Schröder sei auf die vorgestreckten Hände gefallen. Der Verteidiger behauptet ferner, daß die Geschworenen dem Urteil gegen Margraf ausschlaggebende Bedeutung beigegeben haben. Dies ist nicht nur höchstwahrscheinlich, sondern durch Mitteilungen der Geschworenen, wie eventuell unter Beweis gestellt werden kann, unmittelbar bekannt geworden. Daß dem Kölner Urteil zu grunde liegende Verfahren hat auch ergeben, daß die beiden Zeugen-Gruppen, von denen die eine das Hinwerfen behauptet, die andere dies bestritt, sich keineswegs nach politischer Parteilichkeit sondern es werden folgende neue Zeugen benannt, welche das von den Verurteilten Beschworenen bekundet werden: 1. Maurer Johann Gerlach (Castrop bei Essen), 2. Anton Breker (Bouchen bei Reheim), 3. Musikant Hermann Kerlinski (Köln), 4. Bergmann Joseph Eisenkämper (Herne), 5. Bergmann Wilh. Tschentschel (Herne), 6. Bergmann Friedrich Nagel (Hiltrop), 7. Schneider Ernst Dort (Bruch), 8. Bergmann Carl Küfer (Herne). Hierzu bemerkt ich: Die Verurteilten wurden unmittelbar nach der Verhandlung, in welcher sie den Meineid geschworen haben sollen, verhaftet. Sie hatten keinerlei Möglichkeit, ihre Entlastungsbeweise selbst zu sammeln. Unmittelbar nach der Schwurgerichts-Verhandlung und im Laufe der seitdem verfloßenen Zeit sind die vorbenannten Augenscheine des fraglichen Vorfalles ermittelt; es ist dabei auf Feststellung ihrer absoluten Integrität und ihrer Nichtzugehörigkeit zur Partei der Verurteilten Wert gelegt worden. Bestätigen diese Zeugen eidlich das von den Angeklagten Beschworene, so wird das Gewicht des an sich schon sehr schwachen Belastungsmaterials zweifelhaft werden, wie es dem Kölner Gerichtshof zweifelhaft geworden ist, ob nicht die von den Verurteilten gegebene Darstellung die richtige ist. Das wesentlichste Belastungsmaterial, welches auch dem erwähnten Urteil gegen Margraf zu grunde lag, bildete das eidliche Zeugnis des Gendarmen Münter, welcher abgelegt hat, daß er dem Schröder einen Stos gegeben habe. Es soll nicht behauptet werden, daß dieser Zeuge einen gewissenhaften oder sorgfältigen Falschheit geleistet hat. Es mag immerhin möglich sein, daß dieser Zeuge, dem in einem späteren Urteil dokumentiert ist, er sei ein nervös erregter Mann, sich des Mutes seines Einschreitens später nicht mehr bewußt gewesen ist. Es wird aber unter Beweis gestellt, daß das Zeugnis Münter's selbst bei der Annahme, er habe sein Zeugnis nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben, und habe es auch bei sorgfältigster Prüfung subjektiv nicht anders abgeben können — dennoch objektiv keinen Glauben verdient, weil dem Zeugen die Fähigkeit fehlt, Vorfälle in der Ausübung seines Amtes, bei denen er selbst beteiligt ist, objektiv richtig zu beobachten und in der Erinnerung festzuhalten. Der Verteidiger beruft sich a) auf ein Urteil der Strafkammer zu Bochum gegen den Redakteur Kartenberg vom 24. Juli 1895, b) auf ein Urteil der Strafkammer zu Dortmund gegen den Redakteur Dr. Vögenau vom 7. Oktober 1895. In beiden Fällen waren die Angeklagten der Beleidigung des Gendarm Münter beschuldigt wegen Mittheilung von mehreren großen Ergüssen des Münter in Ausübung seines Amtes. In beiden Fällen läugnete Münter eidlich die an der Zahl nicht unerheblichen Ergüsse ab, welche von zahlreichen Zeugen bestätigt wurden. In beiden Fällen erfolgte Freisprechung mit der Begründung, daß Münter's Angaben objektiv unzuverlässig und die übrigen Zeugen glaubwürdig seien. — In der Schwurgerichts-Verhandlung ist von der Anklagebehörde der angebliche Meineid der Verurteilten zurückgeführt worden auf die politische Parteilichkeit der Verurteilten. Es ist von der Anklagebehörde zur Begründung der Anklage geltend gemacht worden, daß das sozialdemokratische Organ des Ruhr-Gebietes den Meineid der Parteigenossen als erlaubt hingestellt und daß die Verurteilten, offen von dieser politischen Ansicht befeuert, den Meineid geleistet hätten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese von den Geschworenen als Thatsache hingenommene Behauptung der Anklagebehörde wesentlich zu dem Fehlspruch der Geschworenen geführt hat. Ich benenne: a) den Redakteur Dr. Vögenau zu Dortmund als Zeugen dafür, daß das von der Anklagebehörde als sozialdemokratisches Organ bezeichnetes Blatt ein vor Jahren vorübergehend erschienenenes anarchisches Blatt war, daß die gesammte sozialdemokratische Presse, insbesondere auch das sozialdemokratische Organ des Ruhrgebietes, die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“, die Auslassungen jenes anarchischen Blattes ans heftigste bekämpft und stets den Meineid als verabscheuungswürdiges Verbrechen gekennzeichnet hat. Ich benenne b) den Bergmann Friedrich Vortels in Marten als Zeugen, daß gerade der Verurteilte Schröder in der Presse und in den Versammlungen den Meineid als ein gemeines Verbrechen bezeichnet hat. Sind diese Thatsachen richtig, so fällt das Argument der Anklagebehörde, das Argument, welches die Geschworenen offenbar akzeptiert haben.

Es dürfte den Lesern noch in Erinnerung sein, daß im August 1895 die Bergleute Ludwig Schröder und Genossen vom Schwurgericht zu Essen a. d. Ruhr wegen wissentlichen Meineids zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Die Verurteilung erregte zur Zeit allgemeines Aufsehen, da die Zeugenansagen in jener Schwurgerichts-Verhandlung sehr widersprechend waren. Bekanntlich handelte es sich um eine im Juni 1895 zu Baukau bei Herne in Westfalen stattgefundene Bergarbeiter-Versammlung, die vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter berufen war. In dieser Versammlung war auch Ludwig Schröder nebst einer Anzahl anderer zur Sozialdemokratie gehörenden Bergarbeiter erschienen. Als Schröder sich zum Wort meldete, wurde er von dem Vorsitzenden, Bergarbeiter Brüst (Mitteneffen), aus dem Saale gewiesen. Dieser Aufforderung soll Schröder nicht sofort nachgekommen sein, er wurde deshalb von dem die Versammlung überwachenden Gendarm Münter zum sofortigen Verlassen des Saales aufgefordert. Schröder leistete dieser Aufforderung unverzüglich Folge. Er begab sich an dem Ausgange des Saales stehenden Kaffeetisch, um sich sein Eintrittsgeld wiedergeben zu lassen. In diesem Augenblicke trat jedoch Münter, so hat dieser in der erwähnten Schwurgerichts-Verhandlung bekundet, dicht an Schröder heran und forderte ihn in energischer Weise zum Verlassen des Saales auf. Schröder dagegen hat in einem aus Anlaß dieses Vorganges gegen den Redakteur Margraf vor der Essener Strafkammer stattgefundenen Beleidigungs-Prozess bekundet, daß Gendarm Münter ihn zweimal niedergestossen habe. Dasselbe bekundeten noch einige andere Genossen Schröder's. Da diese Zeugen sich mit den Aussagen Münter's und denen einiger dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter angehörenden Mitglieder im Widerspruch befanden, so erfolgte wegen Verdachts des wissentlichen Meineids ihre Verhaftung und einige Wochen später ihre oben mitgetheilte Verurteilung. Der Verteidiger der Verurteilten, Rechtsanwalt Dr. Viktor Niemeyer-Essen, bekannt als Verteidiger Neidoge's in

dem Machener Alexianer-Prozess, hat nun das Wiederaufnahme-Verfahren beantragt. Es dürfte notorisch sein, so heißt es in der sehr umfangreichen Begründung des Wiederaufnahme-Verfahrens, daß das bezeichnete Urteil des Schwurgerichts von weiten, mit dem Sachverhalt und dem Verhandlungsverlauf sorgfältig vertrauten juristischen und nicht-juristischen Kreisen aller politischen Richtungen für einen verhängnisvollen Fehlspruch gehalten wird, für einen Fehlspruch, der auf politische Voreingenommenheit der Geschworenen gegen die Verurteilten zurückzuführen wird. Der Verteidiger fährt des weiteren aus: „Münter selbst mußte schließlich eidlich bekunden, daß er so nahe an Schröder hart und energisch herangetreten sei, daß er ihn möglicherweise mit dem Körper berührt habe, während er die eine Hand am Säbelgriff, die andere geballt gehalten hätte. Demgegenüber haben andere Zeugen derjenigen Gruppe, welche ein Stos Münter's in Abrede stellen, bekundet, daß Münter „mit den Armen gestikuliert habe“. Angesichts dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme mußte mindestens aus dem Gesichtspunkt des „non liquet“ die Freisprechung erfolgen und jedenfalls muß angesichts dieser Sachlage das geringste neue Moment oder Beweismittel zu gunsten der Angeklagten geeignet erscheinen, die Freisprechung herbeizuführen, oder doch in Anwendung des § 163 St.-G.-B. eine geringere Verurteilung herbeizuführen. Dabei ist davon auszugehen, daß die Annahme, es müsse auf der einen oder anderen Seite ein Meineid geschworen sein, durchaus ungerechtfertigt ist. Erfahrungsmäßig gehört eine völlig gleichmäßige Darstellung von Vorgängen, die im Wirkhause oder auf der Straße beobachtet sind, geradezu zu den Seltenheiten trotz gleicher Beobachtungsnähe und Beobachtungsmöglichkeit der Zeugen. Das dem Auge eingetragene Bild ist von unzähligen Zufälligkeiten, von Stimmungen, Fähigkeiten u. s. w. beeinflusst. Das ursprüngliche Bild verwirrt sich durch Schilderungen und Besprechungen des Vorfalles; das Gehörte und Wiedererzählte mischt sich mit dem Tatbestande des Beobachteten und so entstehen

Diesem Antrage des Rechtsanwalts Dr. Niemeyer ist insofern bereits stattgegeben worden, als, wie bereits mitgeteilt, am vergangenen Sonnabend in dem zu Baukau bei Herne belegenen Sichteremann'schen Saale ein Lokaltermin stattgefunden hat. Es hatten sich zu demselben eingefunden der Gerichtshof, der über das Wiederaufnahme-Verfahren zu beschließen hat, bestehend aus Landgerichtsdirektor Jerusalem, Landrichter Hiltkamp und Gerichtsassessor Fuchs. Die königliche Staatsanwaltschaft war durch den Staatsanwalt Mantel, die Beschuldigten durch Rechtsanwalt Dr. Viktor Niemeyer vertreten. Außerdem waren die acht genannten neuen, sowie eine Anzahl Zeugen geladen, die schon in der Schwurgerichts-Verhandlung im August 1895 vernommen waren. Der Sichteremann'sche Saal, den wir den Lesern nach dem Entwurf einer Handzeichnung vorführen, ist ein alleiniges, leichtes Fachwerkbauwerk, dessen Thüre unmittelbar ins Freie führt. Sämtliche Zeugen mußten im Saale die Stellen ihres Eides bzw. Standes einnehmen, die sie zur Zeit des Vorfalles inne hatten. Gendarm Münter ist auf dem Tableau nicht mitaufgeführt. Dies ist höchstwahrscheinlich deshalb unterblieben, weil Münter an jenem verhängnisvollen Versammlungstage seinen festen Platz im Saale hatte. Aus der vorliegenden im Saale vorgenommenen Vernehmung ging hervor, daß sämtliche Zeugen bei dem Vorfalle anwesend waren. — Nach berichtigter Lokalbesichtigung begab sich der Gerichtshof in die gegenüberliegende Wirthschaft von Sichteremann, wo in nichtöffentlicher Sitzung die Zeugen vernommen wurden. Staatsanwalt und Verteidiger durften dieser Sitzung nicht beimohnen. Der Gerichtshof wird nun in den nächsten 14 Tagen zu beschließen haben, ob auf grund der neuen Zeugenvernehmungen u. s. w. das Wiederaufnahme-Verfahren anzunehmen ist.

Rechenschaftsbericht der Berliner Gewerkschafts- Kommission.

Soeben ist der Rechenschaftsbericht der Berliner Gewerkschafts-Kommission über die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1896 erschienen. Der Bericht enthält Angaben über die öffentlichen Versammlungen der Delegierten, die Zusammenkunft der Kommission und Beteiligung der Delegierten, die Lohnbewegungen, Statistik der Streiks und Ausperrungen im Jahre 1896, Gewerbeberichtswohle, über das Gewerkschaftsbureau und die Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben der Kommission. An öffentlichen Delegierten-versammlungen sind in der Berichtzeit sechs abgehalten.

Ueber die Zusammenkunft der Kommission und der Beteiligung an deren Sitzungen ist dem Bericht zu entnehmen, daß zur Zeit 84 Gewerbe durch 92 Deputierte in der Kommission vertreten sind. Der durchschnittliche Besuch ist gegen die Vorjahre gestiegen. Durchschnittlich waren 85 Delegierte anwesend.

In dem Abschnitt über die Lohnbewegungen der Berichtzeit wird wiederum auf die im Solde des Unternehmertums stehende Forderung und Tagespresse hingewiesen, die im Verbrechen, Verbrechen und Verunglimpfen der im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen stehenden Gewerkschaften und ihrer Führer das Menschlichste geleistet hat. Ramentlich wird auf die lächerlichsten Spezialberichte der „Post“ hingewiesen. — Im allgemeinen wird konstatiert, daß sich die Lohnbewegungen der zweiten Hälfte des Jahres 1896, soweit es sich nicht um Ausperrungen handelte, hauptsächlich auf Weibehaltung oder Erzielung der neunständigen Arbeitszeit, prozentuale Lohnerhöhungen oder auf die Einführung fester Lohnsätze richteten. Das Vorgehen hatte in dieser Zeit andauernde Wertstättstreichs und Wausperren zu verzeichnen bei den Firmen, welche die im Frühjahr bewilligten Forderungen wieder rückgängig machen wollten. Namentlich lag es in der Holzindustrie. Die Arbeiter dieser Industrie richteten ihr Augenmerk zum größten Teil auf die Durchführung und Erhaltung der 9ständigen Arbeitszeit. Im graphischen Gewerbe und der Papierindustrie wurde gleichfalls die neunständige Arbeitszeit und die Einführung von Lohnsätzen gefordert. Auch in der Metallindustrie wurde um den Neunstundentag nicht ohne Erfolg einzelner Branchen gekämpft.

Im einzelnen wird berichtet über die Streik- und Lohnbewegungen der Maurer, Püger, Zimmerer, Dachdecker, Stuckateure, Maler, Holzarbeiter, Musikinstrumenten-Arbeiter, Möbelpolierer, Bilderrahmenmacher, der an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten, der Stellmacher, Metallarbeiter, Lackierer, Sattler, Treibriemen-Arbeiter, Lederarbeiter, Weißgerber, Konfektionsarbeiter, Mähenmacher, Buchbinder, Lithographen, Buchdrucker-Hilfsarbeiter, Tabakarbeiter, Taxameter-Professoren, der Privatpost-Angestellten und Gasanstalts-Arbeiter. 15 Streiks verliefen für die Arbeiter günstig, 3 mit theilweisem Erfolg, 3 erdulden mit einem Vergleich vor dem Gewerbegericht, 3 resultatlos (d. h. es blieb bei den bisherigen Verhältnissen), 3 ungünstig.

Allein für Streiks gingen durch die Hände der Gewerkschafts-Kommission 228 488,64 M. Außerdem noch an Eisenarbeitern 22 108 M., zusammen über 250 000 Mark! Für den Hamburger Hasenarbeiter-Streik waren davon bestimmt 156 790 M. 33 Pf. Sonst sind an großen Summen noch zu nennen 9400 M. für die Musikinstrumenten-Arbeiter und für die streikenden Lithographen und Steinbrucher 36 922 M. Auf den Umfang der Arbeit, welche dem Gewerkschaftsbureau bei der Sammlung für den Hamburger Streik zufiel, läßt sich ein Schluß ziehen, wenn man feststellt, daß auf dem Bureau 7000 Doppel-Quittungen für die Hasenarbeiter angestellt wurden, bis zur Beendigung des Streiks 962 Postsendungen in Empfang genommen und 411 Postanweisungen nach Hamburg gesandt wurden.

Endlich wird in dem Bericht des günstigen Ausgangs der letzten Berliner Gewerbeberichts-Wahlen gedacht. Eine Reihe von Tabellen beigefügt über die Inanspruchnahme des Gewerkschaftsbureaus zur Auskunftserteilung. Man erfährt darin die Branche und das Geschlecht der Auskunftsuchenden, sowie die Gegenstände, über die Auskunft verlangt wurde. Seinen Höhepunkt erreichte die Thätigkeit des Bureaus bei dem Hasenarbeiter-Streik. Während des Streiks der Lithographen machte sich an sechs Tagen in der bekannten Massenlage auf Entschädigung für die nicht innegehaltene Kündigungsfrist eine Vertretung der ausständigen Lithographen seitens des Gewerkschaftsbureaus erforderlich. Das Bureau wurde 1896 zu all den oben angeführten Zwecken von circa 9000 Personen frequentiert.

Man kann dem Genossen Millarg, der den Bericht bearbeitet hat, die Anerkennung nicht verlagern, daß er dabei mit großem Fleiß zu Werke gegangen ist und daß die veröffentlichten Thatsachen und Zahlen noch den verschiedensten Richtungen hin ein großes sozial-politisches Interesse bieten.

Schließlich verweisen wir noch auf folgende Tabelle, die eine interessante Zusammenstellung sämtlicher Berliner Streiks und Lohnbewegungen des Jahres 1896 enthält.

Abrechnung über Streiks und Lohnbewegungen in Berlin im Jahre 1896 (soweit dieselben an die Kommission eingeschendet wurden).

Beruf oder Branche	Dauer der Bewegung		Anzahl der Beteiligten		Einnahme Mark	Ausgabe Mark	Verlauf der Bewegung	Ursachen nach dem Bericht	Bemerkungen
	vom Datum	bis Datum	Männer	Frauen					
Maurer	19. 3. 96	4. 7. 96	7408	1	78 357,53	58 497,—	günstig	nein	Der Streik wurde aus den Mitteln der eigenen Gewerkschaft geführt.
Püger	1. 6. 96	8. 10. 96	1743	—	20 975,45	18 646,42	günstig	nein	Der Streik wurde a. d. Mitteln der eigenen Gewerkschaft geführt. Ueberschuß 7329,03 M.
Zimmerer	16. 4. 96	19. 9. 96	2000	—	35 734,91	30 260,45	günstig	300	Der Streik wurde a. d. Mitteln der eigenen Gewerkschaft geführt. Ueberschuß 5474,78 M.
Dachdecker	1. 3. 96	22. 4. 96	260	—	1 721,65	1 665,—	günstig	296	Der Ueberschuß blieb bei der Gewerkschaft.
Stuckateure	20. 4. 96	25. 4. 96	700	—	4 308,20	854,73	günstig	nein	Der Ueberschuß verblieb der Gewerkschaft.
Maler	5. 3. 96	15. 4. 96	800	—	11 051,96	10 336,94	günstig	nein	Der Ueberschuß verblieb der Gewerkschaft.
Holzarbeiter	1. 2. 96	21. 9. 96	11429	—	40 412,—	37 589,—	günstig	nein	Der Streik wurde aus den Mitteln der eigenen Gewerkschaft geführt.
Musikinstrumenten- Arbeiter	1. 4. 96	30. 6. 96	2287	—	51 271,54	50 442,54	ungünstig	4000	Ueberschuß 800 M. zur Deckung der Schuld an die Gewerkschaft-Kommission.
Möbelpolierer	10. 2. 96	8. 3. 96	400	—	3 254,10	3 174,—	günstig	nein	Der Ueberschuß verblieb der Gewerkschaft.
Bilderrahmenmacher	22. 9. 96	1. 10. 96	78	—	153,—	78,—	günstig	nein	Der Ueberschuß verblieb der Gewerkschaft.
An Holzbearbeitungs- maschinen Beschäftigte	10. 2. 96	25. 2. 96	920	—	9 912,04	9 912,04	günstig	1600	
Stellmacher	16. 3. 96	30. 3. 96	400	—	2 007,19	2 007,19	theilweis mit Erfolg	1000	
Metallarbeiter *)	erstreckt sich über das ganze Jahr 1896		3925	—	164 616,—	124 616,—	theilweis mit Erfolg	nein	Der Streik wurde mit den eigenen Mitteln der Gewerkschaft geführt.
Lackierer	16. 3. 96	30. 3. 96	398	—	1 220,85	836,80	eidigte mit Vergleich	50	Der Ueberschuß blieb in der Gewerkschaft.
Sattler (bei Scholz Nachf.)	1. 9. 95	21. 1. 96	87	—	6 074,81	5 964,85	ungünstig	48	Den Ueberschuß, 80 M., erhielten die streikenden Treibriemenarbeiter.
Treibriemen-Arbeiter	11. 3. 96	15. 4. 96	47	—	2 457,98	2 449,03	refultatlos	100	Den Ueberschuß, 8,95 M., erhielt die Gewerkschafts-Kommission.
Lederarbeiter	3. 8. 96	1. 9. 96	142	12	3 464,90	3 484,85	günstig	nein	
Weißgerber	26. 11. 95	7. 1. 96	87	—	6 893,94	6 696,80	günstig	300	Ueberschuß v. 197,14 M. erhielt d. Gewerkschaft-Komm. z. Deckung d. Schuld d. Lehrgelber.
Konfektionsarbeiter	10. 2. 96	21. 2. 96	28 805	709	78 378,23	73 920,37	eidigte mit Vergleich	2510	Den Ueberschuß von 57,88 M. erhielt die Gewerkschafts-Kommission.
Mähenmacher	4. 7. 96	30. 7. 96	192	237	7 029,21	6 847,54	günstig	197	
Buchbinder	22. 9. 96	8. 10. 96	207	170	9 812,63	9 312,63	günstig	431	
Lithographen	19. 10. 96	23. 11. 96	885	—	90 419,22	90 231,87	ungünstig	1700	Gegenwärtig sind noch 75 Personen ausgesperrt.
Buchdrucker-Hilfsarb. und Arbeiterinnen	3. 5. 96	4. 7. 96	239	—	7 358,10	7 284,20	günstig	nein	Den Ueberschuß von 6,65 M. erhielt die Gewerkschafts-Kommission.
Tabakarbeiter	14. 4. 96	14. 7. 96	640	888	8 096,04	7 828,72	günstig	500	Den Ueberschuß, 267,32 M., erhielt die Lohnkommission zum Fonds.
Taxameter-Professoren tischer	25. 12. 95	8. 1. 96	357	—	860,35	568,01	refultatlos	nein	Der Ueberschuß verblieb in der Gewerkschaft.
Privatpost-Angestellte	4. 6. 96	21. 6. 96	289	—	3 606,47	3 448,31	refultatlos	300	Der Ueberschuß von 158,16 M. verblieb der Gewerkschaft.
Gasanstalts-Arbeiter	24. 10. 96	15. 11. 96	80	—	2 205,93	2 205,93	Vergleich v. d. G.-G.	500	Den Ueberschuß von 21,88 M. erhielt die Gewerkschafts-Kommission.

*) Ausgabe: Wärmemacher 465 M., Tischler 15 457 M., Parquetbodenleger 3300 M., Drechsler 2800 M., Zuschuß zum Streik der Musikinstrumenten-Arbeiter 6491 M., Kosten für Abwehrstreiks 4156 M., Auswärtige Streiks 1900 M., Streikfonds 3500 M.
*) Formier 430, Maschinenbauer 54, Schlosser und Schmiede 60, Wärtter und Drucker 89, Fabrik Hartung 123, Schnitt- und Stangenbauer 195, Hufeisenfabrik Beonhardt u. Co. 33, Façon- und Schraubendreher 989, Klempner 1400, Mechaniker 600 Personen.
Die Abrechnungen der Glaser, Gutmacher, Schuhmacher, Fensterpüger stehen noch aus.

Kommunales.

Der Antrag der Gewerbe-Deputation auf Ausdehnung der Krankenversicherung durch Ortsstatut auf Hausindustrielle, Handlungsgeschäfte und -Kehrlinge, sowie auf die in Gemeindebediensten beschäftigten Personen wird in allerhöchster Zeit den Magistrat voraussichtlich in einer außerordentlichen Sitzung beschäftigen. Berichterstatter ist Stadtrath Dr. Weigert. Die Gewerbe-Deputation zählt zu den versichernden auch die große Gruppe der „verschämten Hausindustriellen“. Dazu gehören nach Meinung der Gewerbe-Deputation meist weibliche Personen, die auf eine gewerbliche Thätigkeit eigentlich nicht angewiesen sind, vielmehr als Frauen oder Töchter von Beamten oder Gewerbetreibenden auch ohne bezahlte Arbeit auskommen könnten, die aber zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse oder auch zur Vermehrung des an sich wenigstens ausreichenden Familieneinkommens nebenbei eine gewerbliche Thätigkeit, z. B. auf dem Gebiete der sogenannten weiblichen Handarbeiten entfalten. Ueber den Umfang dieser Gruppe

und über ihre näheren Verhältnisse, so bemerkt die Gewerbe-Deputation, läßt sich wenig Sicheres behaupten, da die Natur dieses — zuweilen als „verschämte“ bezeichneten — Gewerbebetriebes für eingehende Ermittlungen keine Handhabe bietet.

Es kann durchaus nicht schaden, wenn die Beamtenfrauen, welche den ordentlichen Arbeiterinnen durch Unterbietung eine Konkurrenz bereiten, ebenfalls zur Krankenversicherung herangezogen werden. Entweder lernen diese meistentheils mehr vernünftigen als verschämten Armen, die vielfach für die größeren Hausarbeiten ein Dienstmädchen halten, sich als Arbeiterinnen fällen, oder sie verzichten auf die Heiserdienste, die sie bisher den Konfektionsärtern der ihren Vordruckerinnen leisteten.

Berliner Stadthaushalts-Gesetz. Der Stadthaushalts-Gesetz für Berlin pro 1897/98, wie er nunmehr gemäß § 68 der Städte-Ordnung vom 22. Februar cr. bis einschließlich 1. März cr. in den Vormittagsstunden von 10—1 Uhr auf dem Berlinerischen Rathhause 1 Treppe im Finanzbureau, Zimmer 98, zur Einsicht für die diesigen Einwohner ausliegt, schließt in der Einnahme und Ausgabe mit

68 445 559 M. ab. Die Summe vertheilt sich auf die einzelnen Kapitel wie folgt:

	Einnahmen M.	Ausgaben M.
1. Kammerei	708 210	115 138
2. Städtische Werke	6 152 870	1 891 789
3. Steuern	50 015 890	549 100
4. Kapital und Schulden	14 984 372	18 556 895
5. Unterstadt	2 568 849	16 895 513
6. Armenwesen	1 171 599	10 636 721
7. Kranken- sowie Gesundheitspflege und Gemeinden für Gemeindefürsorge	1 687 301	5 908 868
8. Park- und Gartenanlagen	14 585	723 530
9. Bauwesen	5 970 341	13 474 239
10. Verwaltungskosten	614 817	8 745 980
11. Polizeiwesen	724 000	6 004 263
12. Straßenbeleuchtung, Reinigung und Wesperrung	190 270	2 916 200
13. Verschiedene Einnahmen u. Ausgaben	3 712 774	2 060 374
Summa	88 445 559	88 445 559

Die größten Einnahmen weist das Steuerkapitel auf mit 50 015 890 M., denen nur eine Ausgabe von 549 100 M. entgegensteht. Die Ueberschüsse der städtischen Werke, soweit dieselben der Stadt-Hauptkasse zu gute kommen, sind in Kapitel 2 enthalten. Der Etat pro 1896/97 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 87 889 324 M., der Etat pro 1897/98 ist daher um 606 235 M. höher. — Die Etatsvorlage wird am nächsten Sonntag der Stadtverordneten-Versammlung zugehen, so daß dieselbe über den Etatsentwurf am Donnerstag, den 4. März cr. in Verathung treten kann.

Lokales.

Auf die geschmackvolle Vergnücker von Patriotismus und Jotenreiterei, die in patriotischen Kreisen nicht seltenes ist, haben wir schon mehrfach hingewiesen, so unter anderem vor Jahresfrist bei der gelegentlichen Beschreibung eines Kreiservereinsfestes. Besonders drastisch ist in dieser Beziehung der Inhalt einer Festzeitung, die zu einer Feierlichkeit, welche ein vornehmer Adelsbesitzer am 16. Februar beging, herausgegeben wurde. Die erste Zeitspalte der Festschrift enthält einen „Kaiserspruch“, der beweist, daß sein Dichter im Punkt Ergebenheit entschieden den Rekord erreicht hat. Die erste Strophe des Hymnus lautet:

All Heil Dir großer Held
Es ehrt die Adlerwelt
Dich allerorts,
Kaiser voll Herrlichkeit,
Macht uns die Herzen weit
Du kennst das Rad der Zeit,
Förderer des Sports.
So geht es weiter bis zur Schlusstrophe:
Der Germania
Liebe ist stets Dir nah,
Wird Dir zu theil,
Drum Brüder hier im Saal,
Greift alle zum Vokal:
Wilhelm, dem Ideal,
Donnernd All Heil.

Derart geht es in überquellendem Patriotismus noch diverse Seiten weiter, bis ein humoristisch sein sollender Theil der Festzeitung sich allmählich mit Joten füllt, deren Ursprung dem Jubeltherium alle Ehre machen würde. Besonders zeigt sich die gemeine Gesinnung der dichtenden Nadeljünglinge darin, daß sie sich als Objekt ihrer Positivitäten, deren Inhalt selbstverständlich gar nicht anzudeuten ist, außer den Prostituirten, wessentlich ihre „Kolleginnen“, die rad-fahrenden Damen erlesen haben. Die Festzeitung läßt auf den Mitternacht dieser Sorte Patrioten Schlüsse ziehen, von denen die Herrschaften, welche den Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit den Bauwan der freien Liebe vor die Füße werfen, nicht besonders erbaut sein werden.

Sie fühlen sich zu schwach. An dem Festzuge am 22. März nehmen bekanntlich auch die Innungen theil. Selbstverständlich wohl nur die Meister, da die Hurrapatrioten an der deutlichen Abgabe, welche ihnen kürzlich von den Bäckergehilfen ertheilt worden ist, wohl ein für alle Mal genug haben werden. Die Zeitungen bringen jetzt eine lange Aufzählung der Innungen und ihrer im Zuge mitzuführenden Junkenleume, und darin erwähnen sie auch des folgenden bedauerlichen Umstandes: „Die Klempner würden gern auch ihre kostbaren Harnische mitführen, doch ist, wie der Vertreter der Innung gestern erklärte, zur Zeit kein Meister mehr vorhanden, der die Last dieser Harnische zu tragen vermöge.“ Den Innungsbrüdern geht es mit den Harnischen wie mit der modernen Produktionsweise. Auch diese zu ertragen sind zu schwach und ihr Marasmus wird sie bald völlig im Sturmhauch der neuen Zeit zusammenfallen lassen.

Zur Centenarfeier. Die „Germania“ berichtet, daß Professor Hans Meyer an der Königl. Akademie der Künste in Berlin zum 22. März einen Zeitungs-Illustrations-Entwurf zu einem Bilde zur Verherrlichung Kaiser Wilhelms I. geliefert hat, der ein lebhaftes Schütteln des Kopfes hervorrufen dürfte. Im Hintergrunde des Bildes erhebt sich das geplante Denkmal für den verstorbenen Kaiser, wie es in Berlin errichtet werden soll. Als eine geschmacklosigste Bezeichnung es das Bild, daß von dieser Reiterfigur in ungemessene Fernen Strahlen ausgehen, die scheinbar die ganze Welt erfüllen sollen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ will aus Anlaß der Wilhelmfeier eine Verringerung des Münzgesetzes herbeiführen. Das offiziöse Mädchen für Alles schlägt die Prägung einer Kaiser Wilhelm-Gedenkmünze vor. Das deutsche Münzgesetz gestattet nicht die Prägung von Gedenkmünzen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt deshalb allen Ernstes in Anregung, dem Geheh eine Zusatzbestimmung durch eine Novelle hinzuzufügen des Inhalts: Die Prägung von Gedenkmünzen von besonderer Gestalt und Aufschrift kann durch Beschluß des Bundesraths angeordnet oder zugelassen werden.“ Für die Feyer des 100. Geburtstages Wilhelms I. in Charlottenburg fordert der dortige Magistrat von den Stadtverordneten die Bewilligung von 85 000 M., davon sollen 25 400 M. als Beitrag zu der bei der goldenen Hochzeit 1879 errichteten Wilhelm-Münzstiftung verwendet werden, 3600 M. für Ausschmückung der Schulen und Verteilung von Festschriften und 45 000 M. zur Ausschmückung der Berliner und Spandauer Straße. Ein drastisches Urtheil über die Berliner Veranstaltungen fällt der vorkommliche Abgeordnete Dr. Conrad in einer an die „Berl. Ref.“ gerichteten Zuschrift: „Die geplanten Festlichkeiten zu Ehren Wilhelms I. anlässlich der Jahrhundertfeier seiner Geburt beweisen, daß die offiziellen Vergnügungs-Kommissionen des preussisch-deutschen Reiches keinen Funken von Phantasie und Geschmack besitzen, was uns bei dem herrschenden Trödel- und Stumpfthum und Militarismus • Götterdienst allerdings nicht überrascht. Im Hintergrunde dieser ganzen Veranstaltung thront in der ganzen Herrlichkeit seiner Heuchelei eben wiederum der ewig siegreiche deutsche Philister, der nie fürchterlicher ist, als wenn er Huldigungsreden in großen Stile macht. Das Spitzelstück wird aber geradezu zur beleidigenden Possen, wenn man bedenkt, daß der solchermassen Gefeierten in der That einer der Schicklichsten, edelsten und bescheidensten Fürsten gewesen, denen je die Sonne außerordentlichen Glückes auf dem Throne gescheit, ohne daß der also Angelächelte darüber seinen gesunden Menschenverstand verlor.“

Kirchensatzung zur Wilhelmfeier. Hinsichtlich der Centenarfeier für Kaiser Wilhelm I. in sämtlichen dem Minister der Unterrichts- u. Angelegenheiten unterstellten Schulen, Unterrichts- und Erziehungsanstalten der Markarchie hat der Herr Minister folgendes bestimmt: Die Schüler und Schülerinnen sind rechtzeitig auf die am 21. März d. J. stattfindende kirchliche Feier hinzuweisen und aufzufordern, dem Gottesdienste an diesem Tage beizuwohnen. Soweit es nach den örtlichen Verhältnissen sich ermöglichen läßt, sind die Schüler u. in gemeinsamem

Zuge in die Kirchen zu führen. Die Schulfeier am 22. März ist in derselben Weise vorzunehmen, wie die regelmäßige Feier des Geburtstages Seiner Majestät des regierenden Kaisers und Königs und der hervorragenden Bedeutung des Tages entsprechend auszugestalten. Am 23. März ist der Unterricht gleichfalls anzuführen, damit Lehrer und Schüler Gelegenheit erhalten, sich an Volksbefestigungen und volkstümlichen Festen zu beteiligen. Erwünscht ist es, daß auch von der Schule selbst Konzerte, Turnspiele, Aufführungen u. dergl. veranstaltet werden.

Das Wort „Volksbefestigungen“ dürfte sehr euphemistisch anzufassen sein; sollten die Festlichkeiten, welche von Kreisvereinen u. am Schluß der vorgeschriebenen 72stündigen Vereinstage veranstaltet werden, sich in diese Bezeichnung einschließen sollen, so werden manche Eltern, die das Treiben bei derartigen Vergnügungen kennen, sich weislich hüten, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen. Doch das beiseite. Unausgesprochen ist, wie der Kultusminister sich etwa die Beteiligung der Schüler und Schülerinnen an dem Gottesdienst vorstellt, der am Sonntag den 21. März zur höheren Ehre Kaiser Wilhelms des Großen stattfinden soll. Am Sonntag ist keine Schule und irgend ein Zwang daher wohl rechtlich kaum durchzuführen. Dies hat auch der Berliner Magistrat erkannt. Er rechnete mit der starken Wegerschaft, die namentlich in Berliner Arbeiterkreisen sowohl dem Nationalfeste, als auch der Kirche gegenüber vorhanden ist und beschränkte sich daher darauf, rein platonisch den Kirchendienst am ersten Herrlichungstage zu empfehlen.

Katholische Volksehrbarkeit. Die „Germania“ schreibt: Das Passiv lebender Neulandsgüter in unseren Straßen kann mitunter als großer Unfug angesehen werden, der zur sofortigen Exilierung der „wandelnden Neuländer“ führt. So wurde gestern Abend am Alexanderplatz ein Parlein festgenommen, der für ein Masken-Vergnügen in der Sandbergerstraße Zettel verteilte, und durch sein Auftreten eine große Ansammlung von Menschen verursachte. Gelegentlich dieses Vorfalls wollten wir auch auf die Geschmackslosigkeit sehr vieler Maskenball-Besucher hinweisen, die in mitunter recht gewagten Kostümen die beleuchteten Straßen betreten und ein nicht gewöhnliches Aufsehen erregen. Auch das ist dann unter den Rahmen des großen Unfugs zu stellen und wohl bisher nur von der duldsamen Schonung der Behörden übersehen worden. — Was sagt zu dieser katholischen Volksehrbarkeit die „Katholische Volkszeitung“, in deren Nachbarschaft man sich auch jetzt wieder nach frohgemühter Rheinländerweise in aller Öffentlichkeit zum lustigen Karneval rüft?

Der Kampf um den Nordpol lautet der Titel des Ausflugsbuches, das heute Abend in der Urania in der Landensstraße zum ersten Male ausgeführt wird. Von den vielen Expeditionen, die zur Erforschung der unbekannteren Polarländer ausgerüstet wurden, werden, wie die gestern vor einem geladenen Publikum stattgefundene Generalprobe zeigte, vornehmlich einige wesentliche Momente der zweiten deutschen und der österreichisch-ungarischen Expedition vorgeführt. Die deutschen 1869 ausgesandten Schiffe *Germania* und *Ganja* sollten die Ostküste von Grönland erforschen und an ihr nach Norden vordringen. Die *Germania*, die unter 77 Grad nördlicher Breite durch die Eismassen zum Umkehr gezwungen wurde, entdeckte unter 75 Grad eine tief ins Land reichende Meereshöhle, den Franz-Josephs-Fjord; die *Ganja* dagegen geriet ins Eis und wurde von den Eismassen zerdrückt. Ihre Besatzung, 13 Mann, konnte sich auf eine Eisscholle retten, auf der sie 200 Tage nach Süden trieben, worauf es ihnen gelang, in ihren Booten die grönländische Küste zu erreichen.

Die österreichische Expedition, die 1872 auf dem Dampfer „Tegetthoff“ nach Norden ging, suchte die nordöstliche Durchfahrt, wollte also an der Nordküste Sibiriens entlang durch die Behringstraße nach den ostasiatischen Gewässern fahren und über Indien und durch den Suezkanal zurückkehren, was später dem Schweden Nordenfjöld gelang. Der „Tegetthoff“ geriet leider sehr früh ins Eis, aus dem er nicht mehr loskam; das Schiff trieb mit dem Eise nach Norden, wo eine Inselgruppe, Franz-Josephs-Land, entdeckt wurde. Schließlich mußte das Schiff verlassen und die Besatzung auf Schlitten und Booten angetrieben werden, die nach vielen Gefahren und Strapazen glücklich beendet wurde.

Die einzelnen Szenen, die in der Urania vorgeführt werden, geben ein recht anschauliches Bild von den unwirtlichen Polarregionen und den landschaftlichen Reizen, die sie bieten. Julius Paier, ein Führer der österreichischen Expedition, der ein talentvoller Maler ist, hat in entgegenkommender Weise bei der Herstellung der Dekorationen mitgewirkt, so daß mögliche Naturwahrheit in ihnen erreicht ist. Beeinträchtigt wird ihrer Wirkung nur durch den Kontrast mit lebenden Menschen, die Herr Direktor Meyer auf die Bühne bringt; denn neben diesen erscheinen die Eismassen doch sehr pygmaidenhaft, wodurch die Illusion merklich gestört wird. Solche Effekthaserei, wie das Abfeuern eines Gewehres, wodurch ein Eisbär erlegt sein soll, wirkt einfach lächerlich und würde besser unterbleiben.

Wenig entgegenkommend für die Ausführung in der Urania zeigte sich *Ransau*; deshalb mußte davon Abstand genommen werden, bedeutendere Einzelheiten aus seiner Reise vorzuführen. Der lähne Norweger ließ sein Schiff bekanntlich absichtlich im Eise festfrieren, weil er der Meinung war, daß es mit dem Eise über den Pol nach der Ostküste von Grönland getrieben werden würde. Seine Vermutung über das Bestehen einer solchen Eisdriftung hat sich bestätigt, so daß das Rätsel des Pols gelöst, die Frage, ob dort ein unbekanntes Land existiert, verneint ist. Von dieser letzten, ergebnisreichen Forschungsreise wurden nur die bekanntesten Momente, der Hafen auf Spitzbergen, in den Ransaus Schiff, die *Fram*, bei ihrer Rückkehr einlief, und die Triumpfabfahrt der *Fram* an der norwegischen Küste entlang, in schönen Wandbildern vorgeführt.

Gauertum und Verformungsstreben. Zu dem großen Brillantenraub in der Leipzigerstraße bemerkt die „Nat.-Ztg.“ recht treffend: Ohne die Verordnungen bezüglich der Sonntagsruhe wäre der Einbruch in dieser Weise unmöglich gewesen. Die Zeiten, in denen die Ladenshüter Schutz gegen Einbruch in schweren eisernen Fensterverschlüssen, in Gewölben und selbstthätigen Alarmsignalen suchten, sind längst vorüber. Vor etwa 15 Jahren ging man hier dazu über, in einermassen belebten Straßen die Sicherheit darin zu suchen, daß man die Straßensperren zu Sicherheitswächtern machte. Man folgte dem zuerst von Amerika gegebenen Beispiel, schloß einfach die Ladenthür zu, ließ die Schaufenster offen, ohne den Inhalt zu entfernen, und ließ die Flammen im Laden brennen. So konnte jeder Vorübergehende hineinsehen und jede auffällige Bewegung im Laden beobachten. Das war der denkbar einfachste und doch erfolgreichste Schutz, auf den man verlassen konnte. Tausende von Geschäftshäusern haben diese Neuerung sich zu eigen gemacht. Sie ist jetzt die allgemeine Regel. Der Zwang, die Vorhänge herabzulassen, hat für die Nacht zum Montag diese vorzügliche Einrichtung nun unmöglich gemacht. Die Einbrecher lehren sich eben an die Vorschriften über die Sonntagsruhe nicht. Sie mögen in der Stille auf recht lange Dauer der Verordnung angesehen haben. An diese indirekte Folge der Vorschrift, die Berlin den Anschein innerer Einkehr geben soll, hat man wahrscheinlich nicht gedacht, als der Sünde vorgebeugt werden sollte, die der Vorübergehende auf sich lud, wenn er am Sonntag ein schon aufgepöckeltes Schaufenster betrachtete. Nun, inmitten des Proteststurmes, der sich gegen die Sonntagsverordnung erhoben, wird man im Ministerium des Innern wohl auch dem neuesten Zuge Aufmerksamkeit nicht versagen dürfen, der sich in dem Bilde zeigt noch nachträglich zeigt. Es ist charakteristisch, daß die Gilde der Einbrecher schnell erfährt hat, wie ihnen jetzt die Ausübung ihres Geschäftsbetriebes erleichtert worden ist.

Büchlerisches aus Gastwirthskreisen. Eine bekannte Schöneberger Brauerei verkauft jetzt ihr Bier auch in Syphons, in denen sich das Getränk wochenlang frisch und wohlschmeckend erhält. Dies paßt den Gastwirthern nicht. In einer Versammlung, welche sie dieser Tage abgehalten haben, forderten sie von der Brauerei,

daß sie den Gast- und Schaftwirthchen die Syphons zur Abgabe an ihre Kunden überlassen. Die Gast- und Schaftwirthchen seien die berechtigten Zwischenhändler und dazu berufen, daß von der Brauerei erzeugte Bier im Publikum zu verbreiten. Falls die Brauerei diesen Wünschen nicht stattgeben will, drohen die Wirthchen mit weiteren Maßregeln. Wir glauben nicht, daß die Protestler viel Erfolg mit ihrem Streben haben werden. Das Publikum wird sich wenig um ihre an sich gewiß oft recht kritische Lage kümmern.

Schaftwirth in Berlin. Am Schluß des Jahres 1896 waren in Berlin vorhanden: 115 Ausschankstellen für Selterwasser mit Ausschluß aller anderen Getränke. 3074 Kleinhandlungen mit Braantwein oder Spiritus (Kaufläden) und zwar 79 mehr als im Vorjahre. 417 Gastwirthschaften, davon 181 für wohlhabendere, 236 für weniger wohlhabende Stände, im ganzen 86 mehr als im Vorjahre; 9481 Schaftwirthschaften, davon 274 für Wein, 7657 für Bier (368 mehr als im Vorjahre), davon 963 für wohlhabendere und 6594 für weniger wohlhabendes Publikum berechnet. Ferner 57 Ausschankstellen ausschließlich für Kaffee, Thee und Chokolade; 827, die außer Kaffee u. auch Bier ausschänken dürfen; 211 Konditoreien, deren Zahl sich gegen das Vorjahr um 20 vermehrt hat. 555 Brennerei- (Braantwein-) Schänken, 61 weniger als im Vorjahre. Von den 9481 Schaftwirthschaften waren 1591 nicht zum Spirituosenverkauf berechtigt, ihre Zahl ist um 240 gegen das Vorjahr zurückgegangen.

Rinaldo Rinaldini. Wie die „Berl. Pr.“ mittheilt, hat ein Arbeiter aus der Bernauerstraße seinen Sohn „Rinaldo Rinaldini“ tanzen lassen. Wir glauben nicht, daß diese Mittheilung auf Wahrheit beruht, da die Standesbeamten, die im Bezirksämte vor einiger Zeit sogar den Namen „Emma“ auf den Index setzten, weil er nicht im Kalender stehe, für gewöhnlich derart phantastische Namen gar nicht aufnehmen. Der Arbeiter hätte auch just so geschmacklos gehandelt, wie die patriotische Dame, von der die Blätter vor einiger Zeit berichteten, daß sie ihr am 2. September 1870 geborenes Kind mit dem holdseligen Namen „Sedan“ benannte.

Ausstellungs-Kahenjammer. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Stehberhalter der Berliner Gewerbe-Ausstellung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, sind gestern die Prüfung der angemeldeten Forderungen statt. Bei derselben berichtete der Verwalter Fischer über die Lage der Sache und beauftragte die Aktiva auf 340 M. Diese dürften kaum die Kosten des Verfahrens decken.

Klammernhaftes von den Unfallstationen. Von der Zeitung der Unfallstationen erzählt die „Kette-Korrespondenz“ folgendes Stückchen: „Eingeliegt an den Unfallstationen beschäftigte Ärzte hatten es abgelehnt, den Reportern politischer Tageszeitungen Auskunft über etwa vorgekommene Unfälle, die in den Stationen zur Behandlung kamen, zu geben. Daß damit dem Klammernbedürfnis des Herrn Schlegler ein schlechter Dienst erwiesen war, ist klar; füglich richtete also das Kuratorium der Unfallstationen an die dirigirenden Ärzte eine Zuschrift. In derselben heißt es gerade mit Bezug auf den „Total-Anzeiger“, dessen Reporter und Wohnung im Schriftlich genau angegeben ist, etwa wie folgt: Da derselbe (der „Total-Anzeiger“) der Sache der Unfallstationen seine Unterstützung angeheben lasse, so müsse man sich dagegen erkenntlich zeigen und denselben über interessante Vorkommnisse Mittheilungen machen. Das könnte entweder in der Weise geschehen, daß dem Reporter telephonisch durch den Arzt, die Schwester oder den Wärter die Einzelheiten des Falles mitgeteilt würden, oder der Reporter könnte auch per Telephon zu einem Besuch aufgefordert und ihm dann mündlich von dem Thatbestand Kenntnis gegeben werden. Unterschrieben war der Ulaß vom Kuratorium der Unfallstationen.“

Man sieht daraus, wie vielseitig die Aufgaben eines Unfallstationen-Arzt sind; sie haben die Unfälle nicht nur zu kurieren, sondern auch zu telephonieren, damit der Klammern-Apparat in gutem Gange bleibt. Was haben diese Arbeiten mit dem Beruf des Arztes zu thun? Durch derartige plumpe Mittel kann das Vertrauen in die Tüchtigkeit der Unfallstationen nur erschüttert werden.

Eine entwürdigende Klammern betreibt wieder die Strohhut-Fabrik von A. Barthold in der Lindenstr. 78; entwürdigend sowohl für das Geschäft wie für den lebendigen Klammerngegnersstand. Im Schaufenster ist nämlich ein junges Mädchen ausgestellt, das in der gewöhnlich nicht besonders erträglichen Temperatur an einer Maschine Hüte zusammennähen muß. Auf der Straße sammelt sich bald allerhand Publikum an, das nicht müde wird, die Arbeiterin zu beobachten und mehr oder minder geistreiche Bemerkungen über sie fallen zu lassen. Schon vor längerer Zeit beging die Firma dieselbe Ungeheuerlichkeit; als die Presse damals ihren Tadel über die Schaustellung des Mädchens aussprach, bequeme der Geschäftsinhaber sich, deren wohlmeinenden Rath zu folgen. Jetzt scheint der Mann die Mahnungen vergessen zu haben.

Ueber das patriarchalische Benehmen eines Malermeisters erhalten wir von der Filiale Moabit der Vereinigung der deutschen Maler, Radierer, Aquarellisten u. folgende Mittheilung: Der Malermeister Stiege, Müllerstraße 15, bestellte am 18. d. M. einige Malergehilfen, die bei ihm um Arbeit anfragten, zum Montag zu sich, sie möchten sich an diesem Tage mit ihrem Arbeitszeug am Bau einfinden. Nachdem die Arbeiter zur rechten Zeit gekommen waren, theilte Herr Stiege ihnen nach längerem Warten mit, daß er bereits am Sonntag alles befehligt hätte. Natürlich waren die Arbeiter nicht sehr erbaud von dieser Abfertigung und einer Äußerung, daß sich am Gewerbegericht das weitere finden werde. Dies schien Herrn Stiege wenig zu imponiren, denn er warf dem Gefassten brüderlich die Worte zu: „Sie wollen mich wo anders sprechen? Mit dem Gummischlauch können Sie ein paar aber den Kopf kriegen, Sie Oche!“

Zu der Woche vom 1. bis 6. März findet die Zurücklieferung sämtlicher aus der königlichen Bibliothek entliehenen Bücher statt. Alle, welche solche Bücher in Händen haben, werden aufgefordert, sie in den Geschäftsstunden (9 bis 3 Uhr) zurückzuliefern. Die Zurücknahme der Bücher erfolgt nach alphabetischer Ordnung der Namen der Entleiher; von A bis H am Montag und Dienstag, von I bis R am Mittwoch und Donnerstag, von S bis Z am Freitag und Sonnabend.

Der Diebstahl im Hohenzollern-Museum hat trotz der eifrigsten Thätigkeit der Kriminalpolizei noch keine Aufklärung gefunden. Nachfragen in hiesigen und auswärtigen Wandbildern u. erwiesen sich als erfolglos. Es ist nicht unmöglich, daß die Diebe bereits vor Verübung des Einbruches einen Abnehmer für die zu stehlenden Objekte gehabt haben; aber wenn dies auch nicht der Fall gewesen ist, so konnten die Einbrecher durch den Umstand, daß die Polizei erst drei Tage nach erfolgter That den Diebstahl bekannt gab, noch ausreichend Zeit zur Veräußerung der Karikaturen gewinnen.

Eine Kethereexplosion ist gestern früh 6 Uhr durch den 18 Jahre alten Schmied Ernst Schönrock auf dem Grundstück Joachimstr. 11a herbeigeführt worden. Dort wird eine Lampe mit Gasäther unterhalten, um auf dem Hofe beim Beschlagen von Pferden helles Licht zu haben. Diese wollte Schönrock füllen, löschte aber die Flamme nicht aus, sondern goß aus einem Ballon die Flüssigkeit auf die Lampe. Der Inhalt explodirte unter heftigem Knall und Schönrock wurde namentlich an den Armen so schwer verbrannt, daß er sofort nach einem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der Säbel. Eine Schlägerei, bei welcher der Säbel eine Rolle spielte, fand in der vergangenen Nacht an der Ecke der Puttkamer- und der Friedrichstraße zwischen dem Hausdiener Karl Mai und zwei Seesoldaten statt. Mai wurde durch Säbelhiebe am Kopfe erheblich verletzt. Ihm wurde auf der Unfallstation I ein Verband angelegt.

Euseflich verbrüht wurde das dreieinhalbjährige Töchterchen des in der Neuen Königstraße wohnenden Pelzgehilfen Stadenow. Das Dienstmädchen war beauftragt, für die kleine Badewasser zu

recht zu machen und goß zunächst kochendes Wasser in die am Erdboden stehende Wanne, während das Kind in der Küche spielte. Dasselbe kam dabei jedenfalls der Wanne zu nahe, und stürzte in dieselbe hinein. Obwohl die unglückliche Kleine sofort aus dem Wasser herausgezogen wurde, hatte sie doch bereits fürchterliche Brandwunden erlitten. Alle ärztlichen Bemühungen, das Kind am Leben zu erhalten, erwiesen sich als erfolglos; dasselbe verstarb gestern nach vierundzwanzigstündigem Leiden.

Gift genommen hat gestern, Dienstag Nachmittag das 16 Jahre alte Dienstmädchen Elise Uecker, weil sie als Milchlerin eines Liebedranks offenkundig betrogen worden war. Die Uecker war seit Anfang Dezember vorigen Jahres bei der Rechnungsräthin N. am Gluckstr. 11 im Dienst und wurde zugleich bei dem Sohne ihrer Herrschaft, dem Großdistillateur N. in der Kastanien-Allee Nr. 47 als Kinderwädchen verwandt. Hier war sie mit dem Hausdiener ein Liebesverhältnis eingegangen. Um ihren Geliebten für immer an sich zu fesseln, hatte sie das junge Mädchen einen Liebedrank bereitet und diesen in einer Flasche dem Dienstmädchen des Großdistillateurs übergeben, um ihn dem Hausdiener in den Koffer zu mischen. Das Mädchen hatte diesen Auftrag nicht erfüllt, vielmehr seiner Herrschaft Kenntnis von dem eigenthümlichen Verlangen der Uecker gegeben. Als nun diese mit der jungen Frau N. in Uneinigkeit gerathen war, wurde der Rechnungsräthin von dem Verhalten des jungen Mädchens und auch von dem Vorhandensein des Liebedranks Kenntnis gegeben. Das süßete am gestrigen Morgen zu Vordrücken gegen die Uecker, die dann bald zum Einholen fortgeschickt wurde. Als sie nach 1 1/2 Stunden noch nicht zurückgekehrt war, suchte man nach ihr, und eine Frau F. fand sie in einer Ecke des Hausbodens in schwerem Zustand vor. Eine Flasche mit Schwefelsäure, von der sie getrunken hatte, fand bei ihr. Ein sofort hinzugezogener Arzt gab ein Gegengift, worauf die Kranke in bedenklichem Zustand in einem Kopp'schen Wagen nach der Charité gebracht wurde.

Die Leiche eines jungen Mädchens im Alter von etwa 20 Jahren ist am Montag Vormittag um 10 Uhr am Alexander-Ufer aus der Spree gelandet worden. Die Persönlichkeit ist bisher unbekannt geblieben, da sich keine Ausweis-papiere vorgefunden haben. Die Wäsche ist mit dem Monogramm J. M. gezeichnet. In den Ohren des Mädchens befanden sich Ohringe mit rothen Steinen, die mit Perlen umgeben sind. Die Leiche war mit einem grauen Mantel und mit einem schwarzen Rock bekleidet und ohne Kopfbedeckung. Spuren von Gewaltanwendung sind an der Leiche nicht wahrgenommen worden.

Zeuge gesucht. Der Arbeiter, der am Sonnabend den 26. September v. J. abends gegen 7 Uhr, mit zwei Zimmerleuten, die ihr Handwerkszeug trugen, von der Bockstraße bis zur Wienerstraße gegangen ist, wird gebeten, sich bei Frensch, Wöhlstr. 71, Charlottenburg, zu melden. Etwa erwachsende Unkosten werden gern zurück-erstattet.

Auf zwei jugendliche Durchbrenner fahndete seit Montag die hiesige Kriminalpolizei. Es sind der 18 jährige Handlungslehrling Max Cynle, ein Sohn des Hauzeigentümers G. aus der Müllerstraße, und der 16 Jahre alte Sohn Fritz des Obergewerkschäftsbodile aus der Birkenstr. 12. Der erstere war in dem Getreidegeschäft von Treitel, Oranienburgerstr. 27, beschäftigt und hatte bei den Kunden die Summe von 4300 M. eingezogen. Damit ist er verschwunden. Fritz B. besucht noch die Schule und ist am Montag Nachmittag plötzlich verschwunden. Er hat seinem Vater Werth-papiere im Betrage von ca. 6000 M. entwendet.

Der plötzliche Tod des Kaufmanns Otto Eger, des Inhabers eines Kolonialwaarengeschäfts an der Möckern- und Hagelsbergerstraße, ereigt, wie das „B. Z.“ schreibt, infolge der seltsamen, ihn begleitenden Umstände großes Aufsehen. Gestern früh drei Uhr alarmirte Eger, ein noch unverheirateter junger Mann, die Hausbewohner mit dem Ruf, daß Einbrecher im Hause seien. Die Hausbewohner durchsuchten mit Hilfe der Polizei und des Wächters das Haus, fanden aber niemanden, weshalb man annahm, die Spühdäuben hätten sich durch den Keller, dessen Thür offen stand, entfernt. Merkwürdigerweise theilte sich Eger nicht an der Durchsuchung, sondern blieb im Bett und weigerte sich aufzustehen mit dem Bemerkten, daß die Mäuler ihm nach dem Leben trachteten. Um 6 Uhr morgens beim Öffnen des Geschäfts wurde Eger von dem Geschäftspersonal vermisst. Nach längerem Suchen wurde er im Keller zwischen Hirschen verreckt tot vorgefunden. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie zur Feststellung der Todesursache nach dem Obduktionshause schaffen. Das Geschäft wurde polizeilich geschlossen und der Vater des Verstorbenen von dem Vorfall benachrichtigt. Nach anderer Nachricht soll Eger trunksüchtig gewesen sein und am Delirium gelitten haben.

Zwei größere Brände hatte in der vergangenen Nacht die Feuerwehr zu löschen. Gegen Mitternacht brannte in der Köpenickerstraße 8 das Schmirnager der Fabrik von Niemann u. Silber. Gegen 2 Uhr früh stand der Dachstuhl des Hauses Alte Jakobstraße 86 in hellen Flammen. In beiden Fällen mußte die Feuerwehr längere Zeit Wasser geben, bevor es gelang, der Flammen Herr zu werden.

Geriichts-Beifung.

Der grobe Unfugparagraf scheint den Staatsanwälten trotz des Erlasses, in dem sich der Justizminister gegen die bekannte Auslegung anspricht, immer noch Gegenstand eifriger Beschäftigung zu sein. Ein Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie, welches der Buchdrucker Ernst am Schluß einer öffentlichen Versammlung ausgedrückt hat, hat diesem eine Anklage wegen groben Unfugs zugezogen. Der Angeklagte bestritt, diesen Ausdruck gebraucht zu haben und berief sich auf den Abgeordneten Wilhelm Lebknecht zum Beweise dafür, daß ein so formuliertes Hoch in der fraglichen Versammlung nicht ausgedrückt worden sei. Abgeordneter Lebknecht bekundete denn auch, daß, wenn dies geschehen wäre, es ihm wahrscheinlich nicht entgangen wäre. Der überwachende Polizeileutnant erklärte dagegen, daß der Angeklagte allerdings das Hoch in der obigen Form ausgedrückt und es den Anschein erweckt habe, als ob es ihm gewissermaßen unwillkürlich entschlüpft sei. Diese Ansicht griff Rechtsanwalt Freudenthal auf, um auszuführen, daß es sich hier um einen ganz mechanischen, ohne besondere strafbare Absicht gethanen Ausruf handle, mithin die Freisprechung erfolgen müsse. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ausführung an und erkannte auf Freisprechung.

Zu drei Tagen Gefängniß ist der Schneidermeister Julius Meißner vor kurzem verurtheilt worden, weil er seinen Arbeitern zwar die Beiträge zur Krankenkasse abgezogen, das Geld aber entgegen den Bestimmungen des § 82 b des Kranken-Versicherungsgesetzes für sich verwendet hatte. Es ist dies der erste Fall, in welchem ein derartiger Unternehmer zu Gefängniß verurtheilt wurde. Bisher kamen die Herren stets mit Geldstrafe davon.

Prozeß gegen Rechtsanwalt Köhler. Vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I fand heute die erneute Verhandlung gegen den Rechtsanwalt Ludwig Köhler statt, welcher am 30. Juni vor. J. der Unterschlagung und Untreue für schuldig befunden und zu einer Gefängnißstrafe von drei Monaten verurtheilt wurde. Das Reichsgericht hatte das Urtheil aus formalen Gründen aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Den Vorsitz führte wiederum Landgerichtsdirektor Densow, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Kleine, der Angeklagte wurde von den Rechtsanwälten Julius Graf Kleinholz und Arnold Goldstein verteidigt. Der Sachverhalt, wie er in der früheren Verhandlung für festgestellt erachtet war, ist in Kürze folgender: Der Inhaber des Hotels zum deutschen Offiziersverein, Albert Dunkelberg, besaß sich im Jahre 1892 in Zahlungsschwierigkeiten. Er wandte sich an den Angeklagten mit dem Auftrage, eine Vereinbarung mit seinen Gläubigern herbeizuführen. Die Bemühungen waren erfolglos, weil, wie der Angeklagte behauptet, Dunkelberg seine Verhältnisse nicht der Wahrheit gemäß geschildert hatte. Dadurch war der Angeklagte mit der Stellungnahme

des Schuldners, der Wittwe Dunkelberg, bekannt worden. Diese wandte sich im Jahre 1892 an den Angeklagten mit der Bitte, ihr eine dritte Hypothek zu besorgen, da ihr eine solche in Höhe von 10 000 M. gekündigt worden war. Der Angeklagte versprach es und wandte sich an den ihm befreundeten Dr. Ahmann, dem er die Hypothek gegen einen Zinssatz von 6 pCt. anbot. Dr. Ahmann erklärte, daß er niemals einen so hohen Zinssatz, der am Bucher grenze, nehme. Er habe keine Neigung, so viel Geld für eine Hypothek flüssig zu machen. Der Angeklagte ließ indessen mit Drängen nicht nach, er schilderte die Darlehnsfuchlerin wie das zu befehlende Haus in den glänzendsten Farben, bis Dr. Ahmann sich endlich bereit finden ließ, eine Hypothek von 12 000 M. zu 5 pCt. zu bewilligen. Da die gekündigte Hypothek nur 10 000 M. betrug, so hatte Frau Dunkelberg einen Ueberfluß von 2000 M. Nun hatte der Angeklagte aber aus Gebühren und Auslagen eine Forderung von 1200 M. an Frau Dunkelberg. Wie er behauptete, hat er sich in Uebereinstimmung mit Frau Dunkelberg aus den überschüssenden 2000 M. befriedigt. Nach etwa anderthalb Jahren kam Frau Dunkelberg zum Dr. Ahmann mit der Bitte, ihr noch ein weiteres Darlehen von 1000 M. zu geben. Dr. Ahmann weigerte sich entschieden, indem er darauf hinwies, daß sein früheres Darlehen schon gefährdet sei. Nun erwiderte Frau Dunkelberg mit einem eigenthümlichen Lächeln: „Nun, Herr Doktor, bei dem früheren Geschäft sind Sie doch gewiß nicht zu kurz gekommen!“ Dr. Ahmann hat sich eine Erklärung aus und nun erzählte die Frau, daß der Rechtsanwalt Köhler ihr ein Prozent Damno — 1200 M. von dem Kapital in Abzug gebracht habe mit der Bemerkung, „daß der Geldgeber es nicht anders thue“. Dr. Ahmann war empört, er eilte zum Angeklagten und stellte ihn zur Rede. Dieser bestritt zunächst, daß die Behauptung der Frau Dunkelberg auf Wahrheit beruhe. Erst nach langem Drängen bequeme der Angeklagte sich zu einer schriftlichen Auserkennung, er blieb bei der Behauptung, daß er der Frau Dunkelberg von dem Abzug seiner eigenen Forderung Kenntniß gegeben habe. Diese Behauptung wurde in der ersten Verhandlung von der Zeugin Dunkelberg eifrig bestritten, das Ergebnis der übrigen Beweisaufnahme fiel ebenfalls zu Ungunsten des Angeklagten aus, dessen Verurteilung darauf erfolgen mußte. In geheimer erneuten Termine wiederholte der Angeklagte seine Versicherung, daß er völlig unschuldig sei. Die einzige Unvorsichtigkeit, die er begangen habe, sei darin zu finden, daß er dem Zeugen Dr. Ahmann nicht sofort gesagt habe, er werde der Frau Dunkelberg gleich den Betrag von dem Gelde abziehen, dem sie ihm schuldig sei. Es sei entschieden unvornahmlich, daß er der Frau Dunkelberg gegenüber behauptet habe, der Dr. Ahmann verlange 1 pCt. Damno.

Zunächst wurde der Zeuge Dr. Ahmann vernommen. Er betonte, daß die Anzeige von ihm nicht ausgegangen sei und gab im übrigen seine Aussage im Sinne der Anklage ab. Auch die zweite

Zeugin, die Frau Dunkelberg, blieb bei der belastenden Aussage, die sie im vorigen Termine abgegeben.

Der Angeklagte hat mehrere Zeugen laden lassen, welche bezeugen, daß er nach Abwicklung des Hypothekengeschäfts mit Frau Dunkelberg davon gesprochen habe, daß er bei dieser Gelegenheit zu seinem Guthaben von 1200 M. gekommen sei.

Der Gerichtshof zweifelte nicht daran, daß die Forderung von 1200 M. die der Angeklagte gegen die Zeugin Dunkelberg geltend machte, berechtigt sei. Die letztere wurde somit durch das Verhalten nicht geschädigt und es liege weder ein Betrug noch eine Untreue vor. Aber auch eine gegen Dr. Ahmann gerichtete Unterschlagung lasse sich aus subjektiven Gründen nicht feststellen und der Angeklagte müsse freigesprochen werden. Ueber die moralische Seite des Verhaltens des Angeklagten habe der Gerichtshof nicht zu befinden.

Noch etwas vom Amtsverweigerer Hofmann. Der Treptower Gemeindevorsteher hatte, wie erinnerlich sein dürfte, seinerzeit von dem Arbeitsausschuß der Berliner Gewerbe-Ausstellung für die an zwei Stellen des Sees veranstalteten Konzerte eine Lustbarkeitssteuer von 1008 M. verlangt. Auf die vom Rechtsanwalt Sachs eingelegte Beschwerde hatte der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow Herrn Hofmann mit diesem Anspruch abgewiesen, weil angenommen wurde, daß bei den Leistungen der betreffenden Kapellen ein höheres Kunstinteresse vorliege. Der Gemeindevorstand zu Treptow hatte Berufung bei dem Bezirks-Ausschuß zu Potsdam eingelegt und letzterer hatte den königl. Professor Dr. Blumner, Vorsitzenden der musikalischen Sektion der königl. Akademie der Künste, um ein Gutachten ersucht. Professor Dr. Blumner hat begutachtet, daß er den Leistungen der deutschen Militärkapellen im allgemeinen einen künstlerischen Werth in bezug auf Präzision und Korrektheit der Ausführung zuerkannt und daß nicht bloß in Würdigung der musikalischen Leistungen, sondern in gewissem Maße auch vom Standpunkte des empfangenden Publikums man solchen Konzerten ein höheres künstlerisches Interesse nicht absprechen kann und unrecht thun würde, sie auf eine Stufe mit gewöhnlichen öffentlichen Lustbarkeiten zu stellen. Auf Grund dieses Gutachtens hat der Gemeindevorstand zu Treptow seine Berufung zurückgenommen, so daß der Arbeitsausschuß die bereits eingezogene Lustbarkeits-Steuer wieder zurückverhät.

Aus Hamburg wird uns unterm 23. d. Mts. geschrieben: Wegen Bestechung, Falschbeurtheilung, resp. wegen Verleitung zur Falschbeurtheilung und passiver Beamtenbestechung wurden heute von der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts der Oberländer Schiffer Plat zu 8 Monaten Gefängniß, 1920 M. Strafe und zum Ersatz des Wertes der defraudirten Waare (Gerste) in Höhe von 2816 M. und der bisher unbescholtene Zollausseher Otto Laplace zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust, 1600 M. Geldstrafe und zum Ersatz eines Theiles des Wertes der defraudirten Waare in Höhe von 236 M. verurtheilt. Laplace, von dessen Unschuld der

größte Theil seiner Kollegen überzeugt ist, behauptete bis zum letzten Augenblicke seine Unschuld. Sein Verteidiger, der aus dem hannoverschen Spielersproß bekannte Rechtsanwält Dr. R. L. Oppenheimer, wird, da ihm von anderen Zollbeamten neues Material zum Beweise der Schuldllosigkeit des Laplace übergeben ist, noch in diesen Tagen Revision gegen das Urtheil einlegen und außerdem Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen.

Aus München wird uns berichtet: Der Verteidiger des wegen Raubmordes zum Tode verurtheilten Mannes Joh. Berchold setzt eine Belohnung von 3000 Mark für denjenigen aus, der durch den Nachweis über den Verbleib der verwendeten Wertpapiere oder durch andere unanfechtbare Thatsachen die Verurtheilung in den Stand setzt, die Schuldllosigkeit Bercholds an dem Abhieben der am 15. Februar 1896 im Hause Nr. 33 an der Karstraße todt aufgefundenen Frauen zu beweisen.

Vor dem Landgericht München II begann am Montag der (zweite) Prozeß gegen 48 Haberer wegen des Treibens, das in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 1895 bei Steinhöring stattfand. — Im Habererprozeß wurde gestern insgesamt auf 21 Jahre Gefängniß erkannt. Die höchste Strafe lautete auf 18 Monate, die niedrigste auf einen Monat Gefängniß; die Untersuchungshaft wurde meist in Anrechnung gebracht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.

W. Z. 1. Hartnäckige Weigerung der ehelichen Pflicht ist Ehe-scheidungsgrund. Naturgemäß ist die Beweisaufnahme schwierig. 2. Jünger steht das Erziehungsrecht zu. — R. Z. 20. Wohnverbotnahme ist wegen Klimenten für die Ehefrau und die ehelichen Kinder, nicht aber wegen Klimenten für außerheleliche Kinder zulässig. — R. C. 50. Fragen Sie direkt bei einem Spektator an. — Postmann. Das Normandisch-Gesicht kann gerichtliche Erbrechnung verlangen. Dies schließt selbstredend nicht aus, daß das übrig gebliebene Geld für Sie und Ihre Kinder verwendet werden darf. — Wilhelm Schwabe. Nein. Das Recht haben Sie nicht. Es steht Ihnen aber frei, Ihren persönlichen Wunsch der Erbschaftsumtheilung gegenüber auszusprechen. — V. D. 25. Weder Selbstmord noch Selbstmordversuch sind strafbar. — V. D. 25. Das Zeugniß können Sie verweigern, weil Sie der Theilnahme der That verdächtig sind. — G. S. 100. 1. Ja. 2. Das ist zulässig. — G. S. 10. Der Schneider würde mit seiner Klage auf Zahlung darzubringen und kann dann natürlich Pfändung betreiben. — Cseneker Völkensburg. 1. Unverständlich. 2. Die Zeitung muß in derselben Art wie irgend ein Brief besorgt werden. — Carl Köhler. Tagelöhner gehören nicht zum Gefilde; Insekten und Kommoden werden dazu gehörig erachtet.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. Februar 1897.
Ziemlich warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Folgende Parteispeditionen nehmen Abonnements auf den

„Vorwärts“

Freie Stunden, Jacob und Postillon

entgegen: Berlin vierter Wahlkreis 0.: Robert Wengels, Prudstr. 20, Hof I. — SO.: Fritz Thiel, Skafkerstr. 35 v. port. — Sechster Wahlkreis (Noabit): Karl Anders, Salzweberstr. 7, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14. — Gesundbrunnen: Wilh. Gahmann, Grünhaldenstr. 64. — Rosenthaler Vorstadt: Gustav Rosenthal, Oranienstr. 6. — Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Rastanten-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Scharberg, Pieschlagstr. 27, Quergeb. part. — Deutsch-Wilmersdorf: Frau Käbler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) — Rixdorf: Oßermann, Jägerstr. 70, II. — Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Veltigerstr. 59, Seitenflügel part. — Johannisthal-Nieder-Schöne-weide: Otto John, Johannisthal, Fehlestr. 57. Annahmestelle: Nieder-Schöne-weide: Karl Weber, Bigarrengeschäft.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Abrechnung

von

Berliner Gasanstaltsarbeiter-Streik

vom 24. Oktober bis 15. November 1896.

Einnahme.	Ausgabe.
Kauf Sammelblätter	1166 38
Von der Berliner Gewerkschafts-Kommission durch Willarg	842
Vom Verband der Gas-Arbeiter	100
Für Tellerfammlungen	106 55
Sonstige Einnahme	1
Gesamteinnahme	2205 93
Für Streifenunterstützung	1727
Entschädigung der Streik-Kommission, Extrarückstellungen u. Agitation	166
Schreib-Material, Bureaukosten, Utensilien, Fahr-gelder, Post	31 35
Druckkosten, Annoncen	102 70
Rechtsanwalts-Gebühren und Gerichtskosten	157 50
An die Gewerkschafts-Kommission	21 38
Gesamtausgabe	2205 93

Für die Kommission der Gasanstaltsarbeiter: Pennack.
Für die Gewerkschaftskommission: G. Winkler. R. Willarg.

An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Klempner.

Kollegen! Morgen, Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, findet bekanntlich laut Bekanntmachung des Verbandes eine Neuwahl für die von der Aufsichtsbekörde für unzulässig erklärten Delegirten-Mandate statt. Es ist dem noch hinzuzufügen, daß präzis 9 Uhr die Sozialisten geladene werden. Wer also beschäftigt, seine Stimme abzugeben, hat sich vor 9 Uhr bei Cohn, Beuthstr. 20, I Tr., einzufinden.

Da auf der von den Anhängern der freien Arztwahl und der Zentralisation aufgestellten Kandidatenliste noch einige Mandate frei sind, werden diejenigen Kollegen, welche gewillt sind, ein solches anzunehmen, aufgefordert, ihre Adresse nebst Nachnamen bis heute Abend an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Niemand veresse sein Mitgliedschaft.

Z. A.: W. Jäger, Rixdorf, Hermannstr. 35.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, 27. Februar 1897, in Schnegelsberg's Festsälen, Gasenhalde 21: 142/1

Großer Wiener Maskenball

arrangirt vom Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Billets à 50 Pf., sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Vertheil-lokal, Ranninstr. 78, zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Wladimir Wading in Berlin.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Versammlung

am Donnerstag, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Währing's Salon, Admiralstr. 18 c. 240/12

Um zahlreiches Erscheinen erjudit Der Vorstand.

Charlottenburg.

Große öffentliche Volksversammlung

am Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, in Bismarckshöhe, Wilmerdorferstr. 39.

Tagesordnung: Militär- und Marine-Etat. Referent Reichstags-Abgeordneter Hoffmann-Cheunig. Diskussion und Verschiedenes. 203/11

Der Vertrauensmann.

Achtung! Töpfer!

Donnerstag, den 25. Februar, abends 6 Uhr, im Lokale Königsbank, Große Frankfurterstr. 117.

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse in diesem Frühjahr, „auf Grund angeführter Erhebungen“ — Welche Schlüsse ziehen wir daraus? 103/10

Zellerammlungen findet nicht statt.

Die Pflicht der Selbsthaltung erfordert das Erscheinen jedes Kollegen, welcher ernstlich beabsichtigt, die wahrhaft handlichen Zustände unseres Berufes beizubehalten! Der Vertrauensmann.

Achtung! Tapezierer. Achtung!

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Grindel, Brannen-Strasse Nr. 188 (am Rosenthaler Thor).

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gewissen Th. Wehner. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 177/3

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Bevollmächtigte.

Beglaubigte Abschrift.

149. B. 1189. 96

Zu der Privatklagesache des Schneiders Johannes Timm hier, Privatkläger,

- p. p.
- den Schneider Friedrich Stalgies, geboren am 8. August 1871 zu Klein-Nickramm, evangelisch, verheirathet.
- den Schneider Wilhelm Mizig, geboren am 20. Mai 1864 zu Wipshänschen, evangelisch, verheirathet.

Angeklagte, wegen Verleumdung, hat das königl. Schöffengericht I zu Berlin, Abtheilung 149, in seiner Sitzung vom 14. Januar 1897 für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Verleumdung kostenpflichtig:

Angeklagter zu 1: p. p.

Angeklagter zu 2 und 3 mit einer Geldstrafe von je 5 — fünf — Mark, im Nichtbezahlungsfalle mit je 1 — einem — Tage Gefängniß,

bestraft und dem Privatkläger die Ermächtigung zugesprochen, den erweiternden Theil dieses Urtheils hinsichtlich des Angeklagten zu 2 und 3 einmal im „Vorwärts“ und der „Freizeitzeitung der Schneiderinnung“ auf Kosten der Angeklagten zu 2 und 3 zu veröffentlichen.

gez. von Krosigk.

Die Richtigkeit der ertalkenen Abschrift der Urtheilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urtheils bescheinigt.

Berlin, den 16. Februar 1897. (Stempel.)

(Name unleserlich.) Gerichtsschreiber des königl. Landgerichts I. Abtheilung 149.

Todesanzeige.

Am 22. Februar, mittags 1 Uhr, entschlief sanft nach langem Weiden an der Proletarierkrankheit meine liebe Frau und Mutter 96

Marie Bigotte.

Um stille Theilnahme bittet Fritz Bigotte nebst 3 unminor Kindern.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 25. Febr., nachm. 5 Uhr, von der Veichers-Halle des Emmaus-Stifts aus statt.

Fachverein der Stellmacher Berlins und Umgegend

seinen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied Karl Heider am 20. d. M. im Krankenhaus am Friedrichshain im 32. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachm. 1/2 Uhr von der Veichers-Halle Friedhofhof (Weicherssee) aus statt.

NB. Um recht zahlreichere Theilnehmung am Begräbniß bittet

Der Vorstand.

Nachruf.

Den Mitgliedern des Vereins Berliner Schirmmacher die traurige Nachricht, daß unser Kollege der Schirmmacher Hermann Plunthe am Dienstag, d. 16. früh 5 1/4 Uhr, entschlief ist. Wir verlieren in ihm ein treues und bewährtes Mitglied, da er Gründer und Nebekonstruktor des Vereins war. Alle Kollegen und Bekannten werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

146

Verein Berl. Schirmmacher.

In Freien Stunden

Jeder Freund guter Romane abonniert auf

Wöchentlich erscheint ein reich illustriertes Heft zu 10 Pfennig.

Jeder Colporteur, jeder Belagungsbedienter und jede Sach-handlung nimmt Bestellungen entgegen; ebenso der Verlag:

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Achtung! Weisarbeiter!

Zämmtliche Weisarbeiter Berlins und Umgegend werden zu der am Sonntag, den 28. d. M., bei Krüger, Seidelstr. 30, vor-mittags 10 Uhr, stattfindenden Morgensprache hiermit eingeladen. — Zahlreiches Erscheinen erwartet

Carl Dackhoff, Charlottenburg, Schloßstr. 30.

Dankagung.

Für die große Theilnehmung und Kräftigung bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes, Bruders und Schwagers Hermann Plunthe sagen wir allen, besonders dem Verein Sanges-treue und dem Verein Berl. Schirm-macher, sowie allen seinen Freunden u. Bekannten unsern herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.

Für die herzliche Theilnehmung bei der Beerdigung meines lieben Sohnes sagen wir unsern innigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Familie Rosin.

Volkshochschule.

Humboldt-Akademie.

Gründung der 4. Lehrstätte im königl. Preussischen Realgymnasium, NO., Altstädterstr. 57/58, Montag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr. 5 volkshochschulische Vorträge gratis im Bureau, 16. Friedrich's Buchhandlg., Landsbergerstr. 32.

Herren u. Damen

werden aufgenommen im Verein „Jugendklub“ (gemischter Chor). Nebungsstunde jeden Mittwoch von 9-11 Uhr bei Holzmann, Lichterbergstr. 16.

Brockhaus, Meyer's

Verloren sowie andere neuerer u. älterer werthvolle Bücher jed. Wissensb. bezieht u. kauft Antiquariat Köhler. 56.

Madden-Garderobe.

Große Auswahl, bill. Preise, Vereine Preisermäßigung. 33706

Gedano, Markgrafstr. 9.

Maßengarderobe zu den billigsten Preisen empfiehlt Stensel, Rottbuhler-damm 8, früher Treppenstr. 7b

Erfolg für Tafelbutter feinste Margarine pro Pfund 65 Pf. Kumpelt, Roggenburgerstr. 10, Stand 110; tägl. frisches Genußmittel.

Jähne Olga Jacobson, In-dalischestraße 145.

Unfallfassen, Klagen, Eingaben. Patzer, Steglitzerstr. 65.

Bereits frei Einconstr. 23, Pfl. d.

Edeleffikation, gutgehendes, elegant eingerichtetes Geschäft, in lebhafter Lage Berlins, ist mit gütlichen Bedingungen veräußert. Zu erfragen Friedenstr. 69 b. Hauswirth. Götsch.

Einführungszug

man ant beken in der Garderobenfabrik u. Ferd. Krüger, Veteranenstr. 16.

Die Beleidigung gegen den Kollegen Malenwig nehme ich hiermit zurück. 115

Töpfer Witte.

Wohnungen von 2, 3 u. 1 Stubbe, Küche u. Zubehör, Pferdehülle u. Vie-missen, Vagerteller Bill. j. verm. Frankfurter Allee 16/16a. Rahe a. Volzhof.

Arbeitsmarkt

Achtung! Holzarbeiter!

Die Kollegen der Werkst. von Steiner, Blumenstraße 38, haben wegen Lohnunterschieden und der Kollegen der Werkst. Knuert, Wilhelmstraße 106, wegen Lohnunterschieden und unregelmäßiger Arbeitszeit die Arbeit eingestellt. 81/19

Zuzug fernhalten!

Die Ortsverwaltung d. deutschen Holzarbeiterverbandes (Berlin).

Kunstschmiede

werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Persönliche Meldungen mit Zeugnisse. Dienstag und Mittwoch zwischen 11 u. 1 Uhr im „Grünen Baum“, Krausenstr. 58.

Verhörer verl. G. Hutzberg.

Junge Mädchen zu leichter Handarbeit verl. Volze, Friedhofstr. 9, II.

Russische Gefängnisse.

Ueber das russische Gefängniswesen sprach am Montag Abend in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege der Oberarzt des Moabiter Untersuchungsgefängnisses, Medizinalrath Dr. Menger. Dieser Gelehrte hat im vergangenen Sommer eine sehr vernünftige Reise durch Russland gemacht, die ihn nach St. Petersburg, Moskau, Kiew, zur großen allrussischen Ausstellung in Nischni-Novgorod und nach Odessa, der Geburtsstadt des Vortragenden, führte. Er beabsichtigte, auf dieser Reise das russische Gefängniswesen zu studiren, hatte zu diesem Zweck gute Empfehlungen von der deutschen Regierung mitbekommen, — und das Resultat? Er ist in Russland gründlich eingeseift worden. Man hat ihn in Russland äußerst liebenswürdig aufgenommen, ein hoher russischer Regierungsbeamter wurde ihm zur Verfügung gestellt, um ihm alles zu zeigen (was man zu zeigen für gut fand) und er ist nun von den russischen Gefängnissen entzückt, begeistert, entusiastisch! Er ist nicht der erste und wird nicht der letzte sein, dem man in Russland die Potemtschen'schen Dörfer europäischer Auchkultur vorgekauft. Dem Professor Birchow ist es vor einer Reihe von Jahren nicht besser gegangen.

Zuerst gab er die Daten aus dem russischen amtlichen Bericht über die Haupt- und Gefängnisverwaltung über die sibirischen Gefängnisse und Verbannungkolonien. Er nahm alles für bare Münze, und erklärte, daß sich aus diesem günstigen Zustand der Dinge in Sibirien eine Anhangwendung ziehen lasse für die Einführung der Deportation Deutscher nach deutschen Strafkolonien.

In Petersburg hat er, das schlechteste und das beste Gefängnis, sowie das politische Gefängnis Schlüsselburg sehen zu dürfen. Trotz seiner Empfehlungen, trotz der Vernehmung des ihm beigegebenen russischen Beamten wurde ihm Schlüsselburg nicht gezeigt. Warum wohl nicht? — Wir entsinnen uns dabei eines Vorganges, der sich gelegentlich des vor einigen Jahren in St. Petersburg abgehaltenen Internationalen Kongresses für Gefängniswesen ereignete, oder richtiger gesagt, nicht ereignete. Einige Mitglieder dieses Kongresses legten es durch allerlei Befehlsverletzungen darauf an, verhaftet zu werden, um so die russischen Gefängnisse wirklich in ihrer Eigenart kennen zu lernen. Die Regierung mußte jedoch den Braten gerochen haben, und so hatte die Petersburger Polizei den strengen Befehl, die ausländischen Teilnehmer jenes Kongresses unter keinen Umständen zu verhaften, sondern sie ihnen zu lassen, wozu sie Lust hätten.

Als das schlechteste und älteste Gefängnis zeigte man Herrn Menger das aus der Zeit der Kaiserin Katharina stammende Lithauische Schloß, das auf Herrn Medizinalrath Menger den Eindruck eines zwar nicht modernen, aber doch modernisirten, sehr sauberen Gefängnisses machte; sogar elektrische Beleuchtung hatte es! Als bestes wurde ihm das „St. Petersburger Einzel- und Strafgefängnis“ vorgeführt. Ein modernes kernförmiges Gefängnis, Zentralheizung, elektrische Beleuchtung, Ventilation, Wasserlosetts, geräumige, praktisch eingerichtete Zellen, sorgfältige ärztliche Pflege, vorzügliches Brot, täglich 200 bis 250 Gramm Rindfleisch, Kwas, das russische Nationalgetränk, nach Belieben; aus dem Arbeitsverdienst können die Gefangenen Thee, Zitronen, Zucker, Butter u. bezichen! O, möchte Herr Dr. Menger doch seinen ganzen Einfluß aufbieten, auch das Moabiter Untersuchungsgefängnis so traulich und behaglich zu gestalten! — Geschlagen wird in russischen Gefängnissen niemals, so berichtet Herr Menger über das, was ihm in Petersburg erzählt worden war. Soll eine Andnahme gemacht werden, so haben die Verwaltungen der sibirischen und sonstigen Gefängnisse in jedem einzelnen Fall den Justizminister um die Genehmigung zu ersuchen. Wer laßt da? — Alles in allem nahm Herr Menger aus Petersburg den Eindruck einer humanen und wissenschaftlichen Behandlung der Gefangenen mit.

In Moskau gefiel es ihm schon weniger. Er sah das „Transport-Gefängnis“, in dem die nach Sibirien Verbannten aus dem ganzen Reiche gesammelt werden. Die Gefangenen waren zu 20, 50 oder 100 in niedrigen Sälen einquartiert, schlecht ernährt, die Hälfte des Kopfes kahl geschoren, um die Knöchel eiserne Ringe und die Hände mit dem Gürtel durch eiserne Ketten verbunden. — In Kiew wurde der Vortragende trotz Verwendung des deutschen Konsulats überhaupt nicht ins Gefängnis hinein gelassen.

In Odessa fand Herr Menger die Ernährung sehr schlecht. Morgens warmes Wasser unter dem Namen „Thee“, mittags Grünlinsuppe, abends Grähe, Fleisch nur an einigen Festtagen des Jahres. — Auch sah er in Odessa das Transportschiff, mit dem ein Theil der nach Sibirien Verbannten (die meisten müssen den größten Theil der Reise zu Fuß machen) via Suezkanal nach der Gefangeneninsel Sachalin befördert werden. Das Schiff ist im Innern ein starkes Gefängnis. Zur Seite des Mittelganges lange Reihen von Zellen. Im ganzen faßt es 800 Gefangene. Eine Militärwache von 30 bis 50 Mann begleitet den Transport. Die Gefangenen werden täglich Abtheilungsweise an Deck geführt. Für den Fall des Ausbruchs einer Revolte bei dieser Gelegenheit hat man ein sehr einfaches Mittel. Da die Schiffschrauben angeblich nicht ausreichen, befindet sich auf der Kommandobrücke ein Hebel, der nur gedrückt zu werden braucht, um die Gefangenen-Abtheilung durch lochenden Dampf zu tödten. Probatam est. Human und wissenschaftlich!

Soziales.

Aus Köln wird uns geschrieben: Hier ist, wie der „Vorwärts“ schon kurz mitgeteilt hat, ein dreißigtägiger Neubau eingeseift, wobei fünf Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden; einer von ihnen ist unterdessen gestorben. Wie in den meisten Fällen, trägt auch hier die Gewinnsucht des Unternehmers Schuld an dem Unfall. Der Unternehmer ist in diesem Fall zugleich Ziegeleibesitzer, und diese Herren sind bekannt dafür, daß sie zu ihren Bauten alles sonst nicht verkäufliche Steinmaterial verwenden. Schon mehrere Tage vor dem Einsturz war zudem der Polier von einem der Verunglückten darauf aufmerksam gemacht worden, daß der mittlere Fensterpfeiler des Erdgeschosses zu schwach sei und mit Zement gemauert werden müsse; auch hatten schon verschiedene Ausbesserungen an Fensterrbögen erfolgen müssen. Eine Stunde, nachdem durch den Polier die unter einem der Bögen befindliche Stütze weggenommen worden war, geschah der Einsturz. — Die hiesige Filiale des deutschen Maurer-Verbandes hatte im vorigen Jahre dem Oberbürgermeister und dem Stadtverordneten-Kollegium eine Petition unterbreitet, worin unter Hinweis auf die sich immerfort mehrenden Bau-Unfälle und unter Beifügung eines umfangreichen von der hiesigen Baukontrollkommission

gesammelten Materials die Ungültigkeit der bestehenden Baupolizeivorschriften und der zu ihrer Wahrung eingefetzten Behörde dargelegt wurde. Namentlich wurde darin die Zusammenziehung der Baupolizei einer Kritik unterzogen; diese Behörde besteht nämlich aus gebienten Vorwerkungsbeamten, die die zur Ausführung ihres verantwortungsvollen Berufes erforderliche Sachkenntnis vermissen lassen. Auf diese Petition wurde die Antwort zu theil, man habe die Nothwendigkeit einer Revision der Baupolizei-Ordnung eingesehen und werde die Wünsche der Petenten berücksichtigen. Unterdeß ist ein Jahr vergangen, ohne daß man von einer Revision etwas vernommen hat. Man kann es den Arbeitern nicht verübeln, wenn sie mit dieser Verzögerung, die ihnen Gesundheit und Leben kosten kann, nicht zufrieden sind. Diese Woche haben sich die Maurer in einer zahlreich besuchten Versammlung mit dem jüngsten Einsturz beschäftigt und Anlaß genommen, in einer Resolution auf eine baldige Revision der Baupolizei-Vorschriften und auf eine Aenderung der Baupolizei in dem Sinne zu dringen, daß in diese Behörde sachkundige Bauarbeiter berufen werden.

Die Lage der Kürschner in Weiskensfeld. Alljährlich werden aus Sibirien Millionen von grauen Eichhörnchen, Fellen — Feh genannt — eingeführt. Die Fehzurichter sind eine in Deutschland ohne Konkurrenz bestehende Spezialität der Weiskensfelder Kürschner. In dieser Branche arbeiten bei zehn Unternehmern 120 bis 130 Arbeiter und 700—800 Arbeiterinnen, und zwar die letzteren fast ausschließlich, die ersteren etwa zur Hälfte als Hausindustrielle unter den elendesten Verhältnissen. Während früher die Fehzurichter ein blühender und auch für die Arbeiter lohnender Erwerbszweig war, kommt gegenwärtig ein Fehzurichter im günstigsten Falle auf ein Jahreseinkommen von 400—500 M. Die Arbeit beschränkt sich auf die Monate April bis Oktober. Während dieser Zeit wird Sonntags und Wochentags von morgens 5 bis abends 10, auch 11 Uhr gearbeitet, und müssen Weib und Kinder dem Manne behilflich sein, um das kümmerliche Einkommen zu verdienen. Die Küche dient neben ihrem eigentlichen Zweck auch als Werkstatt und Trockenraum für die Felle. Obwohl das Einweichen und Fleischen der Felle, weil dabei im höchsten Grade ekelhafte und gesundheitschädliche Ausdünstungen entstehen, in bewohnten Räumen polizeilich verboten ist, nehmen doch viele Arbeiter, der Noth gehorchend, diese Verrichtungen in ihrer Wohnung vor. Wohl in keinem Industriezweige ist die Forderung von Betriebswerkstätten gerechtfertigter, als in diesem, der den Unternehmern einen hübschen Profit abzuwerfen scheint; werden doch jährlich 8—4, ja mitunter 5 Millionen Fehs verarbeitet, wovon bei manchen Unternehmern in einer Woche deren 20 000 Stück zugerichtet werden.

Versammlungen.

Mit der Verhaftung unseres Partei-Genossen Barthels endete am Montag eine Versammlung des „Freisinnigen Arbeitervereins“, welche zu der 160 000 M.-Beihilfung seitens der Majorität der freisinnigen Stadtverordneten Stellung nehmen sollte. Der Referent Dr. Nofes betonte eingangs seines Vortrages, daß die Freisinnigen durchaus Anhänger der Monarchie seien und daß sie in Wilhelm I. den Mann verehrten, unter dessen Regierung „der Traum unserer Väter“ in Erfüllung gegangen sei; aus zwingenden politischen und moralischen Gründen aber hätte die Beihilfung von 160 000 M. zu dem Zwecke, einige Straßen Berlins für kurze Zeit zu schmücken, nicht erfolgen dürfen, würdiger wäre die Zuweisung dieses Betrages an die Kaiser Wilhelm-Augustastiftung gewesen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben bei ihrem ablehnenden Verhalten sehr folgerichtig gehandelt und es sei geradezu beschämend, wie sich der Stadtverordnete Cassel dem gegenüber benommen und den Nordpatrioten herausgeholt habe. Dieser Herr, der erst kürzlich von dem Freiherrn von Mirbach als braver guter Mann geschildert worden sei, hätte jedenfalls keine Veronfassung gehabt, die patriotische Lärmtroumel zu schlagen um der Sozialdemokratie ein auszuweichen. In der Diskussion vertrat Genosse Barthels den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei, worauf der Stadtverordnete Perl sich in einem gewandten Gierlang produzierte und eine dreiviertelstündige Vernichtungsrede gegen die Sozialdemokratie hielt. Genosse Rieger diente dem inzwischen verdufteten Herrn recht tüchtig, indem er zum Schluss an die Versammelten appellirte, bei den bevorstehenden Wahlen dafür zu sorgen, daß nicht mehr nur meinungslose Bewilligungsmaschinen in die Stadtvertretung kämen. Als hierauf Genosse Barthels ein Zitat Wilhelm I. aus den Märztagen wiedergab, wurde er sofort verhaftet.

Die Handelsangestellten hielten am Montag in Martens Saal eine sehr gut besuchte Versammlung ab, wo der Reichstags-Abgeordnete Schoenlank über das Thema: Die Sozialdemokratie und die Handelspolitik sprach. Der Redner legte an der Hand eines reichhaltigen Zahlen- und Thatsachenmaterials dar, daß, obgleich sich Deutschland in neuerer Zeit aus einem Agrar- zu einem Industrie- und Handelsstaat entwickelt habe, dennoch die Handelspolitik der Regierung mehr auf die Interessen der Agrarier — des im Staate immer noch herrschenden Junkerthums — als auf die Handelsinteressen bedacht nehme; daß durch die ungeheure Begünstigung des Militärs und Marinewesens die Entwicklung des Handels ebenso wie die Wohlfahrt des gesammten Volkes in höchstem Maße beeinträchtigt werde, und daß auch die speziellen Interessen der Handelsangestellten in unserer Gesetzgebung nicht in gebührender Weise berücksichtigt würden, wohingegen die Sozialdemokratie der Handelspolitik gegenüber dieselbe Stellung einnehme, wie gegenüber allen anderen sozialen und politischen Fragen: nämlich die Förderung des Wohles der großen Masse des arbeitenden Volkes. Der Redner kennzeichnete schließlich in treffender Weise den Indifferentismus und den Mangel an sozialer Einsicht des größten Theils der im Handelsgewerbe Angestellten, die sich immer noch nicht als Arbeiter betrachten wollten, obgleich zwischen ihnen und dem Chef genau derselbe Gegensatz bestehe, wie zwischen einem Stamm oder Krupp und dessen Arbeitern. Die beste Lehrmeisterin für diese Indifferenten sei die in ihren Reihen mehr und mehr zunehmende Noth. Schwer sei es allerdings, diesen Indifferenten beizukommen, aber ein erfreulicher Anfang sei gemacht. Die lautmännliche Bewegung könne nur Erfolg haben, wenn sie sich auf den Boden der Sozialdemokratie stelle. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine lange, äußerst lebhafteste Debatte. Zwei Redner freisinniger Richtung sangen in bewegten Tönen ein Loblied auf die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, sie bekundeten einen neuen Glauben an die Zukunft dieser Gewerksvereine und an die Bedeutung der freisinnigen Partei und brachten die oft gehörten Redensarten von der Unfähigkeit der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen, insbesondere der lautmännlichen Bewegung vor. Zur Rechtfertigung der Gewerksvereine führte der eine Redner an, daß dieselben ja zu Gunsten des Hamburger Streiks eine Sympathieerklärung erlassen hätten. Aber Geld haben sie nicht gegeben, rief man ihm zu. Ja, erwiderte der Vertreter des unentwegten Freisinnis, unser Geld brauchen wir zu besseren Dingen, wie zu Streiks. Genosse Schoenlank fertigte diese Herren und deren Parteirichtung in treffender Weise ab. Er sei erlaunt, daß die Gewerksvereine hier noch ein Lebenszeichen von sich geben; in Arbeiterkreisen wären dieselben längst abgethan. Nachdem noch Maas und Lippmann den Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten und die „Freie Vereinigung der Kaufleute“ sowie den „Fachverein der Handelsgesellschaften“ als diejenigen Organisationen, die allein die wahren Interessen der Handelsangestellten vertreten, empfohlen hatten, nahm die Versammlung gegen acht Stimmen eine Resolution in diesem Sinne an.

Der Verein Berliner Schneidermeister für Damen-Konfektion hielt am Montag Abend in Keller's Tunnel, Köpenickerstraße, eine außerordentliche Versammlung ab, um schließig zu werden, auf welchem Wege eine endgiltige Regelung der Lieferungs- und Abrechnungszeit in den Konfektionshäusern herbeizuführen sei. Das einleitende Referat hielt Herr Ulrich, der in kurzen Zügen den Streik der Konfektionsarbeiter Revue passiren ließ. Sodann ging Redner auf die seitens der Firmeninhaber erfüllten „Wünsche“ der Meister: die Abrechnung und Lohnzahlung für gelieferte Arbeit nicht erst am Montag, sondern bereits am Sonnabend vorzunehmen, ein. Augenblicklich sei alles wieder beim Alten, überhaupt habe sich das gegebene Versprechen der Unternehmer keiner langen Dauer erfreut. Redner fühlt sich beschwert über das Vorgehen der Arbeiterinnen, die immer nur auf sie (die Meister) schlagen. Weiter spricht er sich gegen das von den Arbeiterinnen eingeführte System der Werkstellen-Vertrauenspersonen aus; es seien das Agitatoren. Betreffs der Lieferungszeit lagte Redner sehr über die Unzufriedenheit der Unternehmer, die er zum großen Theil deren Angestellten zuschob. Ebenso verhalte es sich mit dem Abfertigen der Lieferungsstücke. Er schlägt vor, bei den Firmeninhabern vorstellig zu werden und folgende Vorschläge zu machen: die Lohnzahlung muß in allen Geschäften bis spätestens Sonnabend 2 Uhr vor sich gegangen sein. Lieferzeit soll sein: An Wochentagen außer Freitag bis 1 Uhr, des Freitags bis 3, event. 5 Uhr, des Sonnabends soll nicht geliefert, oder aber die Lieferzeit auf das äußerste beschränkt sein. Sämtliche Bücher müssen bezugs Abrechnung bereits am Freitag eingereicht sein. Die Diskussion gestaltete sich zu einer sehr regen. Der Vorsitzende theilte mit, daß man bereits in diesen Punkten mit der Junung der Konfektionschneider konferirt habe, jedoch deren Beschluß noch ausstehe. Sämtliche Redner bedenkten, daß die Forderungen der Arbeiterinnen betr. die Sonnabend-Auszahlung berechtigt sind. Die Versammlung beschließt gegen die Stimme des Obermeisters Witten, daß der Vorstand in geeigneter Weise nach den gemachten Vorschlägen bei den Konfektionshäusern vorstellig werde. Es referirt nunmehr Rechtsanwalt Dr. Ribbansky über die geplante Krankenversicherung der selbständigen Gewerbetreibenden (Hausindustrielle), er ist der Ansicht, daß die Versicherung ungeheure Schwierigkeiten bereiten würde gerade in der Wästelbranche und verweist darauf, daß es fast unmöglich sei, Kontrolle zu üben, da die Versicherten zum großen Theil außer dem Hause ihres Auftraggebers beschäftigt sind. Niemand könne weiter wissen, wie viele Hausgenossen an der Arbeit partizipiren. Im übrigen ist Redner der Meinung, daß die Vorlage des Magistrats mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht im Einklang steht; er hofft bestimmt auf Ablehnung derselben. Nach längerer Debatte nimmt die Versammlung eine Resolution an, in der sie gegen die geplante Versicherung energisch protestirt, um die Meister vor Schäden zu schützen, welche diesen aus unendlich gezahlten Eintritts- und Beitragszahlungen erwachsen würden. Letzteres begründet die Resolution damit, daß Arbeiterinnen die angemessene Arbeit zuweilen gar nicht anfangen, oder aber unzeitig zurückbringen.

Im Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche referirte am 17. Februar Dr. Weyl über den Werth der Verklärung der Arbeitszeit. Im Anschluß an eine Debatte über das Behelgswesen wurde eine Kommission gewählt, die der Regelung der Behelgstrage näher treten soll.

Friedrichshagen. Der Allgemeine Arbeiter-Bildungsverein hielt am 13. Februar seine regelmäßige Monatsversammlung ab, in der Genosse Heinrich Schulz in einem interessanten Vortrag über die deutsche Dichtkunst vor und nach der 48er Revolution sprach.

Aldershof. Infolge der Saalverweigerung am hiesigen Ort mußte auch der Arbeiter-Bildungsverein am 18. d. M. seine Versammlung in Köpenick abhalten. Das Referat hatte Genosse Wagner übernommen, der in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag eine herbe Kritik an den örtlichen Verhältnissen übte.

- Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch Abend von 8—10½ Uhr: Südch. Schule, Waldemarstr. 14: Geschichte (Mit Geschichte, Urzeit, Entstehung der Religionen, Orientalische Völker, Griechen und Römer). Herr Dr. C. W. — Nordische Schule, Brunnenstr. 25: Deutsch (Die deutsche Literatur des neunzehnten Jahrhunderts). — Musiklehre. Herr Heinrich Schulz.
- Die Gesellsch. der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 8—9 Uhr, Sonntags von 4—5 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschichtsstelle der Schule N., Brunnenstraße 25, die den Vereinsvorständen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 8—9 Uhr nachmittags geöffnet.
- Arbeiter-Vereinsbund Berlin und Umgebung. Vorsitzender Ad. Neumann, Polizeiallee 2. Alle Kemberungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Montrosselstr. 49, v. 2 Tr.
- Arbeiter-Vereinsbund Berlin und Umgebung. Kemberungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Trauschweig, Dresdenerstr. 80, 2. Hof, 4 Tr.
- Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Ansuchen, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gant, S. Dresdenerstr. 107/8.
- Arbeitslose Stenographenverein Merkur. Sitzung heute, abends 8½ Uhr, Wilmersstr. 10.
- Freiarbeiter- und Fernstudienverein Belgoland. Sitzung heute, abends 9 Uhr, Wilmersstr. 10.
- Verband deutscher Barbiers, Friseur- und Perrückenmacher (Zweigverein Berlin). Versammlung am Donnerstag, den 26. Februar, bei Sabel, Rosenthalerstr. 67.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.

300 +. Adressiren Sie: Exc. General der Artillerie von Lewinski, Inhaber des Holsteinischen Feldartillerie-Regiments Nr. 24, Schwerin i. Me. G. L. Ziegler. Der Antrag auf Rükfetzung ist seitens der Witwe an die Veridierungsanstalt zu richten. Ein Beispiel finden Sie Seite 319, Nr. 83 b des Arbeiterrechts.

Zwei Weizende. Der Reichstag wurde am 6. Mai 1893 aufgeführt, die Neuwahlen fanden am 15. Juni 1893 statt.

Rum Glühwein Fruchtsäfte Ungarwein Fruchtweine

anerkannt gut Extract ganz vorzüglich. Himbeer-Zaft. Kirsch-Zaft. medizinisch, beste Qualität. Johannisbeer-Wein, Heidelbeer-Wein, & Himde (?), Liter) 75 Pf.

Eugen Neumann & Co.

Beste-Kulanz-Platz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 190. Genthinerstr. 29. Berliner Weg 56. Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. 48. Potsdam: Bäderstr. 7.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 24. Februar.
Oberhaus. Der Prophet.
Schauspielhaus. König Heinrich IV. Deutsches. Die verurteilte Waise.
Berliner. Kaiser Heinrich.
Reich. Meerleuchten.
Neues. Marcelle.
Unter den Linden. Indigo und die 40 Räuber.
Obern. Berlin wie es weint und lacht.
Wollen. Die berühmte Frau.
Reichens. Affen.
Thalia. Frau Lieutenant.
Deutsches. Eine Palastrevolution.
Schiller. Ein fideles Abend.
Zentral. Ein fideles Abend.
Voll. Bon Stufe zu Stufe.
Friedrich. Wilhelmshäutchen.
Der Trompeter von Säckingen.
Alexanderplatz. Eine pikante Ehe.
Belles Alliance. Trilby.
Parodie. Schloss Greifenstein oder Der Sammetkuch.
Der Sammetkuch. nach dem Vorspiel: Julia, die Türkin.
Voll. Bon Stufe zu Stufe.
Voll. Bon Stufe zu Stufe.
Voll. Bon Stufe zu Stufe.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
 unter Regie von Julius Türk.
 Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum letzten Male:
Das Räthchen von Heilbronn.
 Von Heinrich von Kleist.
 Räthchen: Wilhelma Wagner. Weiter v. Strahl: Heinrich Frey. Rheingraf v. Stein: Rich. Jürgens. Theobald: Willy Karstol.
 Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Buchhandlungen zu haben.
 In Vorbereitung: Die Jungfrau von Orléans.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Eine Palastrevolution.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Volkseid.

Central-Theater.
 Alle Jalousien. M. Dir. Rich. Schulz.
 Mittwoch, den 24. Februar:
Emil Thomas a. G.
 Abends 7 1/2 Uhr, um 19. Male:
Ein fideles Abend.
 Morgen und die folgenden Tage:
Ein fideles Abend.

Alexanderplatz-Theater.
 Eine pikante Ehe. Berliner Fosse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Brudens. Anfang 8 Uhr. Kleine Preise! — Donnerstag, zum ersten Male: Heinrich & Comp. Lustspiel in 4 Akten von Ottilie Sibnd. Freitag und die folgenden Tage:
 Eine pikante Ehe.
 Bonds, auch die zu anderen Stücken ausgegeben sind, behalten ihre Gültigkeit.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Kinder-Vorstellung: Frau Holle, Hundermärgen mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern von E. Brudens. Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon drei Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Vormittags 11—1 Uhr und abends von 7 1/2 Uhr an.

Thalia-Theater.
 (vormals Adolph Grunz-Theater).
Frau Lieutenant.
 Boulevard in drei Akten von Paul Ferrer und Antony Mars.
 Deutsches von Hermann Dirschel.
 Musik von G. Serpette und B. Heger.
 Morgen und folgende Tage: Frau Lieutenant.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Trilby.

Friedrich Wilhelmstheater.
 Der Trompeter von Säckingen.
 Romantisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von E. Hildebrandt und J. Kesser. Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag und Freitag: Diefelbe Vorstellung.
 Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Frau Holle, Hundermärgen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Eugen Brudens.
 Sonnabend, 27. Februar, abends 8 Uhr: Erstes Gastspiel des Herrn Carl Pander vom Thalia-Theater in Hamburg. Heinrich Heine. Hühneraugen-Operette und Lotterie-Kollekteur Dirsch: Carl Pander a. G.
 Billets sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Anzeigerblatt, Unter den Linden 24, bei Paul Kometz, Leipzigerstraße 6, und Julius Leugensfeld, Markgrafenstr. 60.

Ostend-Theater.
 Or. Frontstr. 132. Dir. C. Weisk.
 Heute und folgende Tage: Berlin, wie es weint und lacht. Anfang 8 Uhr. — Sonnabend, um 1. Male: In hoch hinaus. Realistisches Volksstück von Marie Günther-Brauer. — Sonntag, nachm. 3 Uhr: Walsertänze.

Volks-Theater
 31 Reichendergerstr. 31.
 Oberbahnhofsstation Rottbuser Thor.
 Jeden Abend 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Bon Stufe zu Stufe.

Lumpen-Gastspiel
Parodie-Theater
 Oranienstr. 52.
 Mittwoch, den 24. 2. um 8. Male:
Schloss Greifenstein oder **Der Sammetkuch** nach dem Vorspiel: Julia, die Türkin.
 Histor. romantisches Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Graf v. Greifenstein: Rob. Lumpe.
 Ani.: Woche 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Moabiter Stadt-Theater
 Alt-Moabit 48.
 Heute, sowie jeden Mittwoch:
Stettiner Sänger
 (Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köpf und Schrader).
Neues Programm.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
 Donnerstag:
Konzerthaus Sandowei.
 Die nächste Aufführung von Finkes Schelmenkreise findet am Freitag, den 26. Februar, in der Victoria-Bräuerei statt.
 Der diesjährige **Stettiner Sänger-Ball** findet am Mittwoch, 3. März, in den Gesammträumen der Victoria-Bräuerei statt.



Berliner Posen-Theater
 Münzstrasse 17.
 (Gingang Königsgraben).
 Direktion: Joseph Nidinger und Leonhardy Hasel.
 Abends punkt 7 1/2 Uhr:
Novität! Novität!
Baruch und Sohn.
 Ausstattungs-Burleske mit Gesang von Max Dann und Leonhardy Hasel.
 Bernhard Wilhelm, der beste Original-Humorist des Landes, Excentric-Quart. W. Nidinger, Konzerthänger, John u. James, musikal. Clowns, Max Walden, Karrikatur, Adolph Solle, der beste Komiker.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
 Entree 30 Pf. Die Direktion.

Apollo-Theater.
 Spaulens berühmteste Tänzerin
Garmencita
 Das englische Schönheits-Quintett
Fünf Corrisons.
Der Kinetograph
 mit dem Sensationsbild
Endlich allein!
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Urania, Tauben-Strasse
 No. 48-49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte
 Invalidenstr. 57/59
 Vorträge Stadtbahn-
 hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
 50 Pf. Im Theater: Soale täglich
 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
 Näheres die Tagesankündigungen.

Passage-Panopticum.
Letzte Woche.
Affen-Theater
 Heute drei Vorstellungen um 5 und 7 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
 Damen-Wettswimmen.

Feen-Palast, Burg.
 Direktion Winkler & Fröbel.
 Präzise 9 Uhr:
 Die mit jubelndem Beifall aufgenommene Sensations-Vorstellung:
Eine tolle Nacht.
 Hauptrollen:
 Rich. Winkler u. Wilhelm Fröbel.
 Dazu das einzig allein bestehende unübertreffliche
Februar-Programm.
 Kunst-Spezialitäten ersten Ranges.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
 Entree 30 Pf. bis 1.50 M.

Berliner Posen-Theater
 Münzstrasse 17.
 (Gingang Königsgraben).
 Direktion: Joseph Nidinger und Leonhardy Hasel.
 Abends punkt 7 1/2 Uhr:
Novität! Novität!
Baruch und Sohn.
 Ausstattungs-Burleske mit Gesang von Max Dann und Leonhardy Hasel.
 Bernhard Wilhelm, der beste Original-Humorist des Landes, Excentric-Quart. W. Nidinger, Konzerthänger, John u. James, musikal. Clowns, Max Walden, Karrikatur, Adolph Solle, der beste Komiker.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
 Entree 30 Pf. Die Direktion.

Apollo-Theater.
 Spaulens berühmteste Tänzerin
Garmencita
 Das englische Schönheits-Quintett
Fünf Corrisons.
Der Kinetograph
 mit dem Sensationsbild
Endlich allein!
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Circus Renz
 Karlstrasse.
 Jubiläums-Zeison 1896/97.
 Mittwoch, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung
 Aufführung der besten und ungetadeltesten Beifall aller Kreise gefundenen Novität:
Aus der Wappe
 eines Riesengebirgs-Phantassen.
 Außerdem die hervorragendsten Nummern des Repertoires: Zehn Traubner Fuchshengste, dreifüßig und vorgeführt von Herrn Hugo Herzog. Eine Schulanadrille, ger. von 8 Herren. Auftreten der Schulreiterin Frä. Wally Renz mit dem Schulmeister Cromwell u. d. Steiger Nep. Neu! Der Clown Pinto mit seiner lebenden Puppe. Gebrüder Clarkontions, Deutschlands großartige Akrobaten.
 Donnerstag, den 26. Februar 1897, abends 7 1/2 Uhr: Aus der Wappe eines Riesengebirgs-Phantassen.
 Freitag, den 26. Februar 1897: Gr. Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Wittwen und Waisen der Kriegervereins-Vereine Berlins.

Circus Busch
 Bahnhof Börse.
 Mittwoch, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
 Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
 Außerdem: Dir. Busch als Schutze auf dem engl. Volkstänze Faworth, Petronius, oder Hengli, ohne Sattel und Janum geritten von Blase, Maria Tore. Die vorzüglichsten Freiheitsdresuren des Direktor Busch, 3 dreifache Springschritte. Hr. Goleman mit seinen desirierten Hunden und Katzen. Germanos Colagna, excentr. musikal. Clowns. Spezialitäten 1. Ranges. Vorzügliche Clowns.
 Morgen: Nach Sibirien.

Kaufmann's Variété.
 Königsstrasse - Kolonnaden.
 Das hochkomische Februar-Programm:
Tom Belling.
Black und White.
Brothers Atlessy.
Edl. Blum.
Patty.
Geschwister D'Elvert.
Helene und Emilon.
Geschwister Corolly.
25 Elite-Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Notiz! Sonnabend, 27. Febr.: Benefiz für Edl. Blum. Passo-partouts haben diesen Tag keine Gültigkeit.

Cösliner Hof
 Cöslinerstrasse 8 (Wedding).
 Größter u. schönster Saal im Norden.
 Elegante Beleuchtung. Gute Küche.
 Zwei Regelmäßigkeiten.
 In allen Versammlungen u. f. w. an Vereine zu vergeben.
 Jeden Sonntag: Grosser Ball.
 Nähere Auskunft erteilt Fritz Schröder, Wiesenstr. 30.

Kaufmann's Variété.
 Königsstrasse - Kolonnaden.
 Das hochkomische Februar-Programm:
Tom Belling.
Black und White.
Brothers Atlessy.
Edl. Blum.
Patty.
Geschwister D'Elvert.
Helene und Emilon.
Geschwister Corolly.
25 Elite-Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Notiz! Sonnabend, 27. Febr.: Benefiz für Edl. Blum. Passo-partouts haben diesen Tag keine Gültigkeit.

Kaufmann's Variété.
 Königsstrasse - Kolonnaden.
 Das hochkomische Februar-Programm:
Tom Belling.
Black und White.
Brothers Atlessy.
Edl. Blum.
Patty.
Geschwister D'Elvert.
Helene und Emilon.
Geschwister Corolly.
25 Elite-Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Notiz! Sonnabend, 27. Febr.: Benefiz für Edl. Blum. Passo-partouts haben diesen Tag keine Gültigkeit.

Kaufmann's Variété.
 Königsstrasse - Kolonnaden.
 Das hochkomische Februar-Programm:
Tom Belling.
Black und White.
Brothers Atlessy.
Edl. Blum.
Patty.
Geschwister D'Elvert.
Helene und Emilon.
Geschwister Corolly.
25 Elite-Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Notiz! Sonnabend, 27. Febr.: Benefiz für Edl. Blum. Passo-partouts haben diesen Tag keine Gültigkeit.

Alcazar
 Variété-Theater 1. Ranges.
 Dreddenstr. 52/53 (City-Passage)
 Minnestr. 42/43.
 Kell. Leiter: Kapellm. Martin Stein.
Neue Künstler.
Nächtliches Abenteuer.
 Anfang: Sonnt. 8 Uhr, Woche 8 Uhr
 Freizeiten in der Woche allig.
 Entree 30 Pf. Die Direktion.

Welt-Restaurant
 Variété- und Spezialitäten-Theater.
 Dreddenstr. 97.
 Novität! Novität! Novität!
Das tanzende Berlin.
 Im vorderen Saal täglich:
Künstler-Frei-Konzert.
 Anfang: Entree:
 Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
 Sonntag 6 Uhr. Sonntag 30 Pf.

Concordia Variété-Theater
 Brunnenstr. 154.
 Täglich: Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Das beste Programm d. Nordens.
 Neu! Truppe Richardt (1 Herr, 1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.
 Neu! Kathi Richter, Tyrolenne.
 Neu Long and little Adolphi, Tanzduellisten.
 Neu! Ein geplagieter Dichter.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
 Umsonst-Billets haben Gültigkeit.
 Empfehle auch Sonntag meine

Fest-Säle
 an Vereine zu Privat-Festlichkeiten.
 9952* B. Neft, Weberstr. 17.

Frische Wurst.
 Heute Donnerstag, nachm. 4 Uhr, berühmte Grünwurst, f. Leber- und Preiskurst bei G. Tempel, Gr. Frankfurterstr. 16. 13b

Robert Scheere's
 „Blumensäle“
 Blumenstrasse 28.
 Sonnabend, den 27. Februar:
Großer Wiener Masken-(Lumpen-)Ball.

M. & W. Müller's NORDLICHT
 ein Nordhäuser
 Mk. 1
 M. & W. Müller, Nordhäuser Kornbranntwein-Brennerei
 Berlin, Waldemarstr. 29.

Prima frische Zander
 pro Pfund 40 Pf.
Prima frische Eiskarpfen
 pro Pfund 40 Pf.
Prima frische Eishechte
 pro Pfund 40 Pf.
 Alle übrigen Fischarten in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.
 16 Dragonerstr. 16
Otto Gundermann
 Fischgrosshandlung.
 Täg. Versand u. Ausserhalb.

Achtung! Achtung!
 Alexander-Alte Garten, Straße 27 u. 3. und 4. April, 1. Osterfeier, 2. Osterfeier, 3. Osterfeier
Säle frei.

Achtung! Achtung!
 Künstliche Zähne von 3 M. an, Teils, wozumit 1 M. wird abgeliefert. Bahngeladen, Bahnreinigung, Reparatoren bei Bestellung umsonst.
Guckel, Vauzigerplatz 2, Kollnsee-Str. 12, Stenlystr. 71 I.

Bräutliche.
 Wegen Erbarmlich der Bodenmiete verkaufte Möbel, Spiegel, Polsterwaren bedeutend billiger. Die Arbeiten werden a. besten Material angefertigt, auch haben die Verfertiger zur Befähigung jedermann frei. **Buckow,** Tischlermeister, Invalidenstr. 13.
 Monat. 10 M.
Teilzahlung. liefert Kutsche und Paletots nach Maß Tomporowski, Schneidernstr., Jüdenstr. 37, 1. Etage. Kuzige von 27 bis 35 M. nur gegen Baar. 8779*

Große Betten 12 M.
 (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigtem neuen Feder- u. Gussfedern, Berlin 8., Brünnelstr. 46. Preisliste kostenlos. Bitte Anerkennungsschreiben.

M. J. Kellermann,
 Neue Jakobstraße Nr. 26.

Englische Batisttaschentücher, weiss mit Hohlraum, Dutzend 2,50 Mk.
Reinleinen Taschentücher, gesäumt, Dutzend 3,80 und 5,20 Mk.
Einsegnungs-Taschentücher, weiss Batist mit Spitze 20, 38, 45, 55 Pf.
Damenkragen u. -Manschetten, weiss, rosa und blau, neue Form, Garnitur 75 Pf.

Vorgezeichnete Tapissier-Artikel

Tablettedecken mit Fransen 18, 22, 30 Pf.
 „ „ Halbleinen mit Hohlraum 20, 25, 38 Pf.
 Küchenhandtücher, grau 60 Pf., weiss 75 Pf.
 Stubenhandtücher 75 Pf., und 1,30 Mk.
 Ruhekkissen, grau 38 Pf.
 Schlüsselkörbchen mit bestickter Decke 30 Pf.
 Gardinen, Fenster 2,40, 3,20, 4,25 Mk.
 Portiären, Stück 2,40, 3,25, 4 Mk.
 Marknetze, Fischerleinen 65 Pf., Drell mit Holzgriff 85 Pf.
 Messertaschen 1,40 Mk.
 Frühstückbeutel 12 und 18 Pf.
 Brotbeutel 25 und 42 Pf.
 Küchen-Tischdecken, Drell 95 Pf.
 Klammerschürzen 50 und 60 Pf.
 Steppdecken, reinwollene Satin, Gr. 150/200 cm. 5,50 u. 8 Mk.
 Plättdecken 1 und 1,35 Mk.

Warenhaus
A. Wertheim
 Mittwoch den 24.
 Donnerstag, den 25.
 Freitag, den 26. Februar.
 W. Leipzigerstr. 111
 C. Rosenthalerstr. 26/29
 S. Oranienstr. 58/54
 Versand v. Proben u. Preislisten Leipzigerstr. 111.